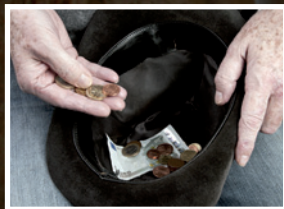




# Soziale Gerechtigkeit – eine Vision?

Von der Idee einer gerechten Gesellschaft  
zum konkreten Handeln vor Ort



# Soziale Gerechtigkeit – eine Vision?

Von der Idee einer gerechten Gesellschaft  
zum konkreten Handeln vor Ort

1. Auflage/Januar 2013

Herausgeber: Kooperationsstelle Hochschulen und  
Gewerkschaften Osnabrück

Redaktion: Helene Gerhards und Manfred Flore

Gestaltung und Druck: Grote Druck GmbH, Bad Iburg

Titelfotos: Helga Duwendag-Strecker  
Fotolia.com: Blickfang, Gina Sanders, wjarek, peno

ISBN-Nr.: 978-3-933998-47-7

Schutzgebühr: 5,- €

Unserer besondere Dank gilt allen, die sich für das Erscheinen dieser Publikation eingesetzt haben, insbesondere allen Autorinnen und Autoren sowie der unermüdlichen Projektmitarbeiterin Helene Gerhards.

## **Kontakt**

Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück  
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück

Telefon: 0541/33807 - 1814 (Manfred Flore)  
0541/33807 - 1816 (Anja Schulte)

E-Mail: [kooperationsstelle@uni-osnabrueck.de](mailto:kooperationsstelle@uni-osnabrueck.de)

Web: [www.kooperationsstelle-osnabrueck.de](http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de)

# Inhalt

## Editorial

Herausgeber .....S. 7

## Teil I: Global denken – lokal handeln

### Armut-/ Reichtum-Verteilung

#### Was will die Osnabrücker Sozialkonferenz?

Dr. Lydia Kocar & Manfred Flore .....S. 11

#### Soziale Gerechtigkeit: Für wen und wer soll sie durchsetzen?

Prof. Dr. Herbert Schui .....S. 19

#### Kinderarmut – ein Armutszeugnis für Staat und Gesellschaft

Prof. Dr. Christoph Butterwegge .....S. 29

## Teil II: Ich hab' eine Vision für die Region!

10 Visionen für mehr soziale Gerechtigkeit

### Mehr Gerechtigkeit wagen

Ulrich Rückin .....S. 41

### Soziale Gerechtigkeit In Osnabrück

Friedemann Pannen .....S. 48

### Soziale Gerechtigkeit – Konkretisiert am Beispiel der Stüveschule Osnabrück

Martin Igelmann .....S. 59

## Skandal Kinderarmut

Dr. Ludwig Schulze .....S. 67

### Unsere Visionen und Ideale. Wie die Osnabrücker Straßenzeitung zu einer gerechten Gesellschaft beitragen will

Thomas Kater .....S. 73

### Gleiche Chancen. Über den Umgang mit armen Familien

Heinrich Funke .....S. 83

### Wenn Armut alle angeht

Petra Tiesmeyer .....S. 87

### Der Gerechtigkeit Raum schaffen

Dr. Gerrit Schulte .....S. 97

### Was bildet Ihr Euch eigentlich ein?!

#### Unser Bildungsideal für Osnabrück

Helene Gerhards & Philipp Möcklinghoff .....S. 103

### Die letzte OSK

Heike Hellmeister, Olaf Perrey, Ulrich Rückin (Verista) .....S. 111

**Autoren** .....S. 119

**Service** .....S. 125

„Ich hab' eine Vision für die Region“, so haben wir den zweiten Teil dieser Publikation überschrieben und einige engagierte Osnabrücker und Osnabrückerinnen gebeten, ihre Visionen von Sozialer Gerechtigkeit aufzuschreiben. Besonders wichtig war uns dabei der Bezug zu unserer Stadt. Vorgeschlagen und ausgewählt wurden die Autorinnen und Autoren im für jeden offenen Arbeitskreis „Forum für soziale Gerechtigkeit“, kurz „AK Forum“. Dieser Kreis plant und organisiert in monatlichen Treffen die „Osnabrücker Sozialkonferenzen“ und begleitende Veranstaltungen und ist damit das Kernstück des Netzwerkes mit gleichem Namen. Moderiert und begleitet wird der „AK Forum“ von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften.

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes sind entweder seit vielen Jahren im Netzwerk „Osnabrücker Sozialkonferenz“ aktiv oder fühlen sich dem Grundanliegen, einer Förderung der öffentlichen Debatte über soziale Gerechtigkeit, verbunden. Viele von ihnen haben bereits aktiv an einzelnen Konferenzen mitgewirkt. Dennoch ist uns bewusst, dass unsere Auswahl willkürlich bleibt. Selbstverständlich leben in unserer Stadt sehr viel mehr sehr engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sicher auch „Visionen“ zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ haben. Vielleicht fühlen sich ja einige von Ihnen durch die Texte in diesem Band angeregt, auch einmal unter die Visionäre zu gehen und einen Text zu verfassen. Wir könnten dann einen Folgeband planen.

Obwohl „Visionen“ für soziale Gerechtigkeit hier im Mittelpunkt stehen, wollten wir auf wissenschaftliche Analyse nicht verzichten. Es freut und daher besonders, dass der Armutsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwegge und der Ökonom Prof. Dr. Herbert Schui zwei Texte beigesteuert haben. Auch diese beiden Wissenschaftler haben mehrfach bei verschiedenen Konferenzen als Referenten mitgewirkt.

Letztlich möchten wir auch all diejenigen, die sich motiviert fühlen und sich im Netzwerk „Osnabrücker Sozialkonferenz“ engagieren möchten, mit ein paar Zeilen die Grundhaltungen des Netzwerkes näher bringen (vgl. „Was will die Osnabrücker Sozialkonferenz?“)

Der Arbeitskreis „Forum“ und alle Autorinnen und Autoren freuen sich auf Ihre (ausdrücklich erwünschte) Rückmeldung, Ihre Kritik und Ihre Anregungen. Am Ende des Büchleins finden Sie die entsprechende Kontaktadresse.

Manfred Flore

## Global denken – lokal handeln

# Armut-/ Reichtum-Verteilung

## Was will die Osnabrücker Sozialkonferenz?

Manfred Flore, Dr. Lydia Kocar

Der Kabarettist Volker Pispers beschäftigte sich kürzlich in seinem Programm mit der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, die, für sie völlig unerwartet, erkannt habe, dass es künftig Altersarmut geben werde und das dringend etwas dagegen getan werden müsse. Achteinhalb Jahre habe das Ministerium gebraucht, so Pispers, um auszurechnen, dass bei der beschlossenen und nicht in Frage gestellten Umsetzung der Senkung des Rentenniveaus auf 43% die dann ausgezahlten Renten für Viele unterhalb der Grundsicherung (also dem staatlich definiertem Armutsniveau) lägen. Während die kabarettistische Aufarbeitung dieses Sachverhaltes vielleicht noch schmunzeln lässt, macht sie auf jeden Fall die Zusammenhänge von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Folgen deutlich. Einem Anliegen, dass die „Osnabrücker Sozialkonferenz (OSK) als eines ihrer Kernaufgaben betrachtet.

### **Der Sache auf den Grund gehen**

Volker Pispers weißt sein Publikum darauf hin, dass politische Entscheidungen natürlich auch Folgen haben und diese Folgen vor einer Entscheidung zu bedenken sind. So werden beispielsweise bei technischen oder baulichen Projekten die Folgen einer Entscheidung berücksichtigt (z.B. Auswirkungen auf die Verkehrsströme) und öffentlich diskutiert und zwar nicht nur bei „prestigeträchtigen“ Großprojekten. Altersarmut ist also kein Zustand, der einfach so vom Himmel fällt, sondern aufgrund politischer Entscheidungen entsteht. Und hier beginnt es schon schwierig zu werden, denn es ist nie eine einzige Entscheidung, die zu einem Missstand führt, sondern in der Regel eine Fülle von Gesetzen und Maßnahmen in unterschiedlichen Politikbereichen in ihrem Zusammenwirken. Die daraus resultierenden Folgen werden dann

am Ende dieser komplexen Entscheidungsprozesse oft als alternativlos dargestellt, ohne die Entstehungsgeschichte und die durchaus bestehenden Handlungsalternativen nachzuzeichnen.

Die OSK will mit der Auswahl von gesellschaftlich relevanten Themenfeldern aus dem Bereich der Sozialpolitik diese in den Fokus der regionalen Debatte rücken, um einerseits deren Bedeutung für das reale (Er)Leben in Osnabrück zu verdeutlichen und andererseits die Notwendigkeit einer öffentlichen Folgenabschätzung herauszustellen. Und diese Folgenabschätzung bedarf der Beteiligung der Betroffenen.

Egal mit welchem Thema die Osnabrücker Sozialkonferenz (OSK) sich beschäftigt, sie hat den Anspruch, Sachverhalten auf den Grund zu gehen und sie öffentlich zu diskutieren. Damit ist die wichtigste Grundhaltung der OSK bereits skizziert: Jedes Thema muss gründlich analysiert und eine intensive Ursachenforschung betrieben werden. Erst dann können unterschiedliche Lösungsmodelle vorgestellt und abgewogen werden. Um es gleich vorweg zu nehmen:

**Die OSK möchte und kann keine eindeutigen Wahrheiten präsentieren, denn diese gibt es weder in der Politik noch in der Wissenschaft, sie will eine öffentliche Debatte ermöglichen und einen kritischen Blick auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge fördern.**

Analyse, Ursachenforschung und Lösungsperspektive verlangen nach wissenschaftlicher Expertise. Die OSK lädt deshalb zu jeder Sozialkonferenz mindestens einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin ein. Es gibt auch in der Wissenschaft unterschiedliche Ansätze, die zu verschiedenen Ergebnissen führen, so dass die OSK einige Kriterien bei der Auswahl der ReferentInnen berücksichtigt. Die Vorträge müssen allgemein verständlich sein, sollten den aktuellen Stand der Forschung wiedergeben und die unterschiedlichen Ansätze transparent darstellen sowie verschiedene Lösungsansätze vorstellen und begründen. Besonders wichtig ist den OrganisatorInnen, dass die Perspektive der Betroffenen eine Rolle spielt. Bevorzugt werden WissenschaftlerInnen, die interdisziplinär arbeiten, also Erkenntnisse aus mehreren wissenschaftlichen Disziplinen und Fächern bedenken.

Neben der wissenschaftlichen Erkenntnis ist der OSK die praktische Erprobung von Lösungsansätzen wichtig. Deshalb stellen die Konferenzen immer wieder Projekte aus anderen Städten vor, diskutieren die dort gemachten Erfahrungen und erörtern die Frage nach der Übertragbarkeit für Osnabrück. Das Prinzip des „von-einander-lernens“ stellt eine Perspektive für Vernetzungsstrategien und damit eine weitere wichtige Grundhaltung der OSK dar.

### **Zusammenhalt durch öffentliche Diskussion fördern**

Die Osnabrücker Sozialkonferenz hat sich als offenes Netzwerk vor über 10 Jahren mit dem Ziel gegründet, die öffentliche Diskussion über Armut und Armutsbekämpfung zu fördern und die Sozialpolitik der Stadt Osnabrück kritisch zu begleiten. Wer über Armut sprechen will, muss auch über Reichtum, über Verteilung und über soziale Gerechtigkeit sprechen. Aber Fragen wie „Wann ist man arm?“ oder „Wann gilt man als reich?“ oder gar „Was ist soziale Gerechtigkeit?“ lassen sich nicht wissenschaftlich eindeutig beantworten. Die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen, etwa Politikwissenschaft, Soziologie, Ökonomie oder Ethik können Definitionsangebote vorschlagen oder unterschiedliche Theorien (z.B. über Gerechtigkeit) entwickeln, die sie zur Diskussion stellen. Was aber letztlich mehrheitlich unter Armut, Reichtum oder Gerechtigkeit verstanden wird, wie der gesellschaftliche Wohlstand verteilt werden sollte und welche politischen Entscheidungen dafür notwendig wären, muss in einem gesellschaftlichen Diskurs ermittelt werden. Sprich: Es muss Gegenstand einer öffentlichen Debatte sein. Politik und Wissenschaft stehen in einem gegenseitigen Wechselverhältnis: Wissenschaft berät Politik und Politik prägt die Rahmenbedingungen für Wissenschaft. Beide zusammen prägen dann die gesellschaftliche Realität, mit der und in der wir alle leben. Daher sollten wir auch an der Debatte beteiligt sein. Dies entspricht dem demokratischen Grundverständnis der OSK. Und die rege Beteiligung über Jahre zeigt nach unserer Meinung den Bedarf an solchen Diskussionsmöglichkeiten.

Neben den jährlich zwei Konferenzen bietet die OSK im Rahmen der seit über 10 Jahren etablierten Vortragsreihe „Armut, Reichtum und Verteilung“ die Möglichkeit, sich zu einzelnen Sachverhalten durch Fachvorträge detaillierter mit bestimmten Fragestellungen zu beschäftigen und miteinander zu diskutieren. Dieses Bildungsangebot dient der Transparenz der oft als (zu) komplex empfundenen Expertendebatten und stellt ein weiteres wichtiges Element der Beteiligungsorientierung dar.

Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft (oder anders ausgedrückt für den sozialen Frieden), ist die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung über die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes wichtig. Die Verteilung sollte als einigermaßen gerecht empfunden werden, was nicht heißt, dass sie gleichmäßig sein muss. Unterschiede in Einkommen und Vermögen werden durchaus gewünscht und akzeptiert. Die Dimension allerdings spielt schon eine wichtige Rolle.

Die OSK vertritt die Auffassung, dass sich keine redlichen Konzepte zur Armutsbekämpfung entwickeln lassen, ohne das auch über Reichtum und Ver-

teilung diskutiert und über soziale Gerechtigkeit reflektiert wird. Auch mit diesem Buch wird dieses Ziel verfolgt.

### **Konzepte zur Armutsbekämpfung vor Ort entwickeln**

„Für mehr soziale Gerechtigkeit in der Region“ heißt es auf jeder Einladung zu einer Osnabrücker Sozialkonferenz. Damit wird der Anspruch formuliert, dass es nicht nur um soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen, sondern auch um konkretes Handeln **in der Region**, also hier in Osnabrück geht. Gerade bezogen auf die direkt erlebbare Alltagsrealität vor Ort besteht ein besonderes Interesse an Beteiligung, da genau hier Politik erleb- und erfahrbar wird. Spätestens hier trifft eine vielleicht über die Köpfe hinweg getroffene Entscheidung frontal auf eben diese Köpfe.

Nach der wissenschaftlichen Analyse des aufgegriffenen Themas stellt folglich die OSK stets die Frage nach dem konkreten Handeln vor Ort. Damit dieses Handeln auch Wirkung entfalten kann, werden vielfältige Ressourcen (Mittel) gebraucht. Gemeint sind hier nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch beispielsweise Ideen und Strategien, politische Rahmenbedingungen, ehrenamtliches Engagement, Räume und vieles mehr. All dies steht aber nicht unbegrenzt zur Verfügung und muss auf viele Handlungsfelder verteilt werden. Eine Debatte über die Verteilung knapper Ressourcen gehört zum demokratischen Alltag, denn auch die bestehende Verteilung ist das Ergebnis dieses gesellschaftlichen Prozesses und demnach auch veränderbar. Dieser Sachverhalt kann im Sinne der OSK nicht oft genug betont werden, denn es ist eben keine Neiddebatte, die geführt wird, wenn über Verteilung gesprochen wird, sondern bei jeder Budgetdebatte auf allen politischen Ebenen oder in privatwirtschaftlichen Zusammenhängen ist zwingend immer auch die Verteilungsfrage grundlegend. Ein Ziel der OSK ist es, diese Verteilungsfrage öffentlich zu thematisieren und immer wieder bei Entscheidungen neu zu stellen.

Seit über 10 Jahren greift das Netzwerk „Osnabrücker Sozialkonferenz“ sozialpolitische Themen auf, welche die Frage nach der Sozialen Gerechtigkeit stellen. Obdachlosigkeit, Überschuldung, das Leben unter Hartz IV, Gesundheit und Armut, Kinder- und Altersarmut sind Probleme des Wohlfahrtsstaates, die ganz konkret in der Kommune sichtbar werden. Es muss deshalb darüber auch in unserer Stadt geredet werden, ob man eher wegschauen will oder fragt, was getan werden kann. Politische Entscheidungen auf Bundes,-

Landes,- oder Kommunalebene müssen dabei ebenso betrachtet werden wie die vielfältigen karitativen Hilfsangebote, welche Notsituationen mildern können.

### **Die „doppelte Perspektive“**

Am Beispiel Kinderarmut lässt sich diese „doppelte Perspektive“ der OSK gut veranschaulichen. Durch den analytischen Blick der Wissenschaft werden unterschiedliche Armutsdefinitionen und Ursachen von Kinderarmut zur Diskussion gestellt. Die zu Grunde liegenden politischen Entscheidungen (z.B. über die Höhe der Hartz IV- Regelsätze für Kinder, u.a.) werden ebenso vorgestellt wie unterschiedliche Lösungsansätze. Es liegt in der Natur der Sache, dass es hier zu unterschiedlichen Auffassungen der politischen Entscheidungsträger kommt. Die OSK begreift es als ihre Aufgabe, insbesondere aus der Perspektive der sozial Benachteiligten oder der von Armut Betroffenen oder Bedrohten, über das Problem zu informieren und die Debatte darüber zu fördern. Dies meint durchaus auch Lobbyarbeit im Sinne derjenigen, die oft keine oder eine nur schwache Lobby haben. Wie schwer diese Arbeit sein kann wird sofort deutlich wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Mehrheit der großen Parteien (CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen) die entsprechenden Regelsätze entweder grundsätzlich befürwortet, selbst beschlossen hat oder nicht grundsätzlich in Frage stellt. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, kirchliche Einrichtungen und soziale Initiativen aber halten die Regelsätze für unzureichend. Zum Aufklärungsanspruch der OSK gehört es daher auch, dass die Begründungen der politischen Parteien für ihre Entscheidungen kritisch hinterfragt und zusammen mit den Analysen der anderen vorgenannten Akteure diskutiert werden.

Der zweite Blickwinkel stellt die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten vor Ort. Wie viele Kinder sind in Osnabrück von Kinderarmut betroffen und wie „erleben“ sie ihre Situation? Welche Benachteiligungen wiegen am schwersten und welche Möglichkeiten lassen sich in der Stadt zur Verbesserung der Lebensumstände erschließen? Die OSK hat hierzu zahlreiche Diskussionen und Vortragsveranstaltungen organisiert und daraus einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, der dem Rat der Stadt überreicht wurde. Der Rat wurde sowohl aufgefordert sich für politische Korrekturen, z.B. eine Regelsatzerhöhung, auf Bundesebene einzusetzen, als auch Maßnahmen zu beschließen, die aus dem eigenen Haushalt zu begleichen wären, z.B. ein „Sozialticket“ für den öffentlichen Nahverkehr für Bedürftige.



Auch diese zweite Perspektive ist nicht konfliktfrei. Die chronisch leeren Kassen der Kommunen (Osnabrück ist hier keine Ausnahme) lassen nur einen sehr begrenzten Handlungsspielraum zu. Übrigens: Auch dieser Zustand ist auf politische Entscheidungen zurückzuführen. So wurden die meisten Vorschläge der OSK denn auch mit der Begründung „Geldmangel“ abgelehnt und um die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel muss, im wahrsten Sinne des Wortes, „gerungen“ werden.

Es bleiben die sehr vielfältigen und kreativen Hilfsangebote, die durch karitative Einrichtungen, ehrenamtliche Engagement und eine große Spendenbereitschaft der OsnabrückerInnen möglich werden. Viele hundert Einrichtungen und Initiativen helfen mit unzähligen Angeboten die Situation der sozial Benachteiligten zu verbessern und ihre Not zu lindern. Die OSK unterstützt dieses Engagement, stellt auf den Konferenzen herausragende Angebote als „best-practice-Beispiele“ vor und ruft die unterschiedlichen Anbieter zu einer verstärkten Zusammenarbeit und intensiveren Vernetzung auf. Karitatives Engagement und politische Arbeit verstehen wir als zwei Seiten einer Medaille: beide dienen der Verringerung sozialer Notlagen. Während ersteres direkt und konkret helfend eingreift, zielt letzteres auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen, um das Entstehen von solchen Situationen strukturell zu verringern.

### **Von der Idee zum konkreten Handeln**

Dieses Motto haben wir bewusst zum Untertitel dieses Buches gewählt, da es das Kernanliegen der Osnabrücker Sozialkonferenz gut auf den Punkt bringt. Man muss Visionen, Ideen und Vorstellungen von einer gerechten Welt haben und sich dann fragen, wie sie umzusetzen sind! Auch, **und gerade wenn**, dies manchmal unbequem ist.

Wer eine gerechtere Welt will, muss über Verteilung reden. Wer eine andere Verteilung will, muss sich für entsprechende politische Entscheidungen einsetzen. Karitative Hilfen können die Not zwar lindern, ändern aber nichts an den politischen Ursachen für die Not. Wir als Osnabrücker Sozialkonferenz wollen diese Ursachen verändern, um zusammen mit den beteiligten Akteuren durch konkretes Handeln das Leben in Osnabrück zu verbessern und so den sozialen Zusammenhalt in der Friedensstadt Osnabrück zu stärken. Dies ist aus unserer Sicht ein erstrebenswertes Ziel, dass wir auch in den nächsten Jahren weiterverfolgen wollen.

# Soziale Gerechtigkeit

## Für wen und wer soll sie durchsetzen?

Prof. Dr. Herbert Schui

### 1. Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftstheorie

Gerechtigkeit ist eine Sache der Ethik. Was soziale Gerechtigkeit ist, will die Sozialethik klären. Soziale Gerechtigkeit zu fordern heißt demnach zu behaupten, dass wesentliche ethische Normen gesellschaftlich nicht respektiert werden. Daraus aber eine Forderung zu machen, die von allen übernommen werden könnte, ist in einer klassen- und schichtgeprägten Gesellschaft mit gegensätzlichen, ja unvereinbaren Interessen kaum möglich. Denn der tiefen Überzeugung von der Legitimität, der Gerechtigkeit einer Forderung bei der einen Klasse kann eine ebenso tiefe Überzeugung von der Illegitimität bei der anderen Klasse gegenüberstehen.<sup>1</sup>

Machen wir uns das an einem Beispiel klar: Die Forderung nach Vollbeschäftigung und einem Arbeitseinkommen, das dem durchschnittlichen Niveau der Produktivität der Arbeit Rechnung trägt, ist eine Forderung nach sozialer Gerechtigkeit – ist es gerecht, wenn diejenigen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, bis zur Erschöpfung arbeiten, während die Arbeitslosen händeringend nach einer Arbeit suchen? Ist es gerecht, wenn die Produktivität der Arbeit in ihrem Durchschnitt steigt, auf der einen Seite aber die Armut zunimmt und auf der anderen Seite der (ohnehin schon vorhandene) Reichtum weiter wächst? Wie aber hier soziale Gerechtigkeit verwirklichen?

Eigentlich müsste die Wirtschaftstheorie hierzu eine Auskunft geben können. Aber welche Theorie? Die Wirtschaft als Erkenntnisobjekt der Wirtschaftswissenschaft ist Gegenstand von Interesse: Die einen wollen mehr Lohn und eine sichere Beschäftigung, die anderen mehr Profit und einen flexiblen Arbeitsmarkt. Was Wunder, wenn da eine Theorie ausgedacht und von den Unter-

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Ev. Staatslexikon 1966, S. 2127

nehmen verbreitet wird, die behauptet, dass mehr Profit und Flexibilität die Chance erhöhen, einen sicheren Arbeitsplatz zu bekommen. Diese Theorie ist die vorherrschende Neoklassik, die sogenannte angebotsorientierte Theorie. Anders wiederum die Theorie, die die Beschäftigung mit der tatsächlichen Nachfrage erklärt, das heißt die keynesianische Lesart der Wirtschaft. Hier soll der Staat in die Verteilung eingreifen und diejenigen Einkommen begünstigen, die erfahrungsgemäß fast vollständig ausgegeben werden, also die Lohneinkommen, Altersrenten usw. Keynes schreibt: „Der Staat wird einen leitenden Einfluss auf die Konsumneigung teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch Festlegung des Zinssatzes (...) ausüben müssen.“<sup>2</sup> Er warnt: „Wenn in einem potentiell reichen Gemeinwesen die Anreize zu investieren schwach sind, wird es das Prinzip der effektiven Nachfrage, trotz seines potentiellen Reichtums, zwingen, seine tatsächliche Produktion zu verringern, bis es, trotz seines potentiellen Reichtums, so arm geworden ist, daß sein Überschuß über seinen Verbrauch genügend verringert worden ist, um den schwachen Anreizen zu investieren zu entsprechen.“<sup>3</sup> Der Schluss ist einfach: Wenn aufgrund des erreichten Entwicklungsstandes einer Wirtschaft der Bedarf an Investitionsgütern geringer ausfällt als in Ländern, die dabei sind, sich zu industrialisieren, dann wird die Wirtschaft der entwickelten Länder in eine anhaltende Stagnation verfallen, wenn nicht der Staat dafür sorgt, dass der Gewinn, der ja im wesentlichen dazu da ist, Investitionsgüter zu kaufen, dem geringeren Bedarf an Investitionsgütern angepasst wird. Eine veränderte Verteilung des Volkseinkommens sorgt dafür, dass die fehlende Nachfrage nach Investitionsgütern durch mehr Konsumausgaben ausgeglichen wird.

Man sieht: Wenn, um im Beispiel zu bleiben, ein höherer Lohn eine Sache der sozialen Gerechtigkeit ist, dann wird uns die angebotsorientierte Theorie belehren, dass der höhere Lohn arbeitslos macht und uns fragen, ob denn das gerecht sei. Dies zeigt: Wenn die Vorstellung der sozialen Gerechtigkeit zu konkreten wirtschaftlichen Forderungen führen soll, dann muss sich die Idee der sozialen Gerechtigkeit zu einer Wirtschaftstheorie bekennen. Sozialethik allein kann nicht zum praktischen Erfolg führen – wie wichtig es auch ist, dass sie die Normen festlegt, dass sie sagt, was sein soll, dass sie unsere Empörung

---

2 J.M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 2006, S. 318

3 Ebenda, S. 27

angesichts offenkundig ungerechter Zustände rechtfertigt. Offizielle Kirchenworte sind unter diesem Aspekt zu bewerten. Sie legen ethischen Normen fest und fordern auf, sie zu respektieren. Wenn es aber darum geht, diese Normen zu verwirklichen, dann muss ihnen die angemessene Wirtschaftstheorie zur Seite gestellt werden. Denn nur Theorie (zutreffende Theorie!) kann rationales, zielgerichtetes Handeln leiten. Deswegen kann man bedauern, dass die Kirchenworte, die Sozialzyklen sich nicht für eine Wirtschaftstheorie entscheiden – oder wenigstens den Neoliberalismus ebenso verdammen wie seinerzeit den Kommunismus. Andererseits aber ist diese Haltung verständlich. Denn die Kirchen haben sich die Finger verbrannt (und nicht nur die Finger), als sie sich – noch zu Beginn der Neuzeit – auf eine bestimmte Theorie (hier im Bereich der Astronomie) festgelegt haben.

## **2. Neoliberalismus: Soziale Gerechtigkeit führt zu Totalitarismus und Knechtschaft**

„Der Zweck des Wirtschaftens ist die Bedürfnisbefriedigung.“ Dieser Satz findet sich im einführenden Kapitel fast aller traditionellen Lehrbücher. Aber ist das auch der Zweck unternehmerischen Wirtschaftens? Hier ist Profitmaximierung als Kern kapitalistischen Wirtschaftens das Ziel. Deswegen wird stets beteuert, dass der Kapitalismus als profitgesteuertes System wie kein anderes Wirtschaftssystem geeignet sei, Arbeit und Kapital so zu mobilisieren und zu kombinieren, dass diese Bedürfnisbefriedigung im größtmöglichen Umfang möglich sei. All das steht in der Tradition von Adam Smith, für den ja der Kapitalismus die Voraussetzung war für den Reichtum der Nationen.

Der Neoliberalismus ist wohl die erste Wirtschaftstheorie, die dieses kapitalistische Glücksversprechen einer für alle reichhaltigen Warenwelt ausdrücklich ablehnt. Hayek schreibt: „Das wirtschaftspolitische Ziel in einer freien Gesellschaft kann (...) niemals sein, bestimmten Personen bestimmte Vorteile zuzugestehen (...). Aus dieser Sicht beruht das Ziel der sogenannten „Wohlfahrtsökonomie“ auf einem grundsätzlichen Irrtum (...), weil die Grundidee der Maximierung der Bedürfnisbefriedigung (oder Maximierung des Sozialprodukts) nur einer Einzelwirtschaft angemessen ist, nicht jedoch der spontanen Ordnung einer Katallaxie (einer freien, marktförmigen Gesellschaftsordnung,

H.S.), die keine gemeinsamen konkreten Ziele hat.<sup>4</sup> Entsprechend müssen „alle Bestrebungen, eine ‚gerechte‘ Verteilung sicherzustellen, (...) darum darauf gerichtet sein, die spontane Ordnung des Marktes in eine Organisation umzuwandeln, mit anderen Worten, in eine totalitäre Ordnung. Dieses Streben nach einem neuen Gerechtigkeitsideal führte Schritt für Schritt zur Verdrängung zweckunabhängiger Regeln individuellen Verhaltens durch Organisationsregeln („öffentliches Recht“), mit deren Hilfe die Menschen auf bestimmte Ziele gelenkt werden sollten, und zerstörte somit langsam die Grundlagen, auf denen eine spontane Ordnung beruhen muß.“<sup>5</sup> Verteilungsgerechtigkeit, oder, allgemeiner, soziale Gerechtigkeit richtet sich also gegen die Freiheit, die der „spontanen Ordnung des Marktes“ entspricht.

In diesen Rahmen passen sich die Grundsatzprogramme beispielsweise der CDU ein. Im Programm von 1978 (Ziffer 69) wird zunächst der Vorrang der Freiheit (am Markt) vor dem Wohlstand betont: „Wir würden für die Soziale Marktwirtschaft auch dann eintreten, wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme. Es wäre unerträglich, Güter auf Kosten der Freiheit zu gewinnen.“ Das ist Hayeks Vorstellung, nach der „die Grundidee der Maximierung der Bedürfnisbefriedigung (oder Maximierung des Sozialprodukts) nur einer Einzelwirtschaft angemessen ist, nicht jedoch der spontanen Ordnung einer Katallaxie. Dennoch beteuert die CDU in der Tradition von Adam Smith, dass „Wohlstand zu schaffen, (...) die Aufgabe jeder Wirtschaftsordnung“ (ist). Das ist ein Widerspruch, weil das Programm ja grundsätzlich die Möglichkeit sieht, dass „Güter auf Kosten der Freiheit“ gewonnen werden, und dies entscheidet ablehnt. Die Entscheidung für Freiheit oder Wohlstand aber ist nicht fällig, so die CDU, weil die Soziale Marktwirtschaft Wohlstand und Freiheit gebracht habe. Das wird im Programm von 2007 weiter verdichtet. Dort heißt es in Ziffer 141: „Die Soziale Marktwirtschaft bezieht ihre Stärke daraus, dass Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit bilden und einander fördern.“ Soziale Gerechtigkeit wird im Programm von 1978 in Ziffer 71 als Norm anerkannt: „Soziale Gerechtigkeit kann der Markt nicht allein aus sich bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit.“ Das ist eine opportunistische Wendung, denn, wie noch zu zeigen ist, die Soziale Marktwirtschaft behauptet,

4 Friedrich August von Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F. A. von Hayek, Tübingen 1969, S. 121

5 Ebenda, S. 119

dass vollständige Konkurrenz soziale Gerechtigkeit verwirkliche, die Norm also im Markt angelegt sei.

Wenn aber die Maximierung der Bedürfnisbefriedigung und die soziale Gerechtigkeit sich gegen die Freiheit richten, im Sinne von Hayek in eine „totalitäre Ordnung“ führen, dann muss es für diejenigen Verhaltensanweisungen geben, deren Bedürfnisse nur unzureichend befriedigt werden, die sich ungerecht behandelt sehen. Deshalb fordert Hayek „Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen (...), durch welche die einzelnen mithelfen, Dinge zu schaffen, die größer sind als sie selbst wissen.“<sup>6</sup> Denn „gerade dadurch, daß die Menschen sich früher den unpersönlichen Kräften des Marktes unterworfen haben, ist die Entwicklung der Kultur möglich gewesen (...). Der springende Punkt ist, daß es unendlich viel schwerer ist, logisch zu erfassen, warum wir uns Kräften, deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können, unterwerfen müssen, als dies zu tun aus demütiger Ehrfurcht, die die Religion oder auch nur die Achtung vor den Lehren der Nationalökonomie einflößt.“<sup>7</sup>

Das einzige, was im Sinne der Neoliberalen von der Gerechtigkeit übrigbleibt, ist prozedurale Gerechtigkeit, also Verfahrensgerechtigkeit: Für alle sollen dieselben Spielregeln am Markt gelten, niemand soll zu etwas gewaltsam gezwungen werden. Was darunter zu verstehen ist, macht Hayek so klar: „Auch wenn ihn selbst (ein beliebiges Individuum, H.S.) und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn zwingt, eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der Gnade des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinne gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verursacht hat, nicht bezweckte, ihn zu bestimmten Handlungen und Unterlassungen zu zwingen, solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht die ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung die sein Heim zerstört, oder eines Unfalles, die seine Gesundheit schädigt.“<sup>8</sup>

6 Derselbe, Falscher und wahrer Individualismus. In: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Politik, Band I, 1948, S. 25

7 Derselbe, Der Weg zur Knechtschaft. München: Verlag Moderne Industrie, München 1991. S. 254

8 Derselbe, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 166

### 3. Die Soziale Marktwirtschaft

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als deutscher Ableger des Neoliberalismus ist im Umgang mit der sozialen Gerechtigkeit geschickter als Hayek: Dieses Konzept – so fasst Gablers Wirtschaftslexikon das zusammen – „gewinnt (...) moralische Qualität v.a. aufgrund der Koordinationsleistung der Märkte, die grundsätzlich allen Mitgliedern der Gesellschaft zum Vorteil gereichen, nicht aber wegen vermeintlich „sozialer“ Umverteilungsmaßnahmen.“ Damit ist es nicht Sache der Gewerkschaften, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Denn grundsätzlich ergibt sich gerechte Einkommensverteilung durch vollständige Konkurrenz – auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt. „In der vollständigen Konkurrenz teilt ein anonymer Wirtschaftsprozess den Menschen ihre Einkommen zu (...). Und so wird die Verteilung nicht nach ethischen Gesichtspunkten vollzogen, sondern sie ist einem ethisch-gleichgültigen Automatismus überlassen.“<sup>9</sup> Aber dieses „ethisch-gleichgültige Grundprinzip der Wettbewerbswirtschaft“ ist dennoch eine Bedingung für die „Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit“, denn es teilt das Einkommen entsprechend der für den Konsumenten erbrachten Leistung zu.“<sup>10</sup> Die Verteilung durch den Markt könne zwar, so Eucken, etwa bei einem Nachfrage-monopol nach Arbeit zu Ungerechtigkeit führen, aber „die Abhängigkeit von zentralen Machtkörpern (...) ist noch gefährlicher.“<sup>11</sup> Die Lösung besteht in kleinen Wirtschaftseinheiten, d.h. in vollständiger Konkurrenz.<sup>12</sup>

Damit sind Markt und Wettbewerb Orte der Gerechtigkeit, wenn vollständige Konkurrenz herrscht. Gegen diese Ethisierung und Verabsolutierung des Wettbewerbsprinzips wendet sich Nawroth: Er kritisiert „die für unsere Begriffe geradezu mythische Personifizierung und Verabsolutierung der Marktautomatik im gegenwärtigen neoliberalen Schrifttum. Da ist nicht nur die Rede von der ›supra-empirischen Gesetzmäßigkeit‹ (O. Veith), der ›großartigen Ordnungsautomatik‹, dem ›bewundernswerten Automatismus‹ (W. Schreiber), der ›geordneten Anarchie‹ (W. Röpke), sondern darüber hinaus von der

9 Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1975, S. 300

10 ebenda, S. 315

11 ebenda, vgl. Kapitel VIII Die Wirtschaftspolitik zentraler Leitung: Kritik. Hierin Abschnitt 2 Die soziale Frage

12 Ausführlicher zum Neoliberalismus: H. Schui und S. Blankenburg, Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002. Zur Sozialen Marktwirtschaft: H. Schui, Soziale Marktwirtschaft: Entwurf für eine autoritäre Gesellschaft? In: Gerechtere Verteilung wagen! Mit Demokratie gegen den Wirtschaftsliberalismus, Hamburg 2009

›außer- und übermenschlichen Intelligenz des Marktes‹ (F. Böhm), die als ›unsichtbare Kraft‹, als ›höheres Gesetz‹, als ›Instrument einer höheren Vernunft‹ (L. Miksch) in Funktion tritt.“<sup>13</sup> Es sollte daran erinnert werden, dass alle hier von Nawroth genannten Autoren verschiedene Parteigänger der Sozialen Marktwirtschaft sind.

Nawroth arbeitet sehr deutlich das Pendant zu dieser Verherrlichung des Marktes heraus, nämlich die von Hayek geforderte Unterwerfung und Demut: „Es ist erstaunlich, mit welchem Enthusiasmus das Wiederaufleben der ›unsichtbaren Hand‹ als Symbol des Glaubens an eine gleichsam ›übermenschliche Vernunft‹ begrüßt wird. Ihren Weisungen gegenüber muss der wirtschaftende Mensch nach der Auffassung Hayeks, eben aus dem Bewusstsein unseres begrenzten Verstandes, die Grundhaltung der ›Demut‹ und des Gehorsams gegenüber den ›unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen‹, die den Menschen angeblich in Gebrauch nehmen, aufbringen, andernfalls er empfindlich bestraft wird (...).“<sup>14</sup>

Was erklärt diesen Markt- und Wettbewerbsglauben, was die offenbar falsche Einschätzung der Sozialen Marktwirtschaft als ein Sozialstaatskonzept? Ist es der Wunsch, sich so an mühseliger Analyse vorbei mogeln zu können, ist es die Sehnsucht nach Unterwerfung, so wie dies autoritäre Charaktere auszeichnet? Oder will man einfach nur dazu gehören, nicht ausgeschlossen sein? Allemal öffnen sich, wenn Codewörter aus dem Repertoire der Sozialen Marktwirtschaft (ordnungspolitisch!) gerufen werden, viele Türen.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit muss offenbar sehr grundsätzlich geführt werden. Markt und Wettbewerb müssen als das verstanden werden, was sie sind: eine Methode der Organisation der Wirtschaft, die anhand ihrer konkreten Ergebnissen zu beurteilen ist. Dort, wo diese Methode versagt, muss sie durch andere Verfahren ersetzt werden. Jedenfalls ist es nicht zulässig, einfach zu behaupten, dass das „ethisch-gleichgültige Grundprinzip der

13 E. Nawroth, Die wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen des Neoliberalismus. Köln, Berlin, Bonn, München 1962, S. 19. Entschieden wendet sich Nawroth auch gegen den Versuch, die Papstencyklika Quadragesimo Anno für die Soziale Marktwirtschaft zu vereinnahmen. Eine ausführliche und sehr lesenswerte Auseinandersetzung mit der Sozialen Marktwirtschaft und dem Neoliberalismus hat Nawroth mit „Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus“, Heidelberg und Löwen 1961, veröffentlicht. Nawroth ist einer der bedeutendsten Vertreter der katholischen Soziallehre.

14 Ebenda

Wettbewerbswirtschaft“ automatisch zu sozialer Gerechtigkeit führe, weil es das „Einkommen entsprechend der für den Konsumenten erbrachten Leistung zuteilt.“ Vielmehr muss soziale Gerechtigkeit das Prüfkriterium (ist das Ergebnis sozial gerecht?) sein. Deswegen allein schon muss sie als ethische Kategorie verteidigt werden, jede Organisationsform der Wirtschaft muss dahin überprüft werden, ob ihre Ergebnisse sozial gerecht sind.

# Kinderarmut

## Ein Armutszeugnis für Staat und Gesellschaft

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Obwohl die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung die soziale Lage von Millionen Menschen, vor allem die Situation der Familien und Kinder eher beschönigen, ist weiten Teilen der Öffentlichkeit inzwischen bewusst, dass (Kinder-)Armut nicht nur in der sogenannten Dritten Welt, sondern auch hierzulande ein gesellschaftliches Kardinalproblem darstellt. Dies gilt zumindest dann, wenn man darunter nicht nur absolutes Elend, vielmehr auch ein relatives Maß an sozialer Ungleichheit versteht, das Betroffene daran hindert, sich ihrer persönlichen Fähigkeiten gemäß zu entfalten, sich optimal zu entwickeln und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.

Kinderarmut äußert sich in einem wohlhabenden, wenn nicht reichen Land wie der Bundesrepublik weniger spektakulär als in Mozambik, Bangladesch oder Burkina Faso, wo Menschen auf der Straße verhungern. Sie wirkt eher subtil, aber nicht minder dramatisch und lange. Hierzulande ist es für Kinder manchmal noch schwerer, arm zu sein, als in einer Gesellschaft, die sämtlichen Mitgliedern nur das Allernötigste bietet. Konsumchancen, zum Beispiel das Tragen modischer Kleidung („Markenklamotten“), der Besitz des tollsten Handys und modernster Unterhaltungselektronik sowie teure Freizeitaktivitäten bestimmen mit über die Möglichkeiten, die ein Kind bei uns im Freundeskreis bzw. der Clique hat. Jenseits von Nike und Nokia wird man gar nicht ernst genommen, was zu psychosozialen Belastungen führen kann und den Ausschluss junger Menschen aus vielen Lebenszusammenhängen nach sich zieht.

Besonders für Kinder und Jugendliche, deren Lebenswelt viel stärker als jene von Erwachsenen durch eine zunehmende Ökonomisierung und Kommer-

zialisierung geprägt ist, bedeutet arm zu sein, in mehreren Lebensbereichen (Einkommen, Beruf, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Freizeit) Defizite aufzuweisen. Bei einem Kind ist ein solches Defizit beispielsweise im Wohnbereich dann gegeben, wenn es kein eigenes Zimmer hat. Weil auch die familiären Wohnverhältnisse beengt sind, wird der Kindergeburtstag nicht im Kreis der Schulkamerad(inn)en und Freund(inn)en zu Hause gefeiert, was zusammen mit anderen Restriktionen eine Isolation der Betroffenen nach sich ziehen kann. In vielen Familien reicht das Haushaltsgeld heute höchstens bis zur Monatsmitte; von da an ist Schmalhans Küchenmeister.

### **Ursachen der Verarmung von Familien, Frauen und Kindern**

Sind junge Menschen arm oder unterversorgt, macht man dafür gewöhnlich ihre Eltern, ein von der Norm abweichendes Verhalten (z.B. übermäßigen Alkoholkonsum) oder einschneidende Ereignisse in der Familienbiografie verantwortlich. Kinder gelten – im Unterschied zu arbeitslosen Erwachsenen, Bettlern und Obdachlosen – als „würdige Arme“. Man schiebt ihnen nicht persönlich die Schuld an ihrer Not zu, sondern blickt viel eher auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Hier liegt tatsächlich der Schlüssel zur Erklärung des Umstandes, dass es heute vermehrt Armut gibt und überwiegend Kinder bzw. Jugendliche davon betroffen sind. In der öffentlichen Diskussion wie der Fachliteratur werden die Auslöser von (Kinder-)Armut jedoch häufig mit deren Ursachen verwechselt. Während strukturelle Zusammenhänge und gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen Menschen leben bzw. in denen Kinder aufwachsen, die Voraussetzungen für Verarmungsprozesse bilden, lösen bestimmte Ereignisse im Lebensverlauf solche Entwicklungen aus oder lassen sie voll zur Wirkung gelangen. Dadurch scheint es so, als seien etwa der Tod des (Familien-)Ernährers, die Scheidung bzw. Trennung vom (Ehe-)Partner und/oder eine Mehrlingsgeburt schuld am Entzug materieller Ressourcen, den Kinder und Jugendliche anschließend erleiden. Tatsächlich waren sie, ihre Eltern oder Mütter allerdings bereits vor dem betreffenden Schicksalsschlag unzureichend gesichert.

Macht man den als „Globalisierung“ bezeichneten Prozess einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach Markterfordernissen, der Ökonomisierung und Kommerzialisierung für die Pauperisierung, soziale Polarisierung und Entsolidarisierung verantwortlich, liegen die Wurzeln des stark vermehrten Auftretens von (Kinder-)Armut auf drei Ebenen:

- Im Produktionsprozess löst sich das „Normalarbeitsverhältnis“ (Ulrich Mückenberger), bedingt durch eine unter den Stichworten „Liberalisierung“, „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ vorangetriebene Reformpolitik, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine steigende Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und (Zwangs-) Teilzeitarbeitsverhältnisse, die den so oder überhaupt nicht (mehr) Beschäftigten wie ihren Familienangehörigen weder ein ausreichendes Einkommen noch den gerade im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ erforderlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung stark relativiert.
- Im Reproduktionsbereich büßt die „Normalfamilie“, das heißt die zum Beispiel durch das Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht staatlicherseits subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit ein, zwei oder drei Kindern, in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Bedeutung ein. Neben sie treten Lebens- und Liebesformen, die tendenziell weniger materielle Sicherheit für Kinder gewährleisten (sogenannte Ein-Elternteil-Familien, „Patchwork-Familien“, nichteheliche Partnerschaften usw.).
- Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bedingt der forcierte Wettbewerb zwischen nationalen „Wirtschaftsstandorten“ entsprechend der neoliberalen Standortlogik einen Abbau von Sicherungselementen für „weniger Leistungsfähige“, zu denen allemal Erwachsene gehören, die (mehrere) Kinder haben. Kinder und Jugendliche sind nicht zuletzt deshalb stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil das Projekt eines „Um-“ bzw. Abbaus des Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die weniger Absicherung als vorherige Generationen genießen.

### **Die sog. Hartz-Gesetze als Beispiel für eine (Kinder-)Armut fördernde Reformpolitik**

Das nach dem früheren VW-Manager Peter Hartz benannte Gesetzespaket markiert eine historische Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Deutschland. Besonders mit Hartz IV waren grundlegende Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden, die das politische Klima der Bundesrepublik auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verschlechtern dürften.

Mit dem „Ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I), das am 1. Januar 2003 in Kraft trat, wurden die Barrieren der Bedürf-



tigkeitsprüfung erhöht, welcher sich Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe unterziehen mussten. Während die Vermögensfreibeträge gesenkt und die Mindestfreibeträge für verdienende (Ehe-) Partner/innen gekürzt wurden, entfiel der Erwerbstätigenfreibetrag ganz. Außerdem unterblieb fortan die Dynamisierung der Leistung für Langzeitarbeitslose, wodurch das Risiko der Betroffenen, sozialhilfebedürftig zu werden, drastisch stieg.

Auf der Grundlage des „Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz II) wurden „Ich-“ bzw. „Familien-AGs“ und „Mini-“ bzw. „Midi-Jobs“ eingeführt, auf der Grundlage des „Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz III), das am 1. Januar 2004 in Kraft trat, strukturierte man die seither „Bundesagentur für Arbeit“ heißende Nürnberger Behörde nach dem Vorbild der Privatwirtschaft und mit Hilfe moderner Managementkonzepte zu einem Dienstleistungsunternehmen um. Die im Unterschied zu den „Markt-“ und „Beratungskunden“ als „Betreuungskunden“ abgestempelten Langzeitarbeitslosen werden kaum noch durch hochwertige Qualifizierungsmaßnahmen reintegriert, sondern mit kurzen, möglichst kostengünstigen Trainingsmaßnahmen abgespeist.

Mit dem „Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) wurde die Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld (Alg) II ersetzt – eine reine Fürsorgeleistung, die nicht mehr den früheren Lebensstandard zum Maßstab der Leistungsgewährung für Langzeitarbeitslose macht. Durch den Wegfall der meisten wiederkehrenden einmaligen Leistungen, etwa Geld für einen Kinderwintermantel oder die Reparatur defekter Haushaltsgeräte wie einer Waschmaschine, die man bei der Sozialhilfe vorher zusätzlich beantragen konnte, sowie deren Umstellung auf einen neuen, pauschalierten und gegenüber dem früheren nur leicht angehobenen Eckregelsatz leiden primär Familien mit Kindern, deren Bedarf in dieser Hinsicht ausgesprochen hoch ist.

Am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht den Hartz-IV-Regelsatz, besonders jenen für Kinder als nicht grundgesetzkonform beurteilt und die Regierung verpflichtet, bis zum 31. Dezember desselben Jahres eine Neuregelung zu treffen. Es handelte sich um politische Willkür, den sogenannten Eckregelsatz für die Haushaltsvorstände, zum 1. Januar 2005, als Hartz IV in Kraft trat, mit 345 EUR im Monat anzusetzen. Davon pauschal 60, 70 bzw. 80 Prozent für Kinder abzuleiten, trug deren spezifischen Bedürfnissen überhaupt nicht Rechnung.

Auch nach der verspäteten Neuregelung vieler Details im Frühjahr 2011 bleibt Hartz IV ein ständiger Konfliktherd. Hierauf gaben die Startschwierigkeiten beim „Bildungs- und Teilhabepaket“ für Kinder einen Vorgeschmack. Nur eine kleine Minderheit der Alg-II-beziehenden Eltern beantragten ihren Sprösslingen daraus rückwirkend ab 1. Januar desselben Jahres zustehende Leistungen, obwohl sie diese ohne detaillierten Nachweis erhalten konnten. Teilweise kam es durch das „Bildungs- und Teilhabepaket“ sogar zu Verschlechterungen bei der Mittagsverpflegung und der Vereinsmitgliedschaft von Kindern, weil bisherige, großzügigere Programme in einzelnen Kommunen aufgrund der Bundesregelung eingestellt wurden. Erst im November 2011 erklärte sich Ursula von der Leyen zu einer „Nachbesserung“ des Bildungspaketes und zur Erleichterung der Antragstellung bereit. Am 1. Januar 2012 stiegen die Regelbedarfe der Erwachsenen zwar um 10 auf 374 EUR und die der Kleinkinder um 4 auf 219 EUR, die Höhe der Regelbedarfe von Schulkindern und von Jugendlichen (251 bzw. 287 EUR) blieb aber wie schon in den beiden Vorjahren unverändert.

### **Bausteine einer wirksamen Armutsbekämpfung**

Dass sich die Kinderarmut in Deutschland trotz wachsenden Reichtums ausgebreitet hat, ist ein politisches Armutszeugnis für Staat und Gesellschaft, weil sie die hierfür ursächlichen Reformmaßnahmen verantworten. Nötig wäre ein grundlegender Kurswechsel: Nur wenn umgesteuert wird, können die Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik den Trend zur Ausgrenzung eines wachsenden Bevölkerungsteils aufhalten.

Maßnahmen zur Verringerung und Verhinderung von noch mehr Kinderarmut sollten auf unterschiedlichen Politikfeldern und Handlungsebenen ansetzen. Es gibt zwar kein Patentrezept zur Bekämpfung der Kinderarmut, aber vier Kernelemente eines integrierten Gesamtkonzepts, die allesamt mit „g“ beginnen: der gesetzliche Mindestlohn, die Ganztagsbetreuung, die Gemeinschaftsschule und eine Grundsicherung, die den Namen im Unterschied zum Arbeitslosengeld II wirklich verdient.

1. Um den wachsenden Niedriglohnsektor, der in Deutschland mittlerweile fast 25 Prozent aller Beschäftigten umfasst, einzudämmen und damit die Kinder von Geringverdiener(inne)n aus der Armut herauszuführen, bedarf es eines flächendeckenden, allgemeinen Mindestlohns, der eine Lohnuntergrenze von etwa 10 EUR pro Stunde gesetzlich vorschreibt. Dass 20 von

27 EU-Staaten einen solchen Mindestlohn haben, er aber in der Bundesrepublik mit dem Argument, ihre Volkswirtschaft – wohlgemerkt: die mit Abstand leistungsstärkste des Kontinents – würde durch ihn ins Verderben gestürzt, seit Jahren blockiert und bisher verhindert wird, gehört zu den größten politischen Absurditäten überhaupt.

2. Noch immer fehlt zahlreichen Eltern besonders in Westdeutschland eine Versorgung mit öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, die in manchen europäischen Staaten fast flächendeckend existieren. Erheblich mehr Ganztagschulen, die möglichst kostenlos bereits nach Vollendung des 1. Lebensjahres zur Verfügung gestellte Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze ergänzen sollten, hätten einen Doppelleffekt: Einerseits würden von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert, andererseits könnten ihre Eltern leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme eher meistern ließe. Vornehmlich alleinerziehende Mütter – und im seltenen Ausnahmefall: Väter – würden befähigt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, ohne hier wie dort Abstriche machen zu müssen. Durch die Ganztags- als Regelschule lassen sich psychosoziale Benachteiligungen insofern kompensieren, als eine bessere Versorgung der Kinder mit Nahrung (gemeinsame Einnahme des Mittagessens), eine gezielte Förderung leistungsschwächerer Schüler/innen etwa bei der Erledigung von Hausaufgaben und eine sinnvollere Gestaltung der nachmittäglichen Freizeit möglich werden.
3. So wichtig mehr öffentliche Ganztagsbetreuung für Kinder aller Jahrgangsstufen ist, so wenig reicht sie aus, um Bildung stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Gleichwohl stößt die öffentliche Reformdebatte selten bis zum eigentlichen Problem, der hierarchischen Gliederung des Schulwesens in Deutschland, vor. Vertreter eines bornierten Besitzbürger­tums möchten das Gymnasium anscheinend für den eigenen Nachwuchs reservieren. Wer von der Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule für Kinder aller Bevölkerungsschichten jedoch nicht sprechen will, sollte auch von der Ganztagschule schweigen. Letztere war stets ein Ziel reformpädagogischer Bemühungen, degeneriert aber zur bloßen Verwahranstalt, wenn sie nicht in ein bildungspolitisches Alternativkonzept integriert wird. Nötig wäre eine umfassende Strukturreform, die der sozialen Selektion durch das mehrgliedrige deutsche Schulsystem ein Ende bereiten müsste. In „einer

Schule für alle“ nach skandinavischem Vorbild wäre kein Platz für die frühzeitige Aussonderung „dummer“ Kinder, die arm sind bzw. aus sogenannten Problemfamilien stammen. Mit einer inklusiven Pädagogik, die keine „Sonderbehandlung“ für bestimmte Gruppen mehr kennt, könnte man sozialer Desintegration und damit dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt entgegenwirken.

4. Mittels einer solidarischen Bürgerversicherung könnte die berufsständische Gliederung des Bismarck'schen Sozialstaates überwunden und gleichzeitig seine Basis verbreitert werden, ohne mit der ihm eigenen Systemlogik radikal zu brechen. Ergänzend zu einer solchen Bürgerversicherung, die alle Wohnbürger/innen mit sämtlichen Einkommen und Einkunftsarten (möglichst ohne Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen) zur Finanzierung der nötigen Leistungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich heranzieht, bedarf es einer sozialen Grundsicherung für Familien, die das soziokulturelle Existenzminimum ohne entwürdigende Antragstellung und bürokratische Bedürftigkeitsprüfung garantiert. Hierbei würde zunächst das Einkommen eines Haushaltes mit Kindern so weit aufgestockt, dass deren Versorgung staatlicherseits gesichert wäre. Überfällig ist die Abschaffung der steuerlichen Kinderfreibeträge, welche mit einer kräftigen Erhöhung des Kindergeldes verbunden sein muss, das allerdings im Unterschied zur bisherigen Regelung versteuert werden müsste. Hierdurch kämen Transferleistungsempfänger/innen, die nicht einkommensteuerpflichtig sind, in seinen vollen Genuss, während Besserverdienende netto sehr viel weniger davon profitieren würden. Zu hoffen bleibt, dass ein solches Modell weder durch die dürftige „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (SGB XII) sowie die „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (SGB II) diskreditiert ist noch vom Bundesverfassungsgericht mit dem Argument mangelnder „horizontaler Steuergerechtigkeit“, die angeblich eine Gleichstellung wohlhabender Eltern mit wohlhabenden Menschen ohne Kinder erfordert, gekippt würde.

## Literatur

Butterwegge, Carolin: Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen, Wiesbaden 2010

Butterwegge, Christoph: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2012

Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 4. Aufl. Wiesbaden 2012

Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Belke-Zeng, Matthias: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, 2. Aufl. Wiesbaden 2008

Chassé, Karl August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze: Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, 4. Aufl. Wiesbaden 2010

Lutz, Ronald/Hammer, Veronika (Hrsg.): Wege aus der Kinderarmut. Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und sozialpädagogische Handlungsansätze, Weinheim/München 2010

Stefan, Thomas: Exklusion und Selbstbehauptung. Wie junge Menschen Armut erleben, Frankfurt am Main/New York 2010

Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis, 2. Aufl. Wiesbaden 2010

### **Ich hab' eine Vision für die Region!**

10 Visionen für mehr soziale Gerechtigkeit

# Mehr Gerechtigkeit wagen

Ulrich Rückin  
Arbeitslosenselbsthilfe e.V. Osnabrück

„Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit bezieht sich auf gesellschaftliche Zustände, die hinsichtlich ihrer relativen Verteilung von Rechten, Möglichkeiten und Ressourcen als fair oder gerecht bezeichnet werden können.“ So lautet die Wikipedia-Definition Sozialer Gerechtigkeit.

Sehr einleuchtend, sofern alle wohl zustimmen, dass Gerechtigkeit allerhand mit fairer Güterverteilung und einem gleichberechtigten, demokratischen Zugang zu Rechten zu tun hat. Aber was bedeutet konkret gleichberechtigt, was ist fair?

Schwer zu beantworten, auch da es mehrere Dimensionen sozialer Gerechtigkeit gibt. Für einige orientiert sie sich an der Bedarfssicherung der sozial Benachteiligten. Andere stellen das Leistungsprinzip als Maßstab gerechter Güterverteilung in den Mittelpunkt. Daneben gewinnt der Begriff Teilhaberechtigkeit an Bedeutung. Diese betont den Wert von gleichen Rechten, wie Chancengleichheit, zum Beispiel beim Zugang zu Bildungschancen, die Möglichkeiten des Zugangs zum sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben; also die Voraussetzungen von Gerechtigkeit, weniger das Ergebnis.

Vor dem Hintergrund dieser Mehrdimensionalität wundert es nicht, wenn der Wikipedia-Artikel so fortfährt: „Was genau Inhalt und Maßstab dieser Form von Gerechtigkeit sei, ist aber seit jeher umstritten und vielschichtig.“ ([http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale\\_Gerechtigkeit](http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Gerechtigkeit))

Gleichwohl der Begriff der Sozialen Gerechtigkeit abhängig von der Betrachtung ist, scheint es im Alltag weithin geteilte Gerechtigkeitsvorstellungen zu geben, an die es lohnt, anzuknüpfen. Ein Beispiel: Unter Bezugnahme auf das Leistungsprinzip werden unterschiedliche Einkommenshöhen durchaus als gerecht empfunden – wenn plausibel gemacht werden kann, dass die Einkommensunterschiede auf (Arbeits-)Leistung basieren! Wer mehr arbeitet, soll

auch mehr von den gesellschaftlichen Gütern profitieren dürfen. Im Gegenzug folgt daraus aber auch, dass zum Beispiel Managergehälter, die das zwanzig-, dreißigfache des Einkommens eines normalen Arbeiters ausmachen, nicht als gerecht empfunden werden – weil sie nicht mit unterschiedlicher Leistung zu rechtfertigen sind!

### **Einen verschärften Diskurs über eine (leistungs-)gerechte Einkommensverteilung führen**

Wenn dem aber so ist, dass der nicht durch Leistungsunterschiede begründbare Einkommensunterschied als sozial ungerecht empfunden wird, wäre es immer wieder wichtig, das real wachsende Missverhältnis von Einkommenshöhen und Leistung zu thematisieren und einen verschärften Diskurs über eine (leistungs-)gerechte Einkommensverteilung zu führen. Dazu gehört die Brandmarkung von Niedriglöhnen bei gleicher Arbeit, nur weil der Ausübende Leiharbeiter, Migrant oder Frau ist.

Hierhin gehört ebenfalls die Thematisierung der Ungerechtigkeit, dass die Besserverdienenden jenseits der Beitragsbemessungsgrenze weniger zum Sozialstaat beitragen dürfen als die darunter liegenden Einkommen, weil sie völlig ohne Begründung von einem Teil der Sozialbeiträge entlastet werden. Oder dass Spitzenverdienern, deren Einkommen überproportional wachsen, während die Löhne mehrheitlich stagnieren, mit guten Gründen auch Spitzensteuersätze abverlangt werden können. Wer von der Gesellschaft profitiert, sollte auch in die Lage versetzt werden, etwas zurückgeben zu dürfen.

Das vorhergehende Beispiel bezieht sich vor allem auf Leistungsgerechtigkeit in Verbindung mit Arbeit. Es kann jedoch in bestimmten Fällen auch durchaus als fair angesehen werden, wenn Menschen ohne (Erwerbs-)Arbeit versorgt werden. Wenn sie beispielsweise die wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Kindererziehung übernehmen, wenn sie aufgrund von Behinderungen oder altersbedingt nicht mehr arbeiten können. Oder wenn sie noch zu jung sind und noch nicht arbeiten können. Sie alle haben einen Teilhabeanspruch, weil sie Nützliches für die Gemeinschaft leisten, geleistet haben, noch leisten werden oder – aufgrund individueller Beeinträchtigungen – nicht leisten können, obwohl sie wollen. Ein Recht auf sozialstaatliche Unterstützung dieser Gruppen wird damit prinzipiell immer bejaht.

Deshalb wenden sich neoliberale Sozialstaatsklitterer auch nie direkt gegen dieses Prinzip, sondern suggerieren den Willen zur Unterstützung der „wirklich Bedürftigen“. Um im nächsten Schritt dann Stimmung gegen einen

angeblich verschwenderischen Wohlfahrtsstaat zu machen, unqualifizierte Mythen über eine Altersabsicherung, die „wir“ uns nicht mehr leisten können zu verbreiten, über eine „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ und wachsende „Vollkaskomentalitäten“ zu schimpfen und vermeintlich unfähige Hartz-IV-Eltern, die ihren Kindern die notwendige Versorgung und Unterstützung vorenthalten, um die eigenen verschwenderischen Bedürfnisse zu befriedigen, anzugreifen.

Obwohl es unserem grundlegenden Gerechtigkeitsgefühl entspricht, dass sozial benachteiligte Menschen ein Recht auf Unterstützung und Teilhabe haben, gelingt es der neoliberalen Propaganda – unter der Tarnkappe des Eintretens für die „wirklich Bedürftigen“ – immer mehr, das Bedürftigkeitsprinzip auszuhebeln. Obwohl Kinder immer häufiger zum Armutsrisiko werden und die Kinder unsere Zukunft sein sollen, führt das nicht zu einer besseren materiellen Absicherung jener. Im Gegenteil, das Elterngeld für arme Familien wurde drastisch gekürzt. Selbst die vom Bundesverfassungsgericht als existenziell zu niedrig beurteilten Kinderregelsätze wurden daraufhin nicht angehoben, sondern das den Familien zustehende Geld diesen faktisch enteignet und in ein Bildungs- und Teilhabepaket überführt, welches in hohem Maße Bürokratiekosten bedient. Die Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte wurde auf einem Niveau eingeführt, das in vielfacher Hinsicht noch unter dem von Hartz IV liegt und die Betroffenen damit direkt in die Armut führt.

### **Neoliberale Mythen und Taktiken offenlegen**

Es wäre an dieser Stelle wichtig, endlich öffentlich zu machen, dass der Anspruch unserer Gesellschaft, die sozial Benachteiligten zu unterstützen und auch deren Teilhabe zu sichern, zusehends nur noch mit schönen Worten suggeriert, de facto aber nicht mehr eingelöst wird. Das müssen wir zeigen und zugleich die neoliberalen Mythen und Taktiken offenlegen, mit denen dies verschleiert wird. Eine Faustformel könnte zum Beispiel sein, zu erkennen, dass derjenige, der vom Einsatz für die „wirklich Bedürftigen“ spricht, nicht selten zuerst die Verschlechterung ihrer Lage im Sinn hat.

Eine weitere Gruppe, denen eine Versorgung ohne Arbeit zugebilligt wird, ist erstaunlicherweise die der Vermögenden und Besitzenden. Dass diese bisher von Forderungen nach Umverteilung weitgehend verschont geblieben sind und die Forderung nach einer Vermögenssteuer immer noch als Sozialneid diffamiert werden kann, ist deshalb erstaunlich, weil hier die Erträge zu großen Teilen leistungslos erzielt werden, etwas, was den Armen nicht zugebilligt wird.

Dabei handelt es sich um enorme Summen, die in Deutschland leistungslos<sup>1</sup> den Besitzern zufließen: Etwa 7,3 Billionen Euro Nettovermögen besitzen die Deutschen, das entspricht etwa dem 3fachen des Bruttoinlandsprodukts, 20-30% davon konzentrieren sich nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beim reichsten Prozent der Bevölkerung. In den letzten 20 Jahren hat sich das Vermögen – trotz Finanzkrise – nahezu verdoppelt. Gleichzeitig sind die Staatsausgaben enorm gestiegen, um den dafür nötigen Schuldendienst leisten zu können, während die Steuerbelastung auf Vermögenseinkommen sukzessive gesenkt wurde. Die real erzielte Erbschaftsteuer liegt, nach Berechnungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, bei rund 2%! Auch das ist erstaunlich, weil Erbschaften im Grunde leistungslosen Zufluss bedeuten, dem Erben wird' s quasi im Schlaf gegeben, wobei allerdings der jetzt ewig Schlafende im Regelfall der Erblasser ist.

Grundsätzlich ist bei der Erbschaft gerechtigkeitshalber zu sagen, dass dem Erbe häufig eine Leistung vorausgeht. Der Erblasser hat zum Beispiel ein zu vererbendes Haus oder eine Firma selbst erbaut, mit dem Willen, dass dies bestimmten Personen – meist den eigenen Kindern – zukommen soll. Das erscheint in Grenzen respektabel, auch wenn es bedeutet, dass einige Menschen, nur weil sie zufällig in die richtige Familie geboren wurden, sich eines wie auch immer bescheidenen Reichtums ohne Arbeit erfreuen dürfen, während andere dazu bestenfalls kraft einer mühevollen Lebensleistung in der Lage sind. In der Summe werden allerdings in Deutschland inzwischen Vermögenswerte von ca. 200 Mrd. Euro jährlich vererbt, ein großer Teil der Erbschaften liegt vom Umfang her deutlich oberhalb der Lebensleistung eines Menschen und fließt den oberen 10% der Bevölkerung zu, was zu wachsenden, quasi feudalen Vermögenskonzentrationen führt. Etwas, das die Chancengleichheit in unserer Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt und wirklich nichts mehr mit Leistung zu tun hat.

---

<sup>1</sup> Um nicht falsch verstanden zu werden: Bei Vermögenseinkommen wird schon eine Leistung erbracht. Nur nicht von denen, die den Ertrag erhalten (abgesehen vielleicht von der Mühe des Vergleichs der rentabelsten Anlageangebote bei der Bank). Da sich Geld nicht von allein vermehrt, muss es immer jemanden anderes geben, der den Wohlstand, von dem der Vermögende profitiert, erarbeitet. Oder das Geld wird in Anlagen verwendet, denen kein realer wirtschaftlicher Gegenwert entspricht. Dann kommt es zu Krisen, bei denen Vermögen „vernichtet“ werden kann. Bisher greift allerdings in solchen Fällen der Staat mit einem „Rettungsschirm“ ein.

## **Das Thema Vermögen und Vermögensverteilung aus seinem Schattendasein befreien**

Da ein erzielter Ertrag aber nach unserem Gerechtigkeitsgefühl immer auch etwas mit Leistung, Bedürftigkeit, Chancengleichheit zu tun haben sollte, müsste der wachsende, allein mittels Vermögen bzw. Vermögenserträgen mühelos erworbene Wohlstand in einem Teil unserer Gesellschaft auf Kosten der Mehrheit eigentlich zu einer sehr kritischen Betrachtung des Reichtums führen und danach streben lassen, diesen der gesamten Gesellschaft zugänglich zu machen (zumindest von Vermögen und Erbschaften, die mehr als einer Lebensleistung ohne zusätzlicher Vermögenseinkunft entsprechen). Dass dies nicht geschieht, erscheint angesichts der erheblichen Vermögenskonzentration keine gerechtigkeitstheoretische Frage mehr zu sein, sondern vielmehr eine Frage danach, wohin der Blick gelenkt wird. Es wäre an der Zeit, das Thema Vermögen und Vermögensverteilung aus seinem Schattendasein zu befreien und ins Licht der öffentlichen Debatte zu bringen.

Ein Problem in der Debatte über soziale Gerechtigkeit sind dagegen die Erwerbslosen bzw. der Umgang mit ihnen. Denn sie erhalten Leistungen von der Gemeinschaft, scheinbar ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen oder aufgrund von sonstigen Einschränkungen unter das Bedürftigkeitsprinzip zu fallen. Und anders als die Reichen, die das ja genauso machen, stehen sie im kritischen Licht der Öffentlichkeit. Was übrigens nicht immer so war. Der Bettler im Mittelalter hatte zeitweilig einen quasi verbrieften Anspruch auf sein Almosen vom Fürsten, denn schließlich verhalf das diesem – keine Leistung ohne Gegenleistung – zum ansonsten vielleicht nur wenig verdienten Platz im Himmelreich.

Der ist aber den meisten heute gleichgültig, der Sozialstaat hat (vorübergehend?) die fürstliche Willkür abgelöst. Solange es noch das System von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe gab, konnte sich der Erwerbslose als Mitglied der Sozialversicherungsgemeinschaft betrachten, in die er/sie auch eingezahlt hatte. Arbeitslosigkeit galt zeitweilig ebenso als „kritisches Lebensereignis“ wie ein Unfall oder eine Krankheit. Seit der Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe bzw. deren Überführung in die Sozialhilfe mit dem schöneren Namen Grundsicherung (Hartz IV) endet für die meisten aber alsbald dieses Selbstverständnis. (Wenn nicht bereits bei Eintritt der Arbeitslosigkeit ergänzend Hartz IV nötig ist: Zwei Drittel der Erwerbslosen beziehen heute Hartz IV).

## **Hartz IV bedeutet, am unteren Ende der Gesellschaft angekommen zu sein**

Durch Hartz IV hat sich damit die Lage der Erwerbslosen massiv verschlechtert. Zum einen materiell, weil die Leistungen zum Lebensunterhalt nach Meinung seriöser Experten kein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Zum anderen, weil Hartz IV bedeutet, am unteren Ende der Gesellschaft angekommen zu sein, dort, wo man Almosen bekommt. Nicht, weil Hartz IV kein Rechtsanspruch ist (dieser ergibt sich zwangsläufig aus der grundgesetzlichen Vorgabe der Sicherstellung eines Existenzminimums), sondern weil hier eine Leistung bezogen wird, für die keine Gegenleistung i.e.S. normierter Vorstellungen erbracht werden kann, somit immer ein Gefühl des „Ungenügens“ bei den Betroffenen bleibt.

Denn für Hartz-IV-Berechtigte kommen nur Leistungssurrogate in Betracht: Sie können ihren Arbeitswillen darstellen, Bewerbungsbemühungen und Bereitschaft zur gemeinnützigen Arbeit zeigen, an Qualifizierungen teilnehmen und Förderpläne durchlaufen, sich dankbar für die erhaltenen Leistungen erklären – dies sind alles mehr oder weniger Voraussetzungen des Leistungsbezugs, sonst drohen Sanktionen. Aber deren Erfüllung reicht nie ganz aus, weil die eigentlich erwünschte Gegenleistung nicht erbracht wird – aber auch nicht erbracht werden kann, da es an existenzsichernden Arbeitsplätzen fehlt. Der/die Hartz-IV-Berechtigte kann dieses Gefühl des Ungenügens nicht zu Feierabend abgeben, sondern sieht sich täglich und ständig damit konfrontiert. Deshalb ist Hartz IV eine stetige Tortur für die Betroffenen, psychisch und materiell.

Und hierfür fehlt im Alltag vielfach noch die Sensibilität. Das alltägliche Gerechtigkeitsgefühl scheint weiter auf die Vollbeschäftigungsgesellschaft ausgerichtet zu sein, die Arbeitslosigkeit zum Sonderfall der Existenz erklärt und das Prinzip von Leistung und Gegen(arbeits-)leistung auch dann aufrecht erhält, wenn es nach vernünftiger Betrachtung der realen Verhältnisse gar nicht einlösbar ist. Die Aufgabe hier wäre zum einen, dies immer wieder kritisch aufzuzeigen. Zum anderen wäre öffentlich zu machen, in was für eine quälische und im Grunde unwürdige Situation Menschen von der Gesellschaft versetzt werden, wenn sie dauerhaft Hartz IV beziehen müssen. Denn es kann nicht als gerecht empfunden werden, dass Menschen, nur weil ihnen die Möglichkeit zur existenzsichernden Arbeit vorenthalten wird, eine menschenwürdige Teilhabe abgesprochen wird.

Der Vorschlag für eine Vision sozialer Gerechtigkeit lautet also bis hierher: Es ist zunächst ein kritischer Diskurs zu führen, der die Voraussetzungen von mehr

sozialer Gerechtigkeit schafft. Dazu gehört, wie dargestellt, erstens eine zusehends als ungerecht empfundene Einkommensverteilung verstärkt in die Diskussion zu bringen, zweitens die wachsende Unterwanderung des als grundlegend gerecht empfundenen Bedarfsprinzips zu skandalisieren, drittens die wachsenden leistungslosen Einkommen (also Reichtum) in die gesellschaftliche Verantwortung zurück zu bringen und viertens die nicht mehr tragbare Begründung der heute unwürdigen Erwerbslosenabsicherung weiter in Frage zu stellen. Dieser Diskurs kann und muss auf kommunaler wie nationaler Ebene geführt werden.



# Soziale Gerechtigkeit für Osnabrück

Friedemann Pannen  
Superintendent des Ev.-luth. Kirchenkreises Osnabrück

In einem ersten Teil werde ich Grundsätzliches zum Stichwort (soziale) Gerechtigkeit aus theologischer Sicht formulieren. Danach sollen Ursachen für bestehende Ungerechtigkeiten benannt werden, um anschließend Aspekte meiner Vision von Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen darzustellen. Im abschließenden Teil zähle ich stichwortartig Konkrete für die Stadt Osnabrück auf.

## 1. Theologische Einsichten zum Stichwort Gerechtigkeit

### 1.1 Gerechtigkeit ist parteilich

Betrachtet man den biblischen Befund zum Thema Gerechtigkeit, so fällt auf, „dass das Alte Testament richterliche Entscheidungen vor allem als erlösende Entscheidungen zugunsten Unterdrückter, Ausgebeuteter, unschuldig Angeklagter und weniger als Strafsentenz für zu Recht Angeklagte betrachtet.“ (Josef Scharbert) Gerechtigkeit wird also in vielen alttestamentlichen Zusammenhängen mit der Befreiung von Benachteiligten und Unterdrückten in Verbindung gebracht.

Gerecht ist es also, wenn wir parteilich sind. Es geht bei sozialer Gerechtigkeit nicht um Abwägen von gleichberechtigten Teilinteressen. Vielmehr ist soziale Gerechtigkeit an den Bedürftigen und damit an den Bedürfnissen von Menschen orientiert. Anwälte von sozialer Gerechtigkeit sind zur Parteilichkeit gefordert. Ein erster wesentlicher Aspekt von sozialer Gerechtigkeit ist dann erreicht, wenn Bedürftigen eine Stimme gegeben ist.

### 1.2 Gerechtigkeit ist auskömmlich

Der Evangelist Matthäus überliefert ein Gleichnis, in dem Jesus Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Es handelt von Arbeitern im Weinberg (Matthäus 20,1-16). Im Kern der Erzählung sorgt der Arbeitgeber dafür, dass alle, unab-

hängig von der Dauer ihres Arbeitseinsatzes, so viel Lohn erhalten, wie sie für sich und ihre Familien zum Leben brauchen. Der übliche Tageslohn wird auch denen ausgezahlt, die nur wenige Stunden im Weinberg arbeiteten.

Dem verständlichen Widerstand derjenigen, die für das gleiche Geld viel länger arbeiten mussten, hält der Weinbergbesitzer in Jesu Gleichnis entgegen, dass es in seiner Macht stehe, jedem so viel zuzuwenden, wie dieser zum (Über-)Leben benötigt.

Sozial gerecht geht es also nach Jesu Erzählung zu, wenn alle Menschen genügend Einkommen haben, um damit auszukommen. Soziale Gerechtigkeit entsteht demnach nicht erst durch die gleichmäßige Arbeitsbelastung aller, sondern sie ist Ergebnis der Zuwendung und verantwortlicher Sorge dessen, der besitzt und Arbeit bzw. Lohn zumisst.

### 1.3 Gerechtigkeit ist altruistisch

Für Aristoteles ist Gerechtigkeit immer etwas, „was für andere gut und nützlich ist.“ Am deutlichsten hat das der römische Jurist Ulpian zu Beginn des 3. Jahrhunderts n.Chr. formuliert. Er prägte die Formel von einer Gerechtigkeit, „die jedem das ihm Gebührende zuteilt“. (Bengt Hägglund) Während wir mit Gerechtigkeit oft eigene Motive verbinden, ist nach Aristoteles der Andere Gegenstand dieser als vollkommen zu bezeichnenden Tugend.

Das bedeutet für ein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, dass wir diese immer mit Blick auf andere einfordern und umsetzen sollen. Soziale Gerechtigkeit lässt sich nur realisieren, wenn sie zum Gegenstand einer ganzen Gesellschaft geworden ist. Eine sozial gerechte Gesellschaft achtet darauf, dass „jedem das ihm Gebührende zugeteilt wird.“ Soziale Gerechtigkeit ist eine Gemeinschaftsaufgabe und niemals Sache Einzelner.

### 1.4 Gerechtigkeit gründet auf Gleichheit

Dem theologischen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit liegt die Auffassung von der Gleichheit des Menschen zugrunde. Sie drückt sich darin aus, dass jeder Mensch Ebenbild Gottes ist und das Erlösungswerk Christi allen Menschen gilt.

Dieses Verständnis fundamentaler Gleichheit aller Menschen ist Motor und Antrieb zum Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Der Anspruch sozial gerechter Verteilung von Ressourcen kennt keine Wesensunterschiede. Jeder Mensch, gleich welcher ethnischen, religiösen, geographischen, sexuellen Zugehörigkeit bzw. Zuordnung – um nur einige wenige Kriterien aufzuzählen – hat Anspruch auf Realisierung von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist somit universell.

Sie bezieht sich niemals nur auf einen lokal begrenzten Raum, sondern hat auch immer die weltweiten Auswirkungen im Blick.

### 1.5 Gerechtigkeit ist utopisch

Nach biblischem Verständnis lässt sich soziale Gerechtigkeit niemals komplett realisieren. Sie hat immer einen Überschuss des Nicht-Machbaren. Der biblische Realismus rechnet damit, dass sich Gerechtigkeit auf dieser Welt nicht herstellen lässt. Sie bleibt der neuen Welt, von der die Bibel spricht, vorbehalten. Gleichwohl ist Gerechtigkeit in seiner utopischen Dimension keine Vertröstung auf das Jenseits. Vielmehr ist die christliche Jenseitserwartung entscheidendes Motiv für die Kirche, sich für die Realisierung (sozialer) Gerechtigkeit hier und heute einzusetzen. Auch wenn die politische Umsetzung von Gerechtigkeit nicht mit der Gottes-Gerechtigkeit gleichzusetzen ist, hat sie an dieser Anteil und schöpft aus der Gerechtigkeit, die Gott verspricht, ihre verändernde Kraft. Glaube und Theologie, das wird an der zweifachen Verwendung des Begriffs Gerechtigkeit als ethischer Begriff und als Gottesgerechtigkeit deutlich, sind immer auch politischer Glaube und politische Theologie. Sie sind auf den sozialen Raum bezogen. Zugleich weiß die Theologie um die begrenzten Möglichkeiten zur Realisierung von Gerechtigkeit im ethischen Sinn. Wahrhaft gerecht wird es nur im Himmel zugehen. Das ist Ansporn und Entlastung zugleich.

## 2. Ursachen für bestehende soziale Ungerechtigkeiten

Folgende Ursachen sind für bestehende soziale Ungerechtigkeiten zu benennen. Dabei bin ich mir durchaus bewusst, dass die Behebung dieser Ursachen nicht (allein) Sache einer Kommune ist, sondern vielfach landes- bzw. bundespolitische Zuständigkeit berührt. Hierfür ist ein breites bürgerschaftliches Engagement notwendig, das wiederum seine Wurzeln in der Kommune haben könnte. Ursachen für bestehende soziale Ungerechtigkeiten liegen...

**2.1** ... in einem Steuersystem, das Reichtum fördert und belohnt und den Staat bzw. die öffentliche Hand immer ärmer werden lässt. Der politische Gestaltungsspielraum kommunaler Politik ist bekanntlich auf Grund der Überschuldung deutlich eingeschränkt. Das hat zur Folge, dass soziale Ungleichheiten vor Ort nur noch sehr begrenzt ausgeglichen werden können, was bestehende Ungerechtigkeiten verschärft. Die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise der letzten Jahre hat diesen Zustand deutlich verschlechtert.

Den Schulden der öffentlichen Hand stehen gigantische private Vermögen gegenüber, die selbst in Krisenzeiten weiter gewachsen sind. Angesichts der

bestehenden Herausforderungen ist eine Vermögensabgabe dringend geboten. Sie würde dazu beitragen, die öffentliche Hand wieder sozialpolitisch handlungsfähig zu machen.

**2.2** ... in der unzureichenden Ausstattung der Sozialsysteme. Trotz stabiler Beschäftigungsquoten und damit vergleichsweise hoher Sozialabgaben ist für die bestehenden sozialen Systeme offensichtlich zu wenig Geld vorhanden. Deshalb wird seit Jahren auf private Vorsorge und Zusatzversicherung gesetzt, was sich aber ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht leisten kann. Dies fördert soziale Ungerechtigkeiten. Die Sozialsysteme müssen so auskömmlich finanziert sein, dass private Vorsorge nicht zur Absicherung von Grundeinkommen erforderlich wird.

**2.3** ... in einem Tarifsystem, das es ermöglicht, Menschen unterhalb des Armutsniveaus zu beschäftigen bzw. zu entlohnen. Eine wesentliche Ursache für soziale Ungerechtigkeit besteht im Bereich des Niedriglohnssektors, vor allem in Ostdeutschland. Es kann nicht sein, dass Menschen täglich acht Stunden arbeiten und dennoch nicht genügend zum Leben haben, auf soziale Transferleistungen angewiesen sind oder nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Ein solches System, das nicht von Mindestlöhnen bestimmt ist, schafft soziale Ungerechtigkeiten, die der Gesellschaft letztlich teuer zu stehen kommen. Hier bedarf es dringend gesetzlicher Regelungen, die auf alle Branchen angewandt werden, damit nicht die Allgemeinheit mit sozialen Transferleistungen Niedriglöhne der Unternehmen mitfinanziert.

**2.4** ... in einer am Existenzminimum orientierten und stagnierenden materiellen Ausstattung bedürftiger Menschen. Das Existenzminimum ist Bemessungsgrundlage für die finanzielle Ausstattung bedürftiger Menschen. Dieses ist aber nicht bestimmt von dem in der Armutsforschung relevanten Begriff der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Ein solcher restriktiver Ansatz im Unterstützungssystem fördert soziale Ungerechtigkeiten. Hinzu kommt die nur ungenügende und schleppende Anhebung der Regelsätze. Die geringen Steigerungen reichen nicht, um gestiegene Kosten auszugleichen. Unter der Hand vergrößert dies die Schere zwischen Arm und Reich.

**2.5** ... in einer die Erhaltung bestehender sozialer Unterschiede fördernden Bildung. Dies hat zur Folge, dass Bildungschancen ungerecht verteilt sind. Das

dreigliedrige Schulsystem muss zugunsten eines durchlässigeren Bildungssystems verändert werden. Soziale Ungerechtigkeiten haben bekanntlich zuerst etwas mit Bildung zu tun. Alle Bemühungen müssen verstärkt werden, Bildung unabhängig von sozialer Schichtung zu ermöglichen. Das darf nicht nur Ziel politischen Handelns sein, in Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt Fachkräfte benötigt, sondern muss dauerhaft und unabhängig von der Arbeitsmarktentwicklung Auftrag einer sozial gerechten Gesellschaft bleiben.

**2.6** ... in der mangelnden Bereitschaft der Gesellschaft, Arbeit als Wert an sich zu sehen und Arbeitsmöglichkeiten außerhalb des Arbeitsmarktes zu ermöglichen und zu finanzieren. Dass Arbeit zu einem wesentlichen Faktor des Menschseins geworden ist und somit identitätsstiftend wirkt, ist unbestritten. Deshalb muss es Ziel einer sozial gerechten Gesellschaft sein, Arbeitsmöglichkeiten auch außerhalb des ersten Arbeitsmarktes zu ermöglichen und auskömmlich zu finanzieren.

**2.7** ... in einer zunehmenden Individualisierung des Risikos biografischer Einschnitte wie körperliche und psychische Erkrankung, Arbeitslosigkeit und traumatischer Erfahrungen etc. Trotz bestehender Versicherungssysteme besteht die Tendenz zur Abwälzung der genannten Risiken auf den Einzelnen. Gerade Menschen in prekären Lebensverhältnissen können sich private Versicherungen, die Risiken absichern könnten, kaum leisten und tragen die Folgen solcher biografischer Einschnitte zu einem hohen Maß selbst.

**2.8** ... in einer zunehmenden „Vermarktung“ des Immobilienmarktes, mit der Folge einer stetigen Verteuerung von angemessenem Wohnraum in Ballungsgebieten. Soziale Ungerechtigkeiten entstehen schon allein durch die Stigmatisierung bestimmter Wohngebiete als soziale Brennpunkte.

### **3. Visionen von sozialer Gerechtigkeit für ein Gemeinwesen**

Aus den theologischen Erkenntnissen und Beschreibungen für Ursachen sozialer Ungerechtigkeiten leite ich vier Aspekte meiner Vision von sozialer Gerechtigkeit eines Gemeinwesens ab.

**3.1** Meine Vision von sozialer Gerechtigkeit einer Gesellschaft lässt neben den Stimmen, die über und für Betroffene sprechen, zunehmend auch die Betroffenen selbst hörbar werden. Sie melden sich mit ihren Sorgen, Ängsten und Nöten zu Wort. Politik und ihre Entscheidungswege sind so organisiert,

dass Betroffene selbst wirklich gehört worden sind. Die Beteiligung derer, die in prekären Verhältnissen leben, ist sichergestellt. Wer Gerechtigkeit will, muss sich der Mühe und Anstrengung unterziehen, sich mit denen auseinanderzusetzen, die in ungerechten Verhältnissen leben. Gerechtigkeit ist niemals anonym.

Statt über Menschen und ihre Lebenssituationen zu sprechen, reden wir in einem sozial gerechten Gemeinwesen mit diesen Menschen. Solche Beteiligungen entstehen nicht von allein, sie brauchen neben der Organisation vor allem Vertrauen. Dieses besteht wesentlich darin, dass die Selbstaussagen Betroffener nicht per se unter den Verdacht der Überzeichnung gestellt oder individualisiert werden.

**3.2** Meine Vision von sozialer Gerechtigkeit einer Gesellschaft bedeutet Menschen zu glauben und zu vertrauen, auch wenn der Wahrheitsgehalt des Selbstzeugnisses nicht zu beweisen ist. Der Generalverdacht, unter den Empfängerinnen und Empfänger sozialer Transferleistung leichthin gestellt werden, widerspricht dem Anspruch an soziale Gerechtigkeit eines Gemeinwesens. Politisch Verantwortliche, Medien, Vereine und Versammlungen, Kirchen, Schulen uvm. können zu einer Parteilichkeit für die Bedürftigen erheblich beitragen. Parteilichkeit fragt nicht nach Objektivität, sondern setzt beim Subjekt an. Ich habe die Vision, dass vor allem die Inhaber von Schlüsselfunktionen im Gemeinwesen diese Parteilichkeit leben und damit die Subjektorientierung fördern. Dazu können Maßnahmen gehören wie beispielsweise die Reduktion der Nachweispflicht auf ein unbedingt notwendiges Maß oder die Erhöhung der zeitlichen Ressourcen für soziale Praktika in der Schule.

**3.3** Meine Vision von sozialer Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen misst dem Prinzip der Auskömmlichkeit hohen Stellenwert bei. Der biblische Gerechtigkeitsbegriff bedeutet schlicht und formelhaft: Soviel du brauchst. Das heißt nicht nur: genug für jeden, sondern das impliziert auch nicht mehr als nötig. Ergänzend zu einer Studie über soziale Ungleichheit braucht eine Stadt, in der es gerecht zugehen soll, auch eine Reflexion über Reichtum. Sie sorgt für die Möglichkeit, Reichtum im wohnortnahen Bereich zu teilen. Das geschieht durch die Förderung von Stiftungen, durch die Unterstützung von Bemühungen zur Besteuerung von Vermögen und durch Erzeugung von Transparenz im Zusammenhang von Vermögen einer Stadt und in einer Stadt. Der Grundsatz „soviel du brauchst“ richtet sich gegen jede Form von Verschwendung im privaten wie öffentlichen Bereich.

**3.4** Meine Vision von Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen beinhaltet die Angleichung von Lebensverhältnissen. Die schöpfungstheologische Erkenntnis der Gleichheit aller Menschen im Horizont Gottes verpflichtet Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens, soziale Ungleichheiten zu beseitigen und Lebensverhältnisse anzugleichen.

Der Gleichheitsgrundsatz bezieht sich zuerst auf Bildungschancen. Der Zugang zu Bildung und die Förderung von Kindern sogenannter bildungsferner Schichten bleibt eine Aufgabe des Gemeinwesens auf dem Weg zu einer sozialen Gerechtigkeit, deren Grundprinzip Gleichheit ist. Ein sozial gerechtes Gemeinwesen hat dies nicht nur im Blick, sondern setzt hier Schwerpunkte! Zum Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten gehören auch städtebauliche Aspekte. Dass bestimmte Quartiere aufgrund von Mietpreisentwicklungen nur Menschen vorbehalten sind, die über ein hohes Einkommen verfügen, bleibt sozial ungerecht. Die Bereitstellung von Wohnraum darf nicht ausschließlich Marktmechanismen überlassen werden.

#### **4. Konkretionen für die Stadt**

Stichwortmäßig sollen für die Stadt Osnabrück Konkretionen aus dem bisher Genannten aufgezeigt werden. Wenn sich eine Stadt auf den Weg machen will, soziale Gerechtigkeit mehr und mehr zu verwirklichen, gilt es aus meiner Sicht, diese Konkretionen in einem breiten Diskurs zu vertiefen und deren Umsetzung gemeinsam zu verfolgen.

Eine Stadt wie Osnabrück fördert soziale Gerechtigkeit,...

- ... wenn sie in der Lage ist, aufgrund eines ausreichenden Steueraufkommens umfassend und dauerhaft ihre sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Aufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen.
- ... indem sie öffentlich geförderte Arbeitsplätze für alle Menschen anbietet und für deren auskömmliche Entlohnung sorgt.
- ... wenn sie für Menschen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten, eine Unterstützung leistet, die sich nicht am Existenzminimum, sondern an Kriterien der umfassenden Teilhabe orientiert.
- ... indem sie Schulen unterhält, in denen ausreichend Bildungschancen für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sind und damit jedem sozialer Aufstieg ermöglicht wird.

- ... indem sie aktiv soziale Wohnraumpolitik betreibt und für angemessenen Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger sorgt. Dabei muss der zunehmenden Stigmatisierungen von Quartieren entgegengewirkt werden.
- ... wenn sie öffentliche Beratungsstellen für alle Problembereiche des Lebens auskömmlich fördert und auf Veränderung von individuellen Bedarfen konstruktiv und innovativ reagiert.
- ... indem sie ihren Bürgerinnen und Bürgern Hilfen und Unterstützung in besonderen Lebenssituationen bietet (Schwangerschaft, Geburt, Krankheit, Trennung und Tod).
- ... wenn sie bürgerliches Engagement, Zivilcourage und Verantwortung für andere fördert und belohnt.

#### **Literatur**

Josef Scharbert: Art. Gerechtigkeit I, Altes Testament. In: Theologische Realenzyklopädie Bd. 12. Berlin, New York, 1984, S. 408.

Bengt Hägglund: Art. Gerechtigkeit VII, Ethisch. In: s.o., S. 441.

# Soziale Gerechtigkeit

## Konkretisiert am Beispiel der Stüveschule Osnabrück

Martin Igelmann  
Schulleiter der Stüveschule Osnabrück

„Ich will Ärztin werden!“, sagt das Mädchen selbstbewusst. Sie ist Schülerin der 2. Klasse, die Zukunft liegt vor ihr. Trotzdem muss die Lehrerin schlucken bevor sie antwortet: „Das ist eine tolle Idee, Aishe! Du wirst bestimmt eine gute Ärztin. Du bist so hilfsbereit.“

Warum muss die Lehrerin erst schlucken? Sie weiß, dass Aishes Wunsch unrealistisch ist. Nicht weil ihr die Begabung fehlen würde, sondern weil Aishes soziale Rahmenbedingungen höchstwahrscheinlich diesen Wunsch vereiteln werden. Aishes Mutter ist alleinerziehend. Sie spricht Türkisch und nur etwas Deutsch. Lesen kann sie nicht. Aishes Materialien sind selten vollständig. Zu Hause kann sie nicht lernen. Sie wohnt auf engstem Raum mit der Mutter und zwei kleinen Geschwistern. Oft muss sie alleine auf die Kleinen aufpassen, weil die Mutter abends putzen geht und erst in den frühen Morgenstunden nach Hause kommt. Die Mutter schläft für ihre zweite Arbeitsstelle vor. Also macht Aishe Frühstück für sich und ihre Geschwister, bringt sie in den Kindergarten und geht selber zur Schule. Wie soll Aishe ihren Traum verwirklichen? Als armes Kind mit Migrationshintergrund scheint ihre Zukunft vorgezeichnet zu sein, obwohl sie erst 8 Jahre ist.

Kevin will bei der Bank arbeiten, weil man da immer genug Geld hat. Ob das etwas wird? Kevin ist ein pfffiger Junge. Er begreift schnell. Aber er war heute morgen schon wieder zu spät. „Wir haben verschlafen“, sagt seine Mutter. Seine Eltern sind langzeitarbeitslos. Sie leben ihm keinen geregelten Tagesablauf vor. Kevin geht ohne Frühstück aus dem Haus. Er kauft sich vor der Schule etwas beim Bäcker. In der Mitte des Monats scheint das Geld auszugehen. Dann hat er oft kein Frühstück mehr dabei. Die Lehrerin schreibt einen Elternbrief und gibt ihm dann Frühstücksbrote von der Osnabrücker Kindertafel.

Auch Materialien bekommt er oft von der Schule, weil das Geld zu Hause hinten und vorne nicht reicht. Aber Kevin ist einfallreich. Er schiebt einen Bleistiftstummel in die Tintenkillerhülse. „Jetzt kann ich wieder damit schreiben,“ verkündet er stolz.

Pascals Vater ist Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens, seine Mutter Wirtschaftsjournalistin. Pascal kommt klar in der Schule, obwohl er nicht außergewöhnlich begabt ist. Er spielt mit Kevin in unserer Fußballmannschaft. Aber anders als Kevin war er schon im Kindergarten in einer kostenpflichtigen Englisch AG und er spielt seit drei Jahren Klavier. Noch bevor er von seinen Zukunftsplänen spricht, denkt die Lehrerin: „Egal was du mal werden möchtest, deine Eltern werden dich nicht scheitern lassen.“

Auch wenn Aishe, Kevin und Pascal keine realen Schüler der Stüveschule sind, so könnten sie es doch sein. Denn ich habe ihren Lebenshintergrund aus echten Schülerbiographien komponiert. Auch die Gedanken der Lehrerinnen entsprechen unserer Schulwirklichkeit an einem Schulstandort mit über 40% Arbeitslosigkeit und einer hohen Dunkelziffer verdeckter Armut. 89% der Kinder haben einen Migrationshintergrund und tragen damit ein zusätzliches Risiko, in ihrer Bildungsbiographie zu scheitern.

### **Die Vision einer Bildungsgerechtigkeit, in der die Entfaltungsmöglichkeiten unserer Schülerinnen und Schüler nicht durch ihren familiären Hintergrund begrenzt werden**

Unter diesen Bedingungen Schule zu gestalten, bedeutet täglich der Kluft zwischen dem staatlichen Bildungsauftrag und der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu begegnen. Trotzdem bietet es die Chance, jungen Menschen die Vision einer gerechten Gesellschaft einzupflanzen und ihnen persönlich möglichst viele Kompetenzen und Selbstvertrauen zu vermitteln, ihre Träume zu verwirklichen.

#### ***Auszug aus dem Schulprogramm der Stüveschule:***

Im Sinne des niedersächsischen Schulgesetzes §2 soll unsere Schule im Anschluss an die vorschulische Erziehung die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage des Christentums, des europäischen Huma-

nismus und der Ideen der liberalen, demokratischen und sozialen Freiheitsbewegungen weiterentwickeln.

Neben der Vermittlung von Kompetenzen im Bereich der Kulturtechniken und der Erweiterung der Allgemeinbildung, sollen Begabungen der Schüler entdeckt und gefördert werden. Für das soziale interkulturelle Lernen an unserer Schule bedeutet das:

- zu erkennen, dass Grundrechte für alle Menschen gleichermaßen gelten, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Religion, etc.
- Ethische Grundsätze sowie religiöse und kulturelle Werte zu vermitteln und zu achten,
- Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz sowie Gleichberechtigung der Geschlechter als Grundlage der Gemeinschaft zu verstehen,
- Völkerverständigung, insbesondere die Idee einer gemeinsamen Zukunft der europäischen Völker zu fördern,
- Zusammenleben mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise in Toleranz und Achtung zu gestalten,
- Konflikte vernunftgemäß zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen,
- Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Unsere Schule bietet mit ihrer kulturellen Vielfalt ein reiches Erfahrungsfeld für eine „Schule der Toleranz“.

Wir wollen den Schülerinnen und Schülern alters- und entwicklungsgemäß die dazu erforderlichen grundlegenden Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln. So fördern wir die Bereitschaft und Fähigkeit, für sich allein wie auch gemeinsam mit anderen zu lernen und Leistungen zu erzielen. Die Schülerinnen und Schüler sollen im Sozialverhalten und im Umgang mit Konflikten zunehmend selbstständiger werden und lernen, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln.

So wirkt die Stüveschule schon jetzt als integrative Kraft im Schinkel. Ein weiterer Ausbau und eine stetige Weiterentwicklung dieser Möglichkeiten bleiben jedoch eine ständige Herausforderung.

Für die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich der Kulturtechniken und Schlüsselfertigkeiten müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ein großer Teil unserer Schülerinnen und Schüler einen individuellen Förderbedarf hat, der sich neben Sprach- und Lernproblemen auf alle Lebensbereiche der Kinder erstreckt. Dies erfordert von uns die ständige Weiterentwicklung

unserer Konzepte in Zusammenarbeit mit den Familien, dem Schulträger, örtlichen Kindergärten, benachbarten Schulen, Vereinen zur Integration von Migrantenfamilien, dem Gesundheitsamt, dem sozialen Dienst, den Kirchengemeinden usw. Ohne Öffnung der Schule ist an unserem Standort der Bildungsauftrag kaum zu erfüllen.

Viele Kinder leben in schwierigen Familienverhältnissen. Für alle Kinder, besonders aber für diese Kinder, soll unsere Schule ein Ort sein, wo sie sich angenommen und geborgen fühlen können. Ganzheitliche Unterstützung bei Entfaltung der unterschiedlichen Begabungen ist an unserem Standort – mehr als an anderen Schulen – Aufgabe der Schule, weil viele Eltern in ihrer Situation damit überfordert sind. Die Schule muss deshalb Angebote im sozialen, emotionalen, musischen, kulturellen und sportlichen Bereich zusätzlich zum Lehrplan schaffen.

Als Ergänzung unseres schulischen Angebotes bauen wir seit 2008 ein Elternforum auf, in dem Unterstützungsangebote und Austauschmöglichkeiten für die Eltern des Stadtteils am Standort der Stüveschule vernetzt angeboten werden. Abgesehen von regelmäßigen Angeboten wie Elternsprechzeiten, Deutschkursen, Elterncafe u.a. gibt es Themenangebote. In einem jährlich wiederkehrenden Zyklus vom Krabbelalter bis zum Ende der Grundschulzeit erhalten Eltern Angebote zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenz. Freizeitgestaltung mit Kindern ist eines der Themen, über das wir mit den Eltern ins Gespräch kommen möchten. Eltern sollen in die Lage versetzt werden, die Angebote des Stadtteils für eine gesunde Entwicklung ihrer Kinder besser als bisher zu nutzen.

Ich habe die Vision einer Bildungsgerechtigkeit, in der die Entfaltungsmöglichkeiten unserer Schülerinnen und Schüler nicht durch ihren familiären Hintergrund begrenzt werden. Für Kinder, die nicht in familiären Verhältnissen wie Pascal leben, sollte das staatliche Bildungssystem die Nachteile ausgleichen.

### **Alle Kinder sollten uns gleich wichtig und wertvoll sein**

In Deutschland hat jedes dritte Kind einen Migrationshintergrund. Nach Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes leben 2012 1,6 Millionen Kinder in Deutschland, deren Eltern langzeitarbeitslos sind und von Hartz IV leben müssen (vgl. Interview des Deutschlandfunk mit Ulrich Schneider, Paritätischer Wohlfahrtsverband vom 26.01.2012). Bei den dramatisch sinkenden Geburtenraten soll-

te unsere Gesellschaft jedes Kind als Segen für die Allgemeinheit begreifen und die Förderung von Kindern sollte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein.

Wahre Staatsdiener sind Mütter und Väter, die von morgens bis abends mit ihrer ganzen Person und Kraft nach bestem Wissen und Können ihre Kinder aufziehen, damit sie respektierte und verantwortungsvolle Persönlichkeiten unserer Gesellschaft werden. Während ich das schreibe, fühle ich mich an meinen Beamteneid erinnert. Wer diesen Eid leistet, begibt sich in eine besondere staatliche Pflichterfüllung. Gleichzeitig übernimmt der Staat eine umfassende Fürsorgepflicht für seine Staatsdiener und stattet sie im Monatsvoraus mit den notwendigen Bezügen aus, um amtsangemessen leben zu können. Warum nicht für Mütter und Väter?

In Zeiten umbrechender Familienstrukturen sollte sich der Staat einer Familien- und Nachwuchsförderung widmen, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Alleinerziehenden, Geschiedenen und Patchworkfamilien tatsächlich gerecht wird. Die Doppelbelastung der Verantwortung für die Kinder und für den eigenen Lebensunterhalt bringt viele Mütter, Väter und Familien an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und darüber hinaus. Die Sicherung der Existenz und der Kampf um Teilhabe fordert viele zeitliche und emotionale Ressourcen, die nicht mehr der Erziehung zu Gute kommen. Eltern reiben sich auf zwischen Behördengängen und unverständlichen Formularen, dem Arbeitsdruck mehrerer Minijobs, Zwangsmaßnahmen der Jobcenter, Schuldenlast ihrer Gläubiger und der Jagd nach Schnäppchen.

Es ist nicht verwunderlich, wenn Eltern auch außerhalb eines geregelten Jobs unter diesen Bedingungen am Burnout erkranken und in Verzweiflung versinken. Kindern armer Eltern fehlt oft das notwendige Vorbild selbstsicherer Mütter und Väter, die ihr Leben meistern.

Alle Kinder sollten uns gleich wichtig und wertvoll sein. Eine demokratische Gesellschaft sollte die Menschen als ihren höchsten Wert ansehen und nicht die Infrastruktur, die Goldreserven oder die Bodenschätze.

Wenn wir in unserer Akrobatik-AG eine Menschenpyramide bauen, dann bilden unsere kräftigsten Schülerinnen und Schüler ein breites stabiles Fundament. Sicherheit hat Vorrang. Niemand soll überfordert werden, damit die Pyramide nicht in sich zusammenstürzt. Unsere demographische Entwicklung stellt eine Pyramide auf den Kopf. Wie soll künftig eine schwindende Zahl Berufstätiger die steigende Renten- und gigantische Schuldenlast tragen? Können wir auch nur auf ein einziges unserer Kinder verzichten, wenn der Generationenvertrag Bestand haben soll?



In unserer Akrobatik-AG lernen die Kinder Mut und Vertrauen, wenn sie auf die Spitze der Pyramide klettern. Sie wissen, dass sie auf die Solidarität der Kinder angewiesen sind, die die Pyramide tragen. Diese lernen Verantwortung; sie dürfen unter der Last des Gewichts nicht wanken. Jeder steht an seinem Platz und die Mannschaftsleistung wird gefeiert.

Ich habe die Vision einer Gesellschaft, wo Senioren sich nicht über Kinderlärm von Spielplätzen, Kindergärten und Schulhöfen beklagen. Wo Ausgaben für die Ausbildung unserer Kinder selbstverständlich mehrheitsfähig sind. Woher nehmen wir sonst die Zuversicht, dass die jetzige Kindergeneration bereit sein wird, die steigenden Lasten unserer Pensionen und Renten und die gigantischen Summen der Eurorettung zu tragen? Wer wollte es der jetzigen Kindergeneration verdenken, wenn sie irgendwann im leistungsfähigen Alter dem „Altenheim Deutschland“ den Rücken kehrt, weil sie sich der künftigen Senioren generation nicht zu Dank verpflichtet fühlt? Der Zusammenhalt einer Gesellschaft ist auch eine emotionale Herausforderung.

### **Keiner sollte glauben, dass ihm die Kinder von heute egal sein können**

Im letzten Jahr haben die Kinder der vierten Klassen in unserem Schulgarten Obstbäume gepflanzt. Sie waren begeistert bei der Arbeit, obwohl wir ihnen sagten, dass die Früchte erst reifen werden, wenn sie längst die Schule verlassen haben. „Ich mache das für meine Schwester“, sagte Viktor „die kommt nächstes Jahr hier zur Schule.“ Was Viktor sagt, klingt wie die Weisheit der Waldbauern: „Wer Bäume pflanzt, obwohl er weiß, dass er nie in ihrem Schatten sitzen wird, hat zumindest angefangen, den Sinn des Lebens zu begreifen.“

In unserer zunehmend kinder- und beziehungslosen Gesellschaft scheint eine emotionale Verantwortung für die nächste Generation mehr und mehr verloren zu gehen. Wir vermitteln unseren Schülern die Vision einer Gesellschaft, die die Ressourcen der Welt nicht nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ verbraucht. Keiner sollte glauben, dass ihm die Kinder von heute egal sein können. Wer denkt, die heutigen Rentenbeiträge werden ihm einen sorgenfreien Ruhestand ermöglichen und dauerhaft finanzieren, versteht den Generationenvertrag falsch. Unsere heutigen Beiträge finanzieren die heutigen Rentner. Das ist um so bedeutender, weil man sich auf eine privatfinanzierte Rente auch nicht verlassen kann. Heute drucken die Notenpressen in Sekunden Geldmengen, die unsere Eltern und Großeltern mühsam in Jahrzehnten erarbeitet haben und werfen sie auf den Markt. Wer weiß, wann die nächste Blase platzt und das Geld auf der hohen Kante wertlos wird.

Jeder sollte im eigenen Interesse dafür Sorge tragen, dass für unsere Alterssicherung eine leistungsfähige Generation heranwächst, die sich und uns später über ihre Arbeitsleistung finanzieren kann.

Vielleicht sind wir schon bald wieder auf Werte angewiesen, deren Vermehrung wir uns zur Zeit nur halbherzig widmen. Vielleicht schlägt dann die Stunde von Aishe. Sie ist wahrscheinlich nicht Ärztin geworden. Aber sie hat von frühester Kindheit an gelernt, Solidarität mit anderen zu üben und Verantwortung zu übernehmen. Vielleicht wird sie Menschen pflegen, die sich das nicht leisten können. Vielleicht schlägt dann die Stunde von Kevin, der gelernt hat zu improvisieren, weil ihm früher so oft die Mittel gefehlt haben und dem es nichts ausmacht, gebrauchte Kleidung zu tragen. Vielleicht schlägt dann die Stunde von Pascal, der in der Stüveschule entdeckte, dass man Menschen nicht nach dem Klang ihres Namens beurteilen sollte. Der in seinem mittelständischen Unternehmen keinen Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Migrationsbiographie macht. Vielleicht schlägt die Stunde von Viktor, der als Politiker andere Menschen mit der Idee einer gerechten Gesellschaft überzeugt, die heutige und künftige Generationen einbezieht.

Wir erleben in unserer Schule täglich die Begrenzung von Bildungschancen unserer Schülerinnen und Schüler. Wir erleben aber auch das Engagement eines großen Netzwerkes gesellschaftlichen Handelns. Von Eltern, Lehrerinnen, Lehrern und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich bewusst und engagiert für eine Schule in einem sozialen Brennpunkt entschieden haben und von Menschen und Institutionen, die sich ehrenamtlich für unsere Schüler einsetzen.

An vielen Stellen fehlt den Familien und den Bildungseinrichtungen die notwendige staatliche Unterstützung. Es ist dringend an der Zeit, dass diese Unterstützung wieder selbstverständlich mehrheitsfähig wird. In vielen Bildungseinrichtungen wird stattdessen ständig um Sponsoren- und Stiftungsgelder für notwendige Maßnahmen und Anschaffungen geworben. Diese Programme lodern dann wie Strohfeuer auf, während die Leiterinnen und Leiter bereits den nächsten Antrag schreiben müssen.

Ich wünsche mir, die „Pflicht“ auf Staatskosten wirklich erfüllen zu können und die vielen wohlwollenden Sponsoren und Stifter für Beiträge zur „Kür“ zu gewinnen.

# Skandal Kinderarmut

Dr. Ludwig Schulze  
Kinderschutzbund Osnabrück

Bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit müssen verschiedene gesellschaftliche Gruppen berücksichtigt werden. Dabei sind vor allem Kinder und Jugendliche nicht aus dem Blick zu verlieren. In den letzten Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass sie in besonderer Weise von Armut und ihren Folgen betroffen sind. In Deutschland hat sich die Zahl der Kinder, die von Armut betroffen sind, vom Jahre 2004 bis zum Jahr 2006 auf 2,5 Millionen Kinder verdoppelt. Dies hat der Deutsche Kinderschutzbund zum Anlass genommen, zum Weltkindertag am 20.09.2006 mit einer Fähnchenaktion auf diese Problematik aufmerksam zu machen, um Politik und Bevölkerung aufzurütteln. Im Rahmen dieser bundesweiten Aktion hat der Kinderschutzbund Osnabrück 4.800 Fähnchen im Schlossgarten in Osnabrück aufgestellt, jedes Fähnchen stand für ein von Armut betroffenes Kind.

## **5.200 Kinder in Osnabrück, die 2010 in Armut lebten**

Trotz vielfältiger politischer Bekundungen ist die Zahl der von Armut betroffenen Kinder in den folgenden Jahren nicht geringer geworden, sondern hat weiter zugenommen, so dass wir zum Weltkindertag 2010 5.200 Blätter mit Abdrücken von Kinderhänden hergestellt haben und an Wäscheleinen auf den Marktplatz aufgehängt haben. Die 5.200 Kinderhände standen für die 5.200 Kinder in Osnabrück, die zu diesem Zeitpunkt in Armut lebten. Das sind etwa 25 % aller Kinder und Jugendlichen in Osnabrück. Dem gegenüber leben 80 % der Menschen in Osnabrück nicht in Armut und 16 % haben ein Jahreseinkommen, das 125.000,00 € übersteigt. Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer.

Welche Gruppen von Kindern sind überproportional von Einkommensarmut betroffen?

Die verschiedenen Armutsstatistiken benennen folgende Gruppen als besonders von Armut betroffen:

- Kinder aus Einelternfamilien
- Kinder aus kinderreichen Familien; hierbei gilt, je mehr Kinder, desto höher die Armutsbetroffenheit für die Familie
- Kinder mit Migrationshintergrund
- Kinder in Familien mit nicht erwerbstätigen Eltern.

Welche Folgen hat Kinderarmut? Kinderarmut führt zu zahlreichen Benachteiligungen in vielen Lebenslagen. Sie bedeutet einen Mangel an Einkommen, an Ressourcen und an Lebensperspektiven. Allerdings besteht kein automatischer Zusammenhang zwischen Armut und Beeinträchtigungen in den Lebenslagen von Kindern, ebenso wenig sind die Auswirkungen für alle Kinder gleich. Allerdings haben zahlreiche Studien gezeigt, dass das Aufwachsen in Armut bei vielen Kindern zu folgenden schwerwiegenden Folgen führt:

- Weitgehender Ausschluss von der soziokulturellen Teilhabe
- Einschränkungen in der Grundversorgung
- Negative Auswirkungen auf die Gesundheit, das Selbstbild und Selbstwertgefühl
- Das individuelle Wohlbefinden und die Entwicklung von kognitiven und sozialen Kompetenzen
- Erhöhtes vorgeburtliches Risiko
- Erhöhte Betroffenheit von psychischen Auffälligkeiten wie beispielsweise Hyperaktivität, Aggressivität, Depression
- Erhöhte Betroffenheit von körperlichen Auffälligkeiten, Übergewicht und Mangel an körperlicher Aktivität
- Häufigere Beteiligung an Unfällen, speziell an Verkehrsunfällen
- Häufigere Beteiligung an Gewalthandlungen – als Täter sowie als Opfer
- Arme Kinder haben schlechtere Wohnbedingungen, sie leben häufig sehr beengt in Regionen mit einer ungünstigen Infrastruktur
- Durch die PISA-Studien ist außerdem belegt, dass deutlich schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss bestehen.

Zusammenfassend bedeutet dies, dass die Armut von Kindern nicht nur auf eine Mangelausstattung mit materiellen Ressourcen begrenzt ist. Armut drückt sich viel mehr in einem finanziellen Ressourcenmangel und damit

verbundenen Einschränkungen in zentralen Lebenslagen aus, was zu einer erheblichen Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe führt bzw. mit Prozessen sozialer Ausgrenzung verbunden ist. Hierbei gilt, dass die meisten Armutsfolgen umso gravierender ausfallen, je länger die Armutslage anhält.

### **Bekämpfung von Kinderarmut**

Zur Bekämpfung von Kinderarmut müssen nachhaltige Strategien entwickelt werden, die auf verschiedenen politischen Ebenen ansetzen und eine Mischung aus sozialen Transferleistungen und Investitionen in soziale Dienste und Infrastrukturen beinhalten.

Wir fordern die Einführung einer einheitlichen Kindergrundsicherung für alle Kinder. Aktuell beträgt die Höhe des verfassungsrechtlich notwendigen Existenzminimum 536,00 € monatlich. Sie setzt sich zusammen aus der Höhe des sächlichen Existenzminimums von 356,00 € und dem Freibetrag für die Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung von 180,00 €. Dieses Existenzminimum muss für alle Kinder gelten, nicht für diejenigen Kinder, deren Eltern Steuern zahlen können. Langfristig müssen so beschämende Angebote wie Suppenküchen für arme Kinder in einem so reichen Land wie Deutschland überflüssig werden. Auch fordern wir kostenfreie Bildung und Betreuung von der Kindertagesstätte bis zur Universität sowie einen umfassenden Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbstätigkeit und zur Verminderung unterschiedlicher Chancen der Kinder durch eine qualitativ hochwertige Betreuung.

### **... dass durch die Beratung und Unterstützung die Chancen für Kinder aus Armutsfamilien verbessert werden**

Der Kinderschutzbund Osnabrück hat eine Reihe an Hilfs- und Beratungsangeboten, die überproportional häufig Kinder und Familien erreichen, die von Armut betroffen sind. Wir gehen deshalb davon aus, dass durch die Beratung und Unterstützung die Chancen für Kinder aus Armutsfamilien verbessert werden.

Ein großer und wichtiger Bereich sind hierbei die frühen Hilfen, für die der Kinderschutzbund Osnabrück sich seit vielen Jahren engagiert. Unser Angebot der frühen Hilfen umfasst die Beratung und Hilfe unserer Familienhebammen wie die Jugend- und Gesundheitshilfe für Familien mit kleinen Kindern, kurz JUGÉFA. Die Familienhebamme kann von der Schwangerschaft bis zum

ersten Geburtstag des Kindes in die Familie kommen, bis zu einem Jahr ist es also möglich, diese Hilfe zu gewähren. Die Familienhebamme steht dabei frisch gebackenen Müttern oder jungen Eltern mit Rat und Hilfe zur Verfügung. JUGEFA bietet Eltern mit Kindern im Alter zwischen ein und zwei Jahren außerdem Unterstützung und Beratung durch Sozialpädagoginnen bei Gesundheits- und Erziehungsfragen und zur gezielten Förderung der Kinder an. Es werden Hausbesuche vor Ort in den Familien sowie regelmäßige Gruppentreffen für die teilnehmenden Eltern angeboten.

Ein weiteres Angebot, unser Erziehungs-ABC, wurde von Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle entwickelt. Es vermittelt Eltern die Grundzüge von Erziehung und soll dazu beitragen, die Herausforderungen des Elternseins besser bewältigen zu können. Es wurde im Auftrag des Städtischen Jugendamtes entwickelt und wird in dessen Auftrag durchgeführt.

Für die Zukunft wünschen wir uns eine Finanzierung, die die Fortsetzung und Erweiterung unserer frühen Hilfen ermöglicht.

# Unsere Visionen und Ideale

## Wie die Osnabrücker Straßenzeitung zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen will

Thomas Kater  
Straßenzeitung Abseits!?

Bei der Wahl des Namens für die Osnabrücker Straßenzeitung vor inzwischen 17 Jahren diskutierte die Redaktion ausgiebig über unterschiedlichste Vorschläge. Die Wahl fiel letztendlich einstimmig auf die Bezeichnung des Ortes, an dem Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, gezwungen sind sich aufzuhalten: im sozialen Abseits. Ausrufe- und Fragezeichen im Namen sollten den Begriff näher erörtern. Das Ausrufezeichen steht für den Skandal an sich, dass in Deutschland Menschen im sozialen Abseits leben müssen. Das Fragezeichen wurde ergänzt, um ausdrücklich die Frage zu stellen, ob dieser Zustand für alle Ewigkeit so festgeschrieben sein müsse, oder ob es möglich sei, Veränderungen zu bewirken.

Mit der Namenssuche waren wir im Grunde – parallel mit der Formulierung von Zielen, die wir mit Abseits!? verfolgen wollten – direkt in der Diskussion über unsere Visionen und Ideale. Was wollen wir mit einer Straßenzeitung erreichen? Welchen Beitrag kann Abseits!? in Osnabrück für ein besseres soziales Miteinander, für eine gerechtere Gesellschaft leisten? Was können wir in Osnabrück bewegen? Welchen geeigneten Weg kann eine Straßenzeitung dabei gehen? Das waren die Fragen, die uns damals beschäftigten, die uns auf unserem Weg begleiteten und die auch für die Zukunft aktuell sind. An dieser Stelle wollen wir Antworten darauf geben und den Blick auf weitere Zusammenhänge werfen: die Einbindung der Straßenzeitung in das Angebot der Osnabrücker Wohnungslosenhilfe, die aktuelle Situation des Wohnungsmarktes in Osnabrück und dessen Verbesserungsmöglichkeiten sowie die Ideen für eine passgenaue, bedarfsgerechte Osnabrücker Wohnungslosenhilfe.

**... dass wir das gesellschaftliche Klima in Richtung mehr Akzeptanz und mehr Toleranz für Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen verändern können**

Bevor es allerdings konkret wird, zunächst unsere Definition von gerechter Gesellschaft: Gerechtigkeit bezeichnet für uns den idealen Zustand eines sozialen Miteinanders, in dem es einen angemessenen Ausgleich der Interessen und der Verteilung von Gütern und Chancen zwischen allen beteiligten Personen oder Gruppen gibt. Abseits!? – eingeschlossen alle Verkäufer und Redaktionsmitglieder – ist Bestandteil der Gesellschaft und kann Gesellschaft mitgestalten. Die Gesellschaft ist nicht etwas Abstraktes, das unveränderbar vorgegeben ist, sondern Einzelne und Gruppierungen können Einfluss auf ihre Gestaltung ausüben. Es ist eine unserer Visionen, dass wir mit Abseits!? einen Beitrag zu einem besseren sozialen Miteinander in unserer Stadt, in unserer Region leisten, dass wir das gesellschaftliche Klima in Richtung mehr Akzeptanz und mehr Toleranz für Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen verändern können. Durch Rückmeldungen von LeserInnen und VerkäuferInnen sind wir der Überzeugung, dass wir auf einem richtigen Weg sind, den wir Schritt für Schritt weiterverfolgen wollen.

Der Weg zu einer positiven Veränderung der Gesellschaft funktioniert aus unserer Sicht über die Änderung von Einstellungen und Bewusstsein. Damit sind wir direkt bei den konkreten Zielen, die Abseits!? auf unterschiedlichen Ebenen verfolgt.

Mit den Inhalten will Abseits!? auf soziale Themen aufmerksam machen, für sie sensibilisieren, Verständnis für die besonderen Lebenslagen von Menschen am Rande der Gesellschaft wecken und bestehende Berührungsängste und Vorurteile abbauen. Die persönlichen Erfahrungsberichte und Lebensgeschichten – die zentralen Inhalte von Abseits!? – beschäftigen sich deswegen ausschließlich mit sozialen Problemlagen. Hinzu kommen die wichtigen, persönlichen Begegnungen und Kontakte zwischen VerkäuferInnen und LeserInnen, über die Verkäufer auch immer wieder berichten. Über den zwischenmenschlichen Austausch, der tatsächlich tagtäglich in unterschiedlicher Intensität stattfindet, können die KundInnen mehr über die persönlichen Hintergründe der VerkäuferInnen erfahren. Durch die persönlichen Inhalte und die Abseits!?-Verkäufer sind Problemlagen nicht mehr abstrakt, sondern „Menschen im Abseits“ bekommen einen Namen und ein Gesicht. Die gleichen Ziele verfolgt auch das Projekt „Abseits!? in der Schule“. Ehemals wohnungslose Menschen gehen gemeinsam mit Sozialarbeitern der Wohnungslosenhilfe in Schulklassen – aber auch in Gemeinden und andere Einrichtungen – und be-

richten von ihren Erfahrungen, die sie auf der Straße bzw. mit wohnungslosen Menschen gesammelt haben. Wichtig sind dabei ebenfalls der direkte Kontakt und der gemeinsame Austausch von Außenstehenden und denjenigen, die sich in sozialen Problemlagen befinden oder befanden.

Aus diesen Erfahrungen in der Lobbyarbeit ist das Buch „Ausweg Straße!?“ zum Thema Wohnungslosigkeit einer Osnabrücker Autorengruppe aus dem direkten Umfeld von Abseits!? entstanden, das als Arbeitsbuch für Aufklärung und Prävention speziell für die Verwendung in Schulen und Gemeinden konzipiert wurde. Es wird voraussichtlich im Jahr 2013 erscheinen.

Abseits!? will den einzelnen Abseits!?-Verkäufern, die in der Regel wohnungslos sind oder waren oder sich in einer persönlichen und/oder finanziellen Not-situation befinden, die Möglichkeit bieten, durch eine eigenständige Tätigkeit, wie zum Beispiel dem Schreiben von Artikeln, eigene Kompetenzen und Stärken zu erfahren. Die Mitarbeit in der Redaktion – gemeinsam mit anderen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen – kann zur Eigeninitiative motivieren sowie Selbstwertgefühl und Selbstachtung stärken. Das Gleiche gilt auf der anderen Seite für den Verkauf der Straßenzeitung. Die vielen, in der Regel positiven Rückmeldungen und Kontakte sind für die VerkäuferInnen eine Bestärkung darin, an ihrer aktuellen Lebenssituation etwas zu ändern. Die positiven Wirkungen von regelmäßiger Beschäftigung und einer geregelten Tagesstruktur sind meist schnell zu bemerken. Gleichzeitig trägt der zusätzliche Verdienst zur „Normalisierung“ der Lebenslage bei. Ziel des Verkaufs mit all seinen unterschiedlichen Wirkungen soll die Wiedereingliederung in die Gesellschaft mit einer – im besten Fall – beruflichen Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt sein.

Allerdings ist das bei einigen Verkäufern aufgrund ihrer zum Teil desolaten gesundheitlichen Verfassung und der Situation auf dem Arbeitsmarkt nur ein großes, kaum erreichbares Ziel. Für sie ist dann auch ein längerfristiger Verkauf möglich, um eine Verschlechterung ihrer Situation zu verhindern. Für diesen Verkäuferkreis wäre beispielsweise die Ausweitung eines sozialen Arbeitsmarktes mit öffentlich geförderter Beschäftigung hilfreich. In diesen könnten sie in einem nächsten Schritt nach der Heranführung an Arbeit durch den Abseits!?-Verkauf integriert werden. Nichtsdestotrotz zeigen erfolgreiche Vermittlungen in reguläre Arbeit aber auch, dass der Abseits!?-Verkauf gleichfalls ein guter Ansatz für Eingliederung ist, durch den gesellschaftliche Teilhabe gelingen kann. In monatlich stattfindenden Verkäufersitzungen werden Erfahrungen ausgetauscht, Probleme und Schwierigkeiten beim Verkauf untereinander diskutiert und verbindliche Regeln für den Verkauf von Abseits!? aufgestellt. Ein Ergeb-

nis dieser Sitzungen ist beispielsweise die nach gemeinsamem Beschluss für alle gültige dezente, zurückhaltende Form des Abseits!?-Verkaufs. Untersagt ist im Umkehrschluss das aggressive Ansprechen von Passanten oder das In-den-Weg-Stellen, das vielleicht den schnellen Verkauf sichert, dem nachhaltigen, regelmäßigen Verkauf allerdings hinderlich ist, weil die in einer solchen Art Bedrängten bei der nächsten Begegnung einen großen Bogen um die Verkäufer machen. Diese Verkaufsform entspricht der Absicht von Abseits!?, mit Osnabrücker Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, sie von der Wichtigkeit und Notwendigkeit des Kaufs und der Diskussion über soziale Themen zu überzeugen und sie nicht um des kurzfristigen und schnellen Absatzes wegen abzuschrecken.

Die Ideen und Visionen von Abseits!? haben ganz aktuell auch die Meppener Wohnungslosenhilfe überzeugt. Seit der Oktober-/November-Ausgabe 2012 wird Abseits!? nicht nur in Osnabrück und Umgebung, sondern mit einem eigenen redaktionellen Teil im Inneren der Ausgabe auch im mittleren Emsland, im Altkreis Meppen verkauft. Wichtig war uns bei der Ausweitung auf ein neues Verkaufsgebiet die enge Anbindung an eine Einrichtung der Wohnungslosenhilfe, die die Verkäuferinnen und Verkäufer nicht nur beim Verkauf unterstützt, sondern sich auch – wie in Osnabrück – um ihre weiteren Belange sorgt und kümmert.

### **Die BesucherInnen sollen in der Tageswohnung das tun können, was der „wohnende Bürger“ in seiner Wohnung auch tut**

In Osnabrück ist Abseits!? ein ergänzendes Angebot der Wohnungslosenhilfe bei der Soziale Dienste SKM gGmbH, die mit der Fachberatungsstelle und der Tageswohnung für wohnungslose Menschen zum einen ambulante Anlaufstellen und zum anderen mit dem Laurentiushaus, dem Wohnheim für wohnungslose Menschen, eine stationäre Hilfe umfasst. Konzeptionell ist Abseits!? eng an die Tageswohnung angebunden. Die Straßenzeitung ist mit ihrer Ausrichtung pädagogischer Bestandteil des Tagesaufenthaltes an der Bramscher Straße. Redaktions- und Verkäufersitzungen finden in dessen Räumlichkeiten statt, die Redaktion hat dort ihr eigenes Büro, und BesucherInnen der Tageswohnung sind als Redaktionsmitglieder, Ideengeber, Autoren, konstruktive Kritiker und/oder Verkäufer eng in die Arbeit eingebunden.

Bei der Tageswohnung für wohnungslose Menschen handelt es sich um ein niedrighschwelliges Angebot der Wohnungslosenhilfe. Zielgruppe sind Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten

verbunden sind, vorrangig aktuell und ehemals wohnungslose Menschen sowie Menschen, die in unzureichenden Wohnverhältnissen leben. Die BesucherInnen sollen in der Tageswohnung das tun können, was der „wohnende Bürger“ in seiner Wohnung auch tut: essen, trinken, Körperpflege betreiben, Wäsche waschen, lesen, fernsehen, schlafen, sich ausruhen und zurückziehen, den Tag strukturieren etc. Darüber hinaus soll die Tageswohnung ein alkohol- und drogenfreier Ort der Kommunikation, der Regeneration und der Versorgung sein. Zwei Sozialarbeiter bieten unter anderem Hilfe in Krisensituationen, beraten und unterstützen in den Bereichen Wohnungssuche, Sicherung des Lebensunterhaltes oder bei der Klärung des Hilfebedarfs, motivieren zur Veränderung der Lebenssituation, vermitteln an geeignete Fachstellen oder geben Hilfen zur Tagesstrukturierung.

Neben der Anbindung an die Tageswohnung ist Abseits!? eng verzahnt innerhalb der Wohnungslosenhilfe. Bewohner des Laurentiushauses oder Klienten der Beratungsstelle nehmen die Angebote von Abseits!? in Anspruch und verbessern damit zusätzlich zur Beratung und persönlichen Unterstützung, die ihnen von diesen Stellen angeboten wird, ihre Lebenssituation. In der Geschichte der Osnabrücker Wohnungslosenhilfe ist Abseits!? das jüngste Angebot, das ins Leben gerufen wurde. Auch wenn Abseits!? aus der Wohnungslosenhilfe heraus entstanden und dort auch konzeptionell angebunden ist, beschäftigt sich die Straßenzeitung mit sozialen Problemen jeglicher Art. Ihre Herkunft und ihr Standort sind der Straßenzeitung durchaus bewusst, und das Thema Wohnungslosigkeit hat immer eine zentrale Bedeutung gehabt und wird diese auch in Zukunft einnehmen.

### **Ursache für die Mangelware „bezahlbare Mietwohnung“ ist die Wohnungsbaupolitik und -strategie der vergangenen Jahre**

Deswegen gilt die Aufmerksamkeit der Straßenzeitung einem sich derzeit wieder verschärfenden Problem, das nicht nur der Wohnungslosenhilfe zunehmend Sorgen bereitet: das des extrem angespannten Wohnungsmarktes in Osnabrück. Für die Mitarbeiter der Wohnungslosenhilfe wird es zurzeit immer schwerer bis aussichtslos, gerade für den von ihr betreuten Personenkreis, bei dem besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind und der es auf dem Wohnungsmarkt ohnehin schwer hat, passende Wohnungen zu finden. Es herrscht in Osnabrück absolute Wohnungsknappheit gerade im Segment der kleinen, bezahlbaren Wohnungen. Genau diese Wohnungen sind zunehmend interessant für Singles, Rentner

oder Studenten. Nach dem Doppel-Abitur in Niedersachsen im letzten Jahr schließen in fast allen anderen Bundesländern – Nordrhein-Westfalen folgt 2013 – in diesem Jahr zwei Jahrgänge das Abitur ab und rücken gleichzeitig auf den Wohnungsmarkt von Universitätsstädten wie Osnabrück. Das Osnabrücker Studentenwerk hat sich inzwischen an die Öffentlichkeit gewandt, um zur Vermietung an Studenten aufzurufen. Erfahrungsgemäß haben Studenten im Vergleich zu wohnungslosen Menschen ungleich höhere Chancen, eine Wohnung anzumieten. Vorbehalte und Ablehnung gegenüber dem Personenkreis der wohnungslosen Menschen sind bei Anrufen bei Vermietern deutlich spürbar. „Attraktiver“ sind Berufstätige, Studenten, Wochenendfahrer etc. Gleichzeitig ist auch ein steigendes, erhöhtes Anspruchsdenken seitens der Vermieter auffällig. Nicht selten werden für eine Anmietung zusätzliche Bedingungen gestellt oder Nachweise verlangt: Lohnabrechnungen, Schufa-Auskünfte, Lebensläufe oder Bürgschaften. Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung kommen meist nicht über ein Telefonat hinaus, wenn sie nach ihren Einkünften gefragt werden. Immer häufiger werden auch wieder Maklergebühren verlangt.

Ursache für die Mangelware „bezahlbare Mietwohnung“ ist die Wohnungsbaupolitik und -strategie der vergangenen Jahre. Eine Wohnungsmarktstudie des Pestel-Instituts in Hannover hat kürzlich belegt, dass sich der Wohnungsmangel in Osnabrück in den nächsten fünf Jahren sogar noch drastisch verschlimmern wird – etwa 2.000 Wohnungen werden bis 2017 fehlen. Insgesamt sind der Mietwohnungsbau und vor allem auch der Bau von Sozialwohnungen wegen schlechter Rahmenbedingungen stark zurückgegangen.

„Ziel muss es sein, den Neubau von Sozialwohnungen möglichst schnell anzukurbeln“, so die Wohnungsbau-Initiative, die das Pestel-Institut mit der Studie beauftragt hatte. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit wieder mehr in den Bau von Miet- und Sozialwohnungen investiert wird. Hier kommen gezielte Förderungen und steuerliche Erleichterungen für den Miet- bzw. Sozialwohnungsbau in Frage. Länder, Städte und Gemeinden sollen zudem gezielt Bauland für den Mietwohnungsbau ausweisen, so die Autoren der oben genannten Studie weiter. Diese Maßnahmen sind vorrangig auf politischer Ebene umsetzbar. Wünschenswert wäre ein rasches Reagieren der Politik, hier vorrangig der Bundes- und Landespolitik, die mit den Instrumenten gezielter Förderungen und steuerlicher Erleichterungen den Sozialen Wohnungsbau ankurbeln kann. Die Auswirkungen – eine Entspannung des Wohnungsmarktes – kämen dem Personenkreis der

Menschen mit besonderen Lebensverhältnissen, die mit sozialen Problemen verbunden sind, mit Sicherheit zugute. Weiter denkbar sind Belegungs- und Vermietungsrechte für sozial benachteiligte Gruppen oder das Anmieten von Wohnungen durch soziale Träger. Nach einer bestimmten Dauer des Untermiet- oder Nutzungsvertrages kann dieser in einen regulären Mietvertrag umgewandelt werden. Auf der anderen Seite muss es weiterhin Ziel der Wohnungslosenhilfe sein, Vermieter davon zu überzeugen, dass auch der Personenkreis mit sozialen Schwierigkeiten ein Anrecht auf Wohnraum und durchaus eine Chance verdient hat. Dafür tritt Abseits!? auch immer wieder mit inhaltlichen Beiträgen ein.

Wie oben beschrieben, setzt sich die Osnabrücker Wohnungslosenhilfe aus der ambulanten und der stationären Hilfe zusammen. Im Sinne einer Vision für die Zukunft ist für Abseits!? bzw. die gesamte Wohnungslosenhilfe eine weitere Ausdifferenzierung des Hilfesystems wünschenswert, um ein umfassendes, passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot für den Personenkreis der Menschen mit sozialen Schwierigkeiten zu entwickeln. Sinnvoll ist eine intensive Präventionsarbeit, die einen Wohnungsverlust bereits im Vorfeld verhindern kann, sowie eine strukturierte Informations- und Lobbyarbeit in Schulen und Gemeinden, die im gleichen Sinne wie Abseits!? über Hilfemöglichkeiten aufklärt, Verständnis für Menschen im sozialen Abseits weckt, Vorurteile abbaut und so ebenfalls eine präventive Wirkung hat bzw. den wohnungslosen Menschen indirekt zugute kommt. Hinzu kommt als notwendiges Angebot Straßensozialarbeit, die Menschen an den Plätzen aufsucht, an denen sie sich aufhalten, und ihnen den Weg zu anderen Hilfeangeboten oder den direkten Weg in eine Wohnung ebnet. Ebenso wünschenswert ist eine Beratung und persönliche Unterstützung von Menschen, die in den Notunterkünften der Stadt untergebracht sind, sowie die Möglichkeit der Nachbetreuung für die Personen, deren systematische Betreuung in der ambulanten Hilfe ausläuft und die dennoch weiterhin in reduziertem, geringfügigem Maße Unterstützung im Sinne einer „Minimalbetreuung“ benötigen. Grundsätzliches Ziel aller Hilfen muss die eigenständige, unabhängige Lebensführung ohne Hilfesystem sein. Die Erfahrung zeigt aber, dass ein Teil des Personenkreises längerfristige, mit der Zeit aber abnehmende Hilfen durchaus benötigt.

Als Baustein im Angebot der Osnabrücker Wohnungslosenhilfe will und wird Abseits!? diese Visionen im Auge behalten. Die Straßenzeitung will weiterhin auf den verschiedenen Ebenen am Erreichen der beschriebenen Ziele



arbeiten und so ihren Anteil an einem besseren sozialen Miteinander leisten. Jede/r neue LeserIn, der oder die durch den Kauf oder die interessierte Lektüre mehr Verständnis für die besonderen Lebenslagen von Menschen im sozialen Abseits aufbringt, ist dabei aus unserer Sicht ein – zugegeben kleiner – Schritt in Richtung Veränderung hin zu einer gerechteren Gesellschaft.

#### **Literatur**

Pestel-Institut: Mietwohnungsbau in Deutschland - regionale Verteilung, Wohnungsgrößen, Preissegmente- im Auftrage der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“. Hannover 2012.

Pestel-Institut: Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland. Untersuchung im Auftrag der Wohnungsbau Initiative. Hannover 2012.

# Gleiche Chancen

## Über den Umgang mit armen Familien

Heinrich Funke,  
Netzwerk „Allen Kindern Zukunft gegen – das schaffen wir  
in Osnabrück gemeinsam!“ und  
Mitarbeiter der Arbeitslosenselbsthilfe e.V.

Aussagen wie „Leistungsgerechte Entlohnung!“ und „Leistung muss sich lohnen!“ sind für Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, der blanke Hohn. Die Gründe sind vielfältig, warum jemand nicht aus eigener Kraft ein warmes Zuhause, Essen und Trinken, und alles, was zu einem menschenwürdigen Leben in Deutschland sonst noch dazugehört, finanzieren kann. Ein sehr häufiger Grund ist Arbeitslosigkeit.

Auffällig viele Familien gehören zu den Transferleistungsberechtigten. In Osnabrück bekommen über 3.000 Familien Hartz IV. Andere Transferleistungen wie Wohngeld, Kindergeldzuschlag und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen die Zahl der Familien, die man mit Fug und Recht als arm bezeichnen muss. Viele Familien verzichten aus Scham oder Unkenntnis auf eine solche Unterstützung.

Kinder, die in solchen Verhältnissen aufwachsen, sind seit der Geburt benachteiligt und werden es schwer haben, einen gesellschaftlichen Status und Beruf zu erlangen, der sie später ernährt und unabhängig macht. Warum ist das so? Und wie kann man diese vorhersehbare Entwicklung positiv verändern?

Die Ursache liegt unstrittig in der Armut ihrer Eltern begründet! Der Beitrag der Kinder liegt im Wesentlichen darin, dass sie die Armut der Familie noch verfestigen, meist durch ihre bloße Existenz, der zusätzlichen Betreuungsaufwand mit sich bringt und vor allem durch die nicht kostendeckenden Regelleistungen für Kinder. In der öffentlichen Auseinandersetzung wird dieser Zusammenhang ignoriert und als irgendwie bedauerenswert und doch naturgegeben dargestellt.

In den Debatten zur Kinderarmut sind sich die meisten Protagonisten einig: Die Lösung ist in der mangelnden Bildung zu sehen! Indem man die „Bildung“ der „armen“ Kinder erhöht, beseitigt man deren Armut. Was für Scharlatane!

Es stimmt, unser Bildungssystem hat eine komplette Neuausrichtung nötig. Es ist veraltet und unsozial. Es ist einer demokratischen Gesellschaft unwürdig. Dies zu ändern und ein zeitgemäßes Bildungssystem, das allen Kindern und Heranwachsenden gerecht wird, zu schaffen, ist längst überfällig.

### **Zurzeit ist es so, dass der Erfolg in der Schule vom „richtigen“ Elternhaus abhängig ist**

Einen wesentlichen Beitrag zur Beseitigung der Armut wird ein mehr an Bildung für Arme per se nicht bringen! Die Argumentation der oben genannten Bildungsprotagonisten ist perfide, schreibt sie doch als allererstes den Status quo fest!

„Den Eltern ist nicht zu helfen!“, „Die können nicht!“, „Die wollen nicht!“, bekommt man passend zu hören. Als hätten sie sich bewusst für ein solches Dasein entschieden. Indem man sich ausschließlich den Kindern widmet, verlagert man die Lösung einfach in die Zukunft. Damit gewinnt man Zeit, so weiter zu machen wie bisher. Und sollte man später feststellen, dass dieses Mehr an „Bildung“ nichts bewirkt hat, findet man dafür auch bestimmt einen „guten“ Grund.

Einzelne werden mit Hilfe einer besseren Bildung ihren Weg aus der Armut in die Mitte der Gesellschaft gehen. Das war schon immer so. Die Mehrheit wird aber ihren Status dadurch nicht verändern. Selbst wenn alle Kinder einen Schulabschluss schaffen, werden sie dann auch einen beruflichen Abschluss erhalten? Die gepflegten Vorurteile in den Schulen (Stichwort: Diagnose Kevin) existieren ja nicht minder auch außerschulisch und eben auch in der Berufswelt. Zurzeit ist es so, dass der Erfolg in der Schule vom „richtigen“ Elternhaus abhängig ist. Die Selektion wird bei sonst gleichen Rahmenbedingungen weiter bestehen und spätestens beim Berufsstart bleiben dieselben Jugendlichen auf der Strecke.

Der Ruf nach mehr „Bildung für arme Kinder“, wie er vorgetragen wird, pflegt und festigt selbst diese Vorurteile und Ausgrenzungen. Ihre plumpen Argumente: Die armen Kinder haben Eltern, die sie nicht unterstützen können. Die Eltern sind Rabeneltern, die nicht wissen, was für ihr Kind gut ist. Die Eltern können nicht mit Geld umgehen, die Eltern gäben lieber Geld für Fernseher und Tabak aus.

Es sind so schöne Argumente dafür, alles so zu belassen, wie es ist. Kein Geld (Geld als Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation) für Arme! Es sei sogar gefährlich den Familien mehr zu geben, im äußersten Fall gibt es vor-

sorglich Gutscheine. In unserer Untersuchung „Es reicht nicht – Eine Befragung von Familien im SGB-II-Bezug in Osnabrück“ (August 2011, Osnabrück) widerlegen die Autoren Darijusch Wirth und Helene Gerhards alle diese Vorurteile nachdrücklich. Wobei zu sagen ist: Schwarze Schafe gibt es überall. Aber wer käme schon auf die Idee, alle Steuerzahler erst einmal als potentielle Steuerhinterzieher zunächst in einem Gefängnis festzusetzen oder mit einer massiven Geldstrafe zu belegen. Mit armen Familien ist ein solcher Umgang „normal“. Der Generalverdacht ist gesellschaftsfähig. Was bedeutet so eine permanente Diffamierung langfristig für die betroffenen Familien?

### **Das vermittelte Gesellschaftsbild ist auf Scheitern programmiert**

Gute Kinder treten in die Fußstapfen ihrer Eltern, sagt man, auch arme Eltern haben solche Kinder. Den Kindern wird durch die Gesellschaft ein positives Elternbild genommen. Wenn sie das kontinuierliche Scheitern der Eltern miterleben müssen, wird ihnen frühzeitig jede Hoffnung und Perspektive genommen. Und warum sollten sie sich dann noch anstrengen? Das vermittelte Gesellschaftsbild ist auf Scheitern programmiert. Alles bleibt fremdbestimmt. Eigene Akzente kann man kaum setzen – es sei denn, sie sind destruktiv. Dann finden sie die größte Aufmerksamkeit! In einem solchen Umfeld wird das beste Bildungsangebot kaum nachhaltig wirken können.

Es bleibt ein Hoffnungsschimmer: die oben genannte Untersuchung der armen Familien in Osnabrück belegt, dass die betroffenen Familien sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten anstrengen, das Beste für ihre Kinder zu organisieren. Dabei benötigen sie mehr Unterstützung als bislang gewährt, ihre Möglichkeiten müssen erweitert werden! Wie schlecht sind wir als Gesellschaft organisiert, wenn allein der Umstand des Alleinerziehens oder eine gesundheitliche Beeinträchtigung dazu führt, auf unzureichende Transferleistungen angewiesen zu sein. Die Familie muss insgesamt gefördert werden und dabei müssen die Ursachen wie Unterbeschäftigung und miese Entlohnung beseitigt werden! Das heißt, sich nicht mit dem Ist-Zustand zufrieden geben. Und allen in der Familie eine Chance geben heißt, auch den Kindern eine Perspektive geben!

# Wenn Armut alle angeht!

Petra Tiesmeyer,  
Regionsvorsitzende des DGB, Region Osnabrück – Emsland

Seit Jahren sinken die Geburtenraten.  
Seit vielen Jahren wird auf wachsende Armut hingewiesen.  
Die Kinder von Damals sind heute junge Erwachsene. Ihre Eltern in Rente.  
Sie alle leben immer noch in Armut.  
Das Drama ist groß und keiner will es gewusst haben?!

Die demografische Entwicklung stellt uns vor neue Herausforderungen. Leider wird sie hauptsächlich als Grund für Kürzungen in unserem Sozialstaat herangezogen.

Was ist eigentlich Demografie? Demografie ist Bevölkerungswissenschaft, also eine wissenschaftliche Disziplin, deren Aufgabe es ist, Bevölkerungsentwicklungen zu untersuchen und die Faktoren aufzuzeigen, die für Veränderungen verantwortlich sind. Dazu zählen vor allem auch die sozialen Faktoren. Das heißt für uns, dass die demografische Entwicklung, wie sie sich uns heute darstellt, nicht vom Himmel gefallen ist. Einflussmöglichkeiten auf die Bevölkerungsentwicklung zu reagieren, sind unzureichend oder falsch genutzt worden. Das wäre gesellschaftspolitische Aufgabe gewesen.

## **Also führt uns nicht die Bevölkerungsentwicklung in die Altersarmut, sondern falsche politische Entscheidungen!**

Wir alle kennen die Aussage von Eltern und Großeltern: „Meinen Kindern soll es einmal besser gehen.“ Dieses Bestreben ist Bestandteil des Generationenvertrages, der die Renten sichern sollte. Jahrzehntlang hat dieses Prinzip gut funktioniert. Die Kinder wuchsen im Grunde glücklich auf, die Zukunftsaus-

sichten waren vielversprechend, die öffentlichen Aufgaben und die Finanzen der Sozialkassen wurden durch eine stabile Mittelschicht gesichert. Dadurch hatten wir vorübergehend die wohlhabendste Rentnergeneration überhaupt. Der Generationenvertrag war ein Erfolg für das Gemeinwesen! Jetzt leben wir in einer Gesellschaft, die sich von dem Generationenvertrag immer weiter entfernt. Im Grunde fing es mit einer sogenannten Rentenreform an, die das System passend zu der Bevölkerungsentwicklung nicht verbesserte, sondern dies war der Beginn der Privatisierung der Lebensrisiken auf jeden Einzelnen. Damit begann die Verabschiedung aus der Solidargemeinschaft und aus dem Generationenvertrag. Also führt uns nicht die Bevölkerungsentwicklung in die Altersarmut, sondern falsche politische Entscheidungen! Die Probleme in unserem Land aus anderem Blickwinkel zu betrachten, ist mein Ansatz über bessere Lösungswege nachzudenken.

Die Berichte über in Armut lebende alte Menschen mehren sich. Da gibt es zum Beispiel die Frau, die viel zu früh Witwe wurde. Der jungen Frau blieb nur eine kleine Witwenrente.

Während sie noch arbeitsfähig war, hat sie sich immer etwas dazu verdient und kam so ganz gut über die Runden, konnte sogar ihren Sohn bei der Ausbildung finanziell unterstützen. Als sie selber ins Rentenalter kam und sie ihre Rente beantragte, viel sie aus allen Wolken. Sie konnte nicht verstehen, dass sie so wenig Rente bekommen sollte, obwohl sie doch ihr ganzes Leben gearbeitet hatte. Aber die Tätigkeiten, für die sie bezahlt wurde, waren mehrere sogenannte Minijobs, mit denen für sie keine Rentenbeiträge gezahlt wurden. Es ist nur menschlich, dass meine Beispielfrau zunächst die Versorgung ihrer kleinen Familie im Blick hatte. Die Möglichkeit, ihre Altersvorsorge zu vernachlässigen, ließ der Gesetzgeber zu. Wenn jede Beschäftigung sozialversicherungspflichtig wäre, hätte sie ihre Beiträge abführen und der jeweilige Arbeitgeber hätte seinen Anteil dazu beitragen müssen. Dann hätte sie jetzt eine auskömmliche Rente und wäre nicht nur auf die Grundsicherung angewiesen.

Dem Lkw-Fahrer, der fast 50 Jahre lang auf dem Bock saß, immer fleißig und zuverlässig seine Touren erledigte, meistens 10 Stunden pro Tag oder auch mehr, wurde alles über 8 Stunden pro Tag hinaus bar ausgezahlt. Die Rente viel kläglich aus, denn der Stundenlohn war immer gering und für die Überstunden wurden keine Beiträge abgeführt. Er kommt über die Runden, aber seine Frau hat nie gearbeitet und bekommt selbst nur eine Minirente. Sie musste zu Hause immer alles allein erledigen, kein Wunder bei den Arbeits-

zeiten ihres Mannes. Nun sitzen die beiden zwar warm und trocken in ihrer Wohnung. Für Reisen und kulturelle Abwechslungen reicht das Geld nicht und die steigenden Gas- und Strompreise machen ihnen Angst. Außerdem ist er nicht mehr gesund. Sein kaputter Rücken wurde nicht als Berufskrankheit anerkannt, hinzu kamen weitere gesundheitliche Probleme. Dafür muss viel Geld für die notwendigen Arzneien und Therapien aufgewendet werden.

An diesem Beispiel sind die negativen Folgen zu erkennen, wenn es so leicht gemacht wird, Gesetze zu umgehen. Einerseits hat sich der Fahrer selbst geschadet und muss nun mit dieser geringen Rente auskommen. Gemeinsam mit dem Arbeitgeber hat er sich dem Sozialversicherungsbetrug schuldig gemacht. Insgesamt gehen auf diesem Weg unseren Steuer- und Sozialkassen Milliardenbeträge verloren. Es ist kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an unserem Sozialstaat, an dem Generationenvertrag – also, Betrug an uns allen.

Dann gibt es den Kleinunternehmer mit seinem kleineren Lebensmittelladen. Er hat in guten Zeiten versäumt, für das Alter vorzusorgen. Die Zeiten wurden schlechter, die Bedingungen härter. Auf der „Grünen Wiese“ entstanden die Einkaufszentren mit Aldi, Lidl und Co. Als er 58 Jahre alt war, ging sein Betrieb pleite, mit einem Berg Schulden ging es direkt in die Sozialhilfe. Das bisschen Rente aus seiner Lehr- und kurzen Angestelltenzeit ist verschwindend wenig, so dass er nur mit der Grundsicherung überhaupt überleben kann. Das ist Absturz total.

Hier zeigen sich einerseits deutliche Mängel in der Politik für Klein- und Mittelstand.

Andererseits bestätigt dieses Beispiel – und das ist bei weitem kein Einzelfall – dass eine gesetzliche Sozialversicherung für alle und damit auch Rentenversicherung diesen Mann vor der Altersarmut bewahrt hätte. Ein nicht verfolgter Lösungsweg hierzu ist die seit langen Jahren diskutierte und geforderte Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung.

Dann ist da noch der Handwerker, spezifisch (einseitig) qualifiziert, aber nach einem Arbeitsunfall kann er seinen Beruf nicht mehr ausüben. Er sucht sich Hilfsarbeiten, bis auch das nicht mehr geht und er muss vorzeitig Rente beantragen. Hier klafft natürlich eine gewaltige Lücke, weil die Zeit nicht reichte und so viel hat er als Handwerker auch nicht verdient. Die neuen Belastungen durch Zuzahlungen sind schwer zu tragen, und auch bei ihm reißt jede Preiserhöhung bei Lebensmitteln und Energiekosten neue Löcher in die Haushaltskasse.

Hier hätte einerseits eine bessere Unfallverhütung auf der Baustelle den Unfall verhindern können.

Und wir brauchen ein Umsteuern in der Arbeitswelt bezogen auf das lebenslange Lernen. Kontinuierliche Weiterbildung ist ein nicht zu unterschätzender Baustein für eine gesicherte berufliche Tätigkeit.

Und es gibt die vielen Frauen, deren Ehe in die Brüche ging, sie oftmals ihre Kinder allein erziehen mussten, sie deswegen nicht arbeiten konnten und später waren sie zu alt, es stellte sie niemand mehr ein. So führten sie immer ein Leben von der Hand in den Mund und das wird mit Grundsicherung im Alter nicht besser.

### **Den Fokus auf die finanzielle Armut zu reduzieren greift viel zu kurz!**

In der Familienpolitik reicht es eben nicht aus, immer wieder zu betonen, wie wichtig Kinder für die Zukunft unseres Landes sind und vielleicht das Kindergeld etwas zu erhöhen oder Betreuungsgeld zu zahlen. Die Bevölkerungsentwicklung mit allen ihren Faktoren, einschließlich sich verändernder Familienzusammensetzungen, zeigt uns schon sehr lange, dass ganz andere Wege zu beschreiten sind: Für das Aufwachsen unserer Kinder brauchen wir die öffentliche Verantwortung für Erziehung, für gleiche Bildungschancen, für gesunde Entwicklung und eine Förderung der familiären Zusammenhänge, in allen Facetten, wie sie heute vorkommen. Und auch die Strukturen unserer Arbeitswelt sowie in unserem Lebens- und Wohnumfeld müssen den veränderten Bedingungen und Anforderungen angepasst werden. Betreuungsangebote allein schaffen noch kein kinderfreundliches Klima!

Auch gibt es inzwischen die vielen alten Menschen, die vor allem in den Großstädten völlig isoliert von der übrigen Gesellschaft ihr Leben fristen. Die gesellschaftliche Kälte, die Hektik im Alltag der anderen Generationen tragen dazu bei. Das Fehlen von Sozialräumen kann oft nur in Arztpraxen und Einkaufsmärkten als Kontaktmöglichkeit zur Außenwelt ersetzt werden. Den Fokus auf die finanzielle Armut zu reduzieren greift viel zu kurz!

Leider kommt es immer wieder vor, dass wegen Geruchsbelästigung auffällt, das ein Mensch verstorben ist. Eigentlich wird er von niemandem vermisst. Diese Kontaktarmut, dieses Leben in der völligen gesellschaftlichen Isolation ist grausam und ist eine besonders schlimme Art der Armut im Leben eines

Menschen. Den Generationenvertrag in allen Facetten ernst genommen, müssen wir bessere Strukturen im Pflege- und Betreuungsbereich auch der Älteren aus- und aufbauen. Dadurch übrigens schaffen wir qualifizierte Arbeit für die Jüngeren, die mit ihrem Verdienst zu Beitragszahlern werden. Leider werden diese Lösungswege nur von der Ausgabenseite her betrachtet, ohne die Beitragseinnahmen dagegen zu rechnen. Da fehlt es einfach an der Anerkennung dieser wichtigen und wertvollen Pflege- und Sozialdienstleistung. Als Teil des Generationenvertrages gehören der Respekt vor dem Alter und die damit verbundene Fürsorge dazu.

Dies waren nur wenige Beispiele. Das wirkliche Leben ist vielschichtig und man könnte viele weitere Eindrücke dazu fügen. Bei den Sozialverbänden, den Gewerkschaften und Kirchen begleiten diese Probleme die tägliche Arbeit. Ich denke, bei näherem Hinsehen wird jedem klar: „Es ist einiges faul im Staate Deutschland.“ Ein paar Gründe für die Schieflage des Sozialstaates habe ich schon genannt.

Dazu gehören die Privatisierung von Ver- und Vorsorge, womit der Generationenvertrag immer weiter ausgehebelt wird. Auf die Veränderungen und ihre Gründe wurde nicht oder falsch reagiert.

An den folgenden zwei Geschichten wird deutlich, dass die bisher in der Politik diskutierten Maßnahmen nicht ausreichen werden, einer negativen Entwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft und damit auch der steigenden Altersarmut Einhalt zu gebieten, geschweige denn abzuschaffen. Die Geschichten sind fiktiv, aber an der bitteren Realität orientiert und eine Aufforderung zum Umdenken.

### **Pauline**

Im Herbst 2006 wurde Pauline geboren. Dieses Ereignis löst bei ihren Eltern nicht nur Freude aus, denn die Angst vor der Zukunft ist begründet. In was für ein Leben setzen sie ihre kleine Tochter? Sie selbst hatten nicht die beste Kindheit. Paulines Papa hatte ohne einen Schulabschluss keine Chance, einen Ausbildungsplatz zu finden. Er hat hin und wieder Arbeit bei einer Leiharbeitsfirma und bekommt dort pro Stunde im Schnitt nur 7 Euro. Zusätzlich gibt es Leistungen aus Hartz IV. Oft soll er weite Wege bis zum Einsatzbetrieb zurück legen. Weil er nicht genug Geld für ein Auto hat und deswegen nicht hinkommen kann, ist dies oft ein Grund für die Kündigung und er ist wieder arbeitslos.

Bisher hat es nicht geklappt, wie die von der ARGE ihm sagten, dass er schon irgendwo im Einsatzbetrieb einen festen Job bekommt. Die Mama von Pauline hat zwar einen guten Hauptschulabschluss geschafft und hat sogar eine Lehrstelle in einem Hotel bekommen. Aber nach der Ausbildung wurde sie nicht übernommen und seitdem hat sie in Kneipen und auch im Einzelhandel gejobbt. Eine feste Anstellung gab es nicht, nur auf 400-Euro-Basis. Als sie schwanger wurde, wollte man sie nirgendwo mehr haben und sie war ganz arbeitslos.

So geht es weiter, die kleine Familie lebt überwiegend von Hartz-IV-Leistungen und so ist das Geld sehr knapp.

Die kleine Pauline wächst heran, sehr umsorgt von den Eltern, wenn sie Zeit haben. Aber es gibt immer wieder Streit, weil das Geld nicht reicht. Mama kann nur arbeiten gehen, wenn Papa arbeitslos ist, denn einer muss bei Pauline bleiben. Für eine Kinderkrippe müssten sie bezahlen und das Geld reicht so schon nicht. Im letzten Jahr vor der Schule geht Pauline dann doch noch in den Kindergarten. Aber es ist schwierig, das Geld für Bastelarbeiten, Ausflüge oder für kleine Geschenke bei Einladungen zu Kindergeburtstagen zusammen zu kriegen. So gibt es oft Tränen bei Pauline, weil sie von vielen Gemeinsamkeiten mit den anderen Kindern ausgeschlossen ist. Mit vielen dieser Kinder wird sie dann zusammen eingeschult. Die anderen wissen schon, dass sie sich an vielen Sachen nicht beteiligen kann. Sie ist in keinem Sportverein, geht nicht zum Ballett oder zur Musikschule, wie die anderen. Aber es gibt noch ein paar, denen geht es genauso wie ihr, mit denen lungert sie viel draußen irgendwo herum.

Zu Hause ist es teilweise nicht auszuhalten. Die Eltern streiten sich immer häufiger, vor allem wenn Papa zu viel trinkt, wenn er arbeitslos ist. Die Schulleistungen von Pauline sind nicht gut und werden immer schlechter. In der vierten Klasse ist klar, Pauline geht auf die Hauptschule. Da sind dann viele so wie sie, die kein Geld haben, die Eltern nicht fragen, wann sie kommen oder gehen. Es ist keine gute Gesellschaft für ein junges Mädchen, aber Pauline kennt schon nichts anderes mehr. In der Clique kommt sie groß raus, denn sie hat inzwischen ein freches Mundwerk. Das Lernen ist nicht wichtig, weil alle wissen, uns will sowieso niemand.

So wundert es uns nicht, dass Pauline ihren Schulabschluss nicht schafft. Bis sie 18 Jahre ist, muss sie zwar noch zur Schule gehen, aber wozu lernen? Das bringt doch sowieso nichts.

Mit 18 bekommt sie dann selbst ein Kind, so kommt sie wenigstens von zuhause heraus und kann mit staatlicher Unterstützung eine kleine Wohnung mie-

ten. Nicht schön und die Gegend ist furchtbar, aber es sind „ihre eigenen vier Wände“. Ihr Kind wächst ähnlich auf wie sie, nur dass der Vater sich nie um das Kind gekümmert hat. Der war schnell weg als klar war, dass Pauline schwanger war. Als ihr Kind größer wird, jobbt Pauline hier und da, aber etwas Festes mit sicherem Einkommen findet sie nicht.

So geht ihr Leben weiter, am Rande der Gesellschaft. Von ihrer tollen Clique hört sie nichts mehr, ihr Kind ist irgendwann aus dem Haus und sie ist allein. Ihre letzten Lebensjahre fristet sie mit Hilfe der Grundsicherung und stirbt sehr früh mit 64 Jahren.

Eine traurige Geschichte, aber in unserem Land schon lange kein Einzelfall mehr. Die politischen Weichenstellungen befördern genau diese Biografien. Reformpolitik ist etwas anderes!

Pauline hat es nicht geschafft, aus eigener Kraft sich aus dem Schlamassel zu ziehen.

Es fehlte schon an der Unterstützung durch die Eltern, aber die waren ja selbst in einer Zwickmühle, aus der ihnen niemand heraus geholfen hat. Die Schule bot keine wirkliche Unterstützung, weil sie von Anfang an isoliert bzw. in Gruppen von Kindern mit gleichen Problemen hängen blieb. Dabei hätte Paulines Leben ganz anders verlaufen können, wenn diese Gesellschaft ihr andere, bessere Voraussetzungen gegeben hätte.

Gehen wir davon aus, dass Pauline also im Herbst 2016 geboren wird. Ihre Eltern lieben sie sehr, aber sie haben auch Angst vor der Zukunft. Sie wollen, dass es ihrer Pauline einmal besser geht als ihnen und dass sie eine gute Bildung bekommt, einen gut bezahlten Beruf erlernt und selbst einmal ihre eigene Familie gründen kann.

Inzwischen hat sich politisch einiges getan in diesem Land. Es gibt ein ausreichendes Netz von Kinderbetreuung mit liebevoller Versorgung und Erzieherinnen und Erziehern, die die Kinder optimal fördern. So hat diese kleine Familie kein Problem nach der Geburt von Pauline. In dem Bewusstsein, dass ihre Kleine tagsüber gut versorgt ist, kann Paulines Mama eine durch die Agentur für Arbeit geförderte Weiterbildung in ihrem Beruf machen, wodurch sie sich für den Rezeptionsdienst in einem guten Hotel qualifiziert. Es ist ein familienfreundlicher Betrieb, der entsprechende Teilzeitplätze zur Verfügung stellt und diese durch eine gute Personalplanung absichert. So bleibt ihr ausreichend Zeit für ihre kleine Tochter. Der Vater von Pauline bekommt ebenfalls durch die Arbeitsverwaltung eine Schule vermittelt, an

der er seinen Schulabschluss nach machen kann. Dies gelingt und bald bekommt er die Möglichkeit eine Ausbildung zum Tischler zu beginnen.

Finanziell können die drei zwar keine große Sprünge machen, aber sie sind zufrieden. Sie hoffen darauf, dass die neue Schulform ihrer Tochter bessere Perspektiven für das spätere Leben bietet. Es gibt nun eine integrierte Gesamtschule für alle Kinder bis zur 10. Klasse, mit Lernmittelfreiheit und einem sehr guten Lehrplan. Der Unterricht ist sehr praktisch gestaltet, Pauline geht mit Freude zur Schule. Bald stellt sich heraus, dass Pauline das handwerkliche Geschick ihres Vaters geerbt hat und in den Projekten, wo es darum geht, mit den eigenen Händen etwas zu schaffen, lernt sie mühelos die Rechenwege, die sie dafür braucht.

Sie entwickelt sich zu einer guten Schülerin, schließt nach der 10. Klasse sehr gut ab. Es ist inzwischen selbstverständlich, dass Mädchen auch Handwerksberufe erlernen und sie bringt schließlich schon viel Geschicklichkeit und etwas Erfahrung mit. So beginnt sie ebenfalls eine Tischlerausbildung. Nach der Ausbildung kann sie im Betrieb bleiben und lernt schnell einen jungen Mann kennen, mit dem sie das erste Kind in die Welt setzt. Ihr Arbeitgeber empfiehlt ihr, die Erziehungszeit zu nutzen, um die Meisterschule zu absolvieren. Er unterstützt sie während dieser Zeit und steht ihr mit Rat und Tat zur Seite. Später soll sich herausstellen, dass sie den Betrieb selbst übernimmt, da ihr Arbeitgeber keine Kinder als Nachfolger hat. Pauline spezialisiert die kleine Tischlerei mit dem Meisterbrief in der Tasche auf Sonderanfertigungen für Wohnungsmöbel. Das wird zu einem Erfolgsmodell, weil in den letzten Jahren die Einkommen der Beschäftigten auf einem stabilen Niveau stehen, nachdem endlich der Mindestlohn eingeführt und viele Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Die Masse der Bevölkerung kann sich wieder etwas leisten. Der Binnenmarkt floriert und die letzte Krise auf dem Weltmarkt konnte damit gut aufgefangen werden. Inzwischen gilt das Siegel „Made in Germany“ wieder etwas, weil die Beschäftigten mit einem höheren Bildungsstandard sehr innovativ und produktiv geworden sind.

Obwohl Pauline selbständig ist, zahlt sie ihre Beiträge in die Sozialversicherungskassen. Das müssen jetzt alle, die Einkommen haben. Das war eine sehr gute Reform. Die solidarischen Kassen haben mehr Einnahmen und zusammen mit den Präventionsmaßnahmen durch Bildung, beim Gesundheitsschutz und dem begonnenen Aufbau von guten Strukturen im Gesundheits- und Pflegebereich beginnen die Ausgaben bereits zu sinken.

Es wurde einiges investiert, aber es hat sich gelohnt. Im Bereich der Sozialhilfeleistungen müssen immer weniger Gelder gezahlt werden, die eingehenden Steuern werden mehr und so können die Staatsschulden immer weiter reduziert werden.

Gerade die neue Spekulationssteuer und die Besteuerung von Aktien und Dividenden verhindert inzwischen im Zusammenspiel mit den Reformen der Arbeitsschutzgesetze in vielen Konzernen Entlassungen und Lohndrückereien, die früher nur der Gewinnmaximierung für Aktionäre gedient hatten, aber der Volkswirtschaft enormen Schaden zugefügt haben. Es geht aufwärts mit Deutschland als Sozialstaat.

So hat Pauline überhaupt keine Angst vor der Zukunft. Sie wird auch im Alter ihren Lebensstandard halten können und für ihre inzwischen 3 Kinder und deren Zukunft ist sie auch nicht bange.

Ein schönes Märchen – nicht wahr?

### **Denn wenn wir Altersarmut verhindern wollen, müssen wir das Leben von Beginn an im Blick haben**

Diese Geschichte mag einem als Utopie vorkommen, es lohnt sich aber, sich über ihre Lehren Gedanken zu machen. Liest und hört man Medienberichte zum Beispiel über Finanzprobleme der Renten- und Pflegeversicherung, muss einem klar sein, welche Politikbereiche bei den Entscheidungen mit einbezogen werden müssen, damit die Probleme nachhaltig gelöst werden können und nicht nur kurzfristigen Aktionismus bringen. Ohne Visionen können wir keine Anforderungen aufstellen. Wir müssen unsere Zukunft gestalten und nicht nur daran herumdoktern! Dazu brauchen wir die Demografie, die Wissenschaft, die uns Veränderungen darlegt. Wir können sie für die Gestaltung nutzen. 2013 haben wir Bundestagswahlen. Nicht wählen hilft nicht, nur das Kreuz machen auch nicht. Den Kandidaten in ihren Parteien muss deutlich werden, wie wir unsere Zukunft gestaltet wissen wollen, und zwar vor der Wahl! Denn wenn wir Altersarmut verhindern wollen, müssen wir das Leben von Beginn an im Blick haben.

Damit können wir der Kinderarmut begegnen und haben auch im Alter noch das ganze Leben!



# Der Gerechtigkeit Raum schaffen

Dr. Gerrit Schulte,  
Diakon der Domgemeinde und Vorsitzender des Caritasrates  
im Bistum Osnabrück

In der Osnabrücker Sozialkonferenz treffen sich Akteure des sozialen Lebens, die sich die Rede von der Gerechtigkeit nicht austreiben lassen. Sie haben eine gemeinsame Vision, einen Traum von einer Welt und einer Stadt, in der jeder nach seinen Möglichkeiten leben und teilhaben kann. Für die Christen der Stadt ist dieser Traum so alt und so herausfordernd neu wie die Rede vom „Reich Gottes“. Eine Vision, die schon Gegenwart gewinnt, wo immer sich Christen in der Nachfolge Jesu der Armen und Schwachen und an den Rand Gedrängten annehmen. Diese Vision und Verheißung hat zugleich eine gegenwarts- und zukunfts-gestaltende Kraft. Der Jesuitenpater Alfred Delp hat das kurz vor seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten eindrucksvoll formuliert. Delp forderte für die Zukunft der Kirchen ihre Rückkehr in die Diakonie, in den Dienst der Menschheit. Und zwar in einen Dienst, der von der Not der Menschen bestimmt wird und nicht vom jeweiligen Geschmack oder den noch so bewährten Traditionen einer Gemeinschaft. Mindestens gleiche Bedeutung hat ein Wort Dietrich Bonhoeffers, das ebenfalls häufig zu Rate gezogen wird, wenn es um die Vision einer menschenfreundlichen Kirche und Gesellschaft geht: „Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist. (...) Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.“ Ähnlich drückt es der französische Bischof Jacques Gaillot aus, wenn er nüchtern feststellt: „Eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts!“

In der jüngeren Zeit ist mehr und mehr ins Bewusstsein gerückt, dass Träume ohne Räume nicht auskommen: Lebensraum, Sozialraum, städtischer Raum, aber auch ganz konkrete architektonische Räume der Kirchen und sozialen Einrichtungen sind Orte und öffentliche Plätze, an denen Visionen Wirklichkeit

werden können. Die Kategorie der Gerechtigkeit wird zunehmend als Teilhabe und Miteinander von Menschen im öffentlichen und privaten Raum diskutiert. Gerade erst ist der Theologe Martin Schneider vom Deutschen Caritasverband für seine als Dissertation vorgelegten sozioethischen Anmerkungen zur Kategorie des Raumes mit dem Lorenz-Werthmann-Preis ausgezeichnet worden (Martin Schneider: Raum-Mensch-Gerechtigkeit. Paderborn 2012). Der bekannte Kölner Pfarrer Franz Meurer wird mit dem Satz zitiert: „Für eine segensreiche Pastoral ist der Sozialraum immer der Ausgangspunkt.“ (Franz Meurer, Peter Otten: Wenn nicht hier, wo sonst: Kirche gründlich anders. Gütersloher Verlagshaus 2010)

Cornelia Coenen-Marx, Referentin für Sozial- und Gesellschaftspolitische Fragen im Kirchenamt der Evangelischen Kirche, hat den Kirchen jetzt auf beeindruckende Weise Mut gemacht, sich neu als zivilgesellschaftliche Kraft zu entdecken, ja sogar als „Kern einer Erneuerungsbewegung“ („Kirche findet Stadt – Utopie oder Wirklichkeit?“ Tagung in Düsseldorf am 04.10.2012 / www.Kirche-findet-Stadt.de).

Pastorale Klagen über Abbrüche der Kirchlichkeit vieler Menschen verdecken tatsächlich den Blick auf die kraftvollen Ressourcen, die Gemeinden und soziale Einrichtungen der Kirchen den Menschen in ihren jeweiligen Lebens- und Sozialräumen bieten können. Es gibt sie, sagt Coenen: die Aufbrüche, die Traumplätze: „Immer geht es darum, Hindernisse und Barrieren abzubauen und Menschen miteinander in Beziehung zu bringen, Hilfen anzubieten und zur Selbstorganisation zu ermächtigen. Kirche findet Stadt – das heißt, sie entdeckt sich neu als zivilgesellschaftliche Kraft.“

### **Pfarreien brechen die verengte Perspektive der 'Bürgerlichen Mitte' auf**

Die Domgemeinde ist wie viele andere Gemeinden in Osnabrück seit mehreren Jahren in diesem Sinne engagiert. Am Anfang stand eine Untersuchung zum Sozialraum der Gemeinde, die mit Hilfe des örtlichen Caritasverbandes realisiert werden konnte. Die Erfahrungen decken sich mit dem Ergebnis, das die katholische Theologin Christine Schrappe gerade erst von den „Würzburger Pastoraltagen“ mit dem Münsteraner Professor für Pastoraltheologie Udo Schmälzle (OFM) berichtete, der auch am Osnabrücker Dom schon mehrfach sprach. Schrappe schreibt: „Pfarreiverantwortliche staunen, wenn sie von Caritasfachleuten hören, wie viele Alleinerziehende, Arbeitslose oder überschul-

dete Familien in ihrem Raum leben. Psychisch kranke oder labile Menschen leben unter uns, ohne aufzufallen. Pfarreien brechen die verengte Perspektive der 'Bürgerlichen Mitte' auf, wenn sie erkennen, dass ein Pfarrbüro, der Religionsunterricht oder die Jahrgangskatechesen 'diakonische Orte' sind, an denen psychische oder materielle Not sichtbar wird. Das Personal in Kindertagesstätten und Sozialstationen weiß, unter welchen Belastungen Familien stehen, wenn Kinder allein zu erziehen oder demenzkranke Eltern zu betreuen sind. Menschen aus allen Milieus bieten Pfarreien nicht zuletzt durch die Kasualien (Taufe, Beerdigung, Jubiläen...) niedrigschwelligen Zugang. Versteckte Not offenbart sich in Vor- und Nachgesprächen.“ (Lebendige Seelsorge 6/2011 Ubi caritas – Glaube mit Hand und Fuß)

Eine neue Sensibilisierung für eine diakonische Pastoral führt auch zu einer veränderten Wahrnehmung des eigenen Lebensraumes und zu neuen oder intensivierten Angeboten. Nur wenige Beispiele: Die Domgemeinde Osnabrück nimmt seit Jahren in besonderer Weise Kinder aus benachteiligten Milieus bei ihren Zeltlager-Angeboten in den Blick. Die Kindertagesstätten arbeiten mit dem Pfarrteam der Gemeinde und sozialpädagogischen Fachkräften zusammen. Das Pfarrbüro findet Anerkennung und Unterstützung als niedrigschwelliger Kontaktort für sozial Schwache. Die hohe Zahl der Einpersonenhaushalte im Innenstadtbereich begründet neue Angebote wie einen Seniorentagestreff in Kooperation mit der örtlichen Caritas und einen Mittagstisch „In Gemeinschaft essen“. Eine Mittagsmesse im Alltag bietet Raum für eine Unterbrechung der innerstädtischen Arbeits- und Verwaltungswelt. Eine sonn-tägliche Segnungs- und Wortgottesfeier in St. Barbara stellt die besonderen Bedürfnisse von Familien mit Kleinkindern in den Fokus. Ehrenamtliche Teams leisten eine umfangreiche Seelsorge in den acht Alten- und Pflegeheimen im Pfarrbezirk sowie in Seniorenkreisen. Ein Trauerteam begleitet so genannte „Ordnungsamtsbestattungen“ von Menschen, um die sich keine Angehörigen mehr kümmern. Auch Trauer braucht Räume.

### **Der Blick vieler Gemeindemitglieder weitet sich über den liturgischen Kirchenraum hinaus in den umgebenden Sozial- und Lebensraum**

Eine „Armenkasse“, die sich vornehmlich aus Spenden der Gemeindemitglieder trägt, unterstützt Kranke und sozial Schwache. Regelmäßige Sprechstunden finden in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Verein für soziale Dienste (SKM) statt. Ihre Adressaten sind sozial schwache Familien oder Menschen,

die am Rande der Gesellschaft leben. Insbesondere für die Letztgenannten übt der Dom aufgrund seiner innerstädtischen Lage eine Magnetfunktion aus. Der Blick vieler Gemeindeglieder weitet sich zunehmend über den liturgischen Kirchenraum hinaus in den umgebenden Sozial- und Lebensraum: Die Caritaskonferenz und Angebote der Gemeinde wie die „Gebetsschule“ führen regelmäßig an Orte der Gemeinde, die es zu entdecken gilt: von der Frauenberatungsstelle über die Bahnhofsmision, von den Einrichtungen der Sucht- und ambulanten Jugendhilfe bis zum stationären Hospiz.

Es geht bei all diesen Aktivitäten darum, neue Netzwerke zu begründen, vorhandene Distanzen zu überwinden (auch innerkirchlich zwischen verbandlicher und gemeindlicher Caritas), neue Wahrnehmungen für die Lebensräume zu ermöglichen, dabei auch soziale Einrichtungen als kirchliche, spirituelle Räume zu entdecken, als Orte gelebten Glaubens. Nicht zuletzt geht es darum, sich selbstbewusst als Akteur in das städtische und gesellschaftliche Leben einzubringen. Dazu zählt auch, auf außerkirchliche Initiativen und Gruppen zuzugehen, Zusammenarbeit zu suchen und – wo sinnvoll – sich auch als Dienstleister für Gemeinschaft und Wertevermittlung in die Zivilgesellschaft einzubringen. Das gelingt am Standort St. Barbara in der Domgemeinde als „Raumstifter“ der Bürgerschaftlichen Stadtteilinitiative „Backsteinviertel e.V.“ Ähnliches gilt für die Kooperation mit der jüdischen Kindertagesstätte König David, die in Trägerschaft der Domgemeinde betrieben wird. Auch das Forum am Dom bietet ebenso wie die kulturellen und kulturgeschichtlichen Angebote am Dom neue Ansätze in der Osnabrücker Innenstadt und weit darüber hinaus.

Cornelia Coenen-Marx zitiert in diesem Zusammenhang Jan Hendricks, der in seinem Buch „Gemeinde als Herberge“ eine konkrete Utopie für das 21. Jahrhundert beschreibe. Hendricks sehe Wesen und Auftrag der Gemeinde in einer dreifachen Begegnung: mit Gott, miteinander und mit der Gesellschaft. Und weiter heißt es dann: „Kirche hat Begegnungsräume fast in jedem Wohnquartier – oft sind es die letzten öffentlichen Orte. Sie zu öffnen, damit viele sich einbringen können, ist ein wesentlicher Schritt. Wo wir sie nicht mehr brauchen und nicht mehr tragen können, kann es richtig sein, einen Verein oder eine Bürgerstiftung mit anderen zu gründen. Wir müssen nicht mehr immer Gastgeber sein – wir können, um im Bild zu bleiben, auch als Servicekräfte mithelfen, damit das Leben gelingt.“

### **Das Domportal als Lebensraum**

Vor dem Hauptportal des Domes findet man in Osnabrück fast immer Menschen, die um eine kleine Gabe betteln. Eine heilsame, manchmal auch störende Provokation, die allen Besuchern die Brüchigkeit menschlichen Lebens vor Augen führt. Zugleich macht sie aber auch die Option Jesu für die Armen deutlich, mit denen sich der Herr selbst identifiziert (Mt 25,45). Diese Bettler sind Teil der „Domfamilie“, sie besuchen das Pfarrbüro, manchmal suchen sie das Gespräch, wärmen sich im Winter in den Kirchenbänken auf. Manche von ihnen berichten den Dombesuchern von ihren Lebenswegen, andere sind distanzierter. Ein langjähriger Bettler wurde nach seinem Ableben vom Pfarrteam beerdigt; ein anderer, den alle für verstorben hielten, meldete sich nach Jahren aus einem Pflegeheim im Landkreis. In diesem Jahr nahm er auf eigenen Wunsch am Seniorenfest der Gemeinde teil.

Das Domportal als Lebensraum. Die Apostelgeschichte erzählt das in gleicher Weise (Apg 3,1-10). Petrus begegnet mit Johannes einem Gelähmten, den man täglich an das Tor des Tempels setzte, um zu betteln. Die Apostel schenken ihm Aufmerksamkeit: „Sieh uns an!“, sagt Petrus zu ihm. Und dann: „Silber und Gold besitze ich nicht. Doch was ich habe, das gebe ich dir.“ Dann reicht Petrus ihm im Namen Jesu die Hand, richtet ihn auf und schenkt ihm neue Kraft. Gemeinsam gehen sie in den Tempel, um Gott zu loben. Begegnung, Achtung, Berührung, Aufrichtung und Stärkung – damit das Leben gelingt!

Wenn Kirchen und Gemeinden aufhörten, Klagelieder von den eigenen Verlusten in einer schwierigen Welt und Zeit zu singen, könnten sie ihren Blick darauf konzentrieren, welches Werte- und Sozialkapital, welches Maß an Professionalität und ehrenamtlichem Engagement sie in die Sozial- und Lebensräume der Menschen einbringen können. „Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist“, sagt Dietrich Bonhoeffer. Nehmen wir also an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teil, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.

# Was bildet Ihr Euch eigentlich ein?!

## Unser Bildungsideal für Osnabrück

Philipp Möcklinghoff,  
Helene Gerhards (Studierende der Uni Osnabrück)

*(...) [D]ie Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht,  
ehe sie sich Gehör geschafft hat.  
Am Ende, nach unzählig oft wiederholten Abweisungen, findet sie es doch.  
Dies ist einer der wenigen Punkte,  
in denen man für die Zukunft der Menschheit optimistisch sein darf (...).*

Sigmund Freud (Die Zukunft der Illusion)

Wenn man fragen möchte, was eigentlich Gerechtigkeit ist, wie sie sich verwirklichen soll und ob die Gerechtigkeit, meint man sie erst einmal theoretisch erfasst zu haben, dann auch in ihrer Ausführung gerecht ist, befindet man sich oft gleich in einer einigermaßen anstrengenden, politisch-philosophisch motivierten und oft rechthaberischen Auseinandersetzung. Ein Reizthema ist besonders das Stichwort „Bildungsgerechtigkeit“: Da werden drei Diskutanten mindestens fünf Meinungen vertreten, es fallen Begriffe wie „Chancengleichheit“, „Recht auf Bildung“, „Leistungsgerechtigkeit“, „Differenzierung“, „Inklusion“ und etliche andere Worthülsen, die je nach persönlichem Geschmack mit variierender Bedeutung aufgeladen werden. Eine Verständigung darauf, welche Grundlagen geschaffen, welche Ziele überhaupt erreicht werden sollen, um diese ominöse „Bildungsgerechtigkeit“ herzustellen, ist oft das größte Problem. Dies liegt nicht daran, dass Visionen sozialer Gerechtigkeit unbedingt unrealistisch bleiben müssen, im Gegenteil können und dürfen sie utopische Elemente nicht ignorieren. Interessant wird es allerdings erst, wenn politische Utopie auf gelebte politische Praxis stößt. Diese politische Praxis verlangt im Grunde genommen einen breiten Diskurs darüber, wie Gerechtigkeit, hier im

Bereich der Bildung, verstanden werden soll wie und gerechte(re) Verhältnisse geschaffen werden können. Um aber einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu haben und sich für Veränderungen engagieren zu können, ist es hilfreich, ein allgemeines Ideal zu formulieren, das die Diskussion über Gerechtigkeit nicht ad acta legt, aus dem man aber trotzdem erste Forderungen ableiten kann. Dieses Ideal wollen wir unserem Beitrag sehr allgemein voranstellen:

Für uns sind Bildung und Bildungssysteme dann gut, wenn jeder Mensch entsprechend seiner Fähigkeiten das Recht und die Möglichkeit bekommt, durch Bildung seine Persönlichkeit zu entfalten und das Werkzeug in die Hand bekommt, kritisch zu denken und zu handeln. Gerecht kann Bildung nur dann verteilt werden, wenn diese Minimalvoraussetzungen für jede und jeden erfüllt sind.

Dieses Bildungsideal sollte in allen Bildungszusammenhängen erfüllt werden, von der Kindertagesstätte zur Schule, von der Hochschule in die Erwachsenenbildung. Unsere, wie man heute so schön sagt, Kernkompetenz ist es an dieser Stelle jedoch, aus dem Umfeld von Universität und Hochschule zu berichten, weswegen wir gleich die theoretische Ebene verlassen und eine Situationsbeschreibung, Kritik und einen praktischen Ausblick mit unseren Hochschulen hier vor Ort in Verbindung bringen wollen.

Unser Bildungsideal liest sich wie ein hehres Ziel, besonders, wenn man sich die aktuelle Situation an den Hochschulen auf der Zunge zergehen lässt. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass allein im Sommersemester 2011 und Wintersemester 2011/12 fast 519.000 junge Menschen ein Studium in Deutschland aufgenommen haben<sup>1</sup>, zeigt es doch, dass eine gewisse Öffnung der Hochschulen weiter voran schreitet und vielen jungen Menschen ein Studium ermöglicht wird. Studierende, die das Glück haben, sich angeblich nicht an einer der anonymen Massenunis ausbilden lassen zu müssen, spüren jedoch jeden Tag, dass die Kapazitäten langsam aber sicher gesprengt werden: Überfüllte Hörsäle, Mensen und Bibliotheken sind Normalität, ein Hochschullehrer betreut im Schnitt 60 Studierende, womit sich das Betreuungsverhältnis weiter verschlechtert hat<sup>2</sup>. Die Gründe dafür, so erscheint es uns, liegen mitunter an der für das kapitalistische System typischen Kurzfristigkeit des Denkens, dem Markt immer mehr Hochschulabsolventen zur Verfügung stellen zu wollen,

1 vgl. Statistisches Bundesamt, Kennzahlen aus dem Bildungsbereich, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Kennzahlen.html;jsessionid=DEED90AC24FAE44B8865335BF82D1886.cae3>, 19.11.2012.

2 vgl. o.A. 2012: Mehr Professoren, viel mehr Studenten, Beitrag in Forschung und Lehre, Ausgabe Januar 2012, S. 4.

die Bedingungen für ein gelingendes Studium aber gleichzeitig nicht anzupassen. Dies macht sich auch bemerkbar, schaut man auf die Prioritäten, die die Fachbereiche setzen: Forschung und Reputation sind nötig, um Wissen zu schaffen und den Hochschulstandort attraktiv zu machen, Drittmittelwerbung verlangt einen Großteil der Aufmerksamkeit der Lehrenden. Denen ist nicht unbedingt ein Vorwurf zu machen, müssen sie sich im Wissenschaftsbetrieb genauso durchschlagen wie ihre Studentinnen und Studenten. Dies hat aber schnell zur Folge, dass Fachbereiche, die keine an den neuesten Trends orientierten, nachgefragten Forschung betreiben, finanziell recht schnell ins Hintertreffen gelangen<sup>3</sup>, oder Stellen frei bleiben<sup>4</sup>. Aktuellstes Beispiel ist die vakante Professur für Interkulturelle Pädagogik an der Universität Osnabrück.<sup>5</sup> Dies kann natürlich nur eine verkürzte Darstellung der Probleme sein, die allgemeine Unterfinanzierung des Hochschulsystems ist bekannt. Für Studenten und Studentinnen bleibt diese aber nicht ohne Auswirkungen. Viele Kommilitoninnen und Kommilitonen zerreißen sich zwischen der Bewältigung ihres Wochenpensums in der Hochschule, Nebentätigkeiten und persönlicher Weiterqualifizierung wie Sprach- oder Computerkursen. Minijobs sind oft nicht mehr ein netter Zuverdienst, um sich „etwas leisten zu können“, sondern fest in die Bestreitung des Lebensunterhaltes eingeplant, leistungsbezogene Stipendien und die Gefahr, auf BAföG nach Überschreitung der Regelstudienzeit um nur ein Semester verzichten zu müssen, erhöhen den Druck, schnell und erfolgreich abzuschließen, natürlich mit den besten Noten. Wenn da nicht noch das Erasmus-Jahr, das unbezahlte Praktikum, die Exkursion wäre, die man auch noch zu organisieren und in seinen Lebenslauf zu integrieren hat.

### **Hektik und Oberflächlichkeit sind schon seit längerem im Begriff, die Hochschulen zu erobern**

Es mag sich polemisch lesen, aber kurz vorm Ende des Studiums, nach fünf Jahren an der Hochschule, hat man viele Studierende getroffen, die erschöpft sind und gleichzeitig das Paradebeispiel des Unternehmerischen

3 Landfried, Christine: Uni 2009: Anpassungsmenschen ohne Leidenschaft, Beitrag in Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 9/09, Blätter Verlagsgesellschaft mbH Berlin 2009, S. 38.

4 Meyer-Renschhausen, Elisabeth: Die neue Bildungskatastrophe. Zur Lage der Universitäten und ihrer Wissenschaftlerinnen, Beitrag in Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 11/12, Blätter Verlagsgesellschaft mbH Berlin 2012, S. 117.

5 vgl. NOZ vom 6.11.2012, <http://www.noz.de/lokales/67620295/osnabruecker-paedagogik-studenten-seit-fuenf-jahren-ohne-professor>

Selbst (Ulrich Bröckling), sich ständig um seine individuelle und individualisierte Profilschärfung sorgend, erfüllen, die „Augen-zu-und-durch“-Taktik perfektionieren oder, im besten Fall, immer noch auf der Suche nach der Beantwortung ihrer Fragen sind, die sich auch durch das Lernen für Multiple-Choice-Klausuren nicht klären lassen. In diesem Raum ist eine mündige Bildung, Vertiefung in Sachverhalte und die kritische Auseinandersetzung mit Themen, die sich auch außerhalb des persönlichen Erfahrungshorizonts befinden, kaum möglich. Wenn man also zum Schluss kommt, dass die Hochschule als Ort gesellschaftlichen Aufbruchs gefährdet ist, dann sehnt man sich nicht nach '68 zurück, sondern lässt einen die Ellenbogenmentalität, das Durchhuschen durch einen Bachelorstudiengang und die Ökonomisierung von Bildung und Leben mit Unbehagen zurück. Bei dem sicherlich schwierigen Versuch, dieses Unbehagen als Ergebnis aus Gesprächen und Beobachtungen zu artikulieren, wird man zumeist mit dem Ideologie-Vorwurf konfrontiert, in sozial-romantischen Vorstellungen zu schwelgen. An der fortschreitenden Ausrichtung der Bildung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft führe kein Weg vorbei, lässt sich seitens der Politik vernehmen, denn die notwendige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem „Weltmarkt der Ideen“ müsse erhalten werden.

Jedoch, die Alternativlosigkeit der Ökonomisierung von Bildung lässt sich durchaus hinterfragen – und wurde sie in unterschiedlicher Form bereits, so auch in Osnabrück: Angefangen mit dem Schulstreik im Jahr 2008 schwappte eine sich damals bundes- und schließlich europaweit ausbreitende Welle von Bildungsprotesten nach Osnabrück. Richtete sich der Protest damals in erster Linie gegen den beständig steigenden Druck, der beispielsweise durch die Schulzeitverkürzung auf den Schülerinnen und Schülern lastet, bildeten sich Strukturen, die auch heute noch, vier Jahre später, existieren und sich in vielen unterschiedlichen Aspekten mit Bildung beschäftigen. Getragen wurden und werden die Proteste von einem losen Bündnis aus studentischer Selbstverwaltung der Universität, gewerkschaftlich organisierten Kreisen und wechselnden Schüler\*innen-Vertretungen. Zwischen 2008 und 2011 brachten sie wiederholt mehrere hundert bis über tausend junge Menschen auf die Straße. Der Höhepunkt der Aktionen war allerdings eine zweiwöchige, friedliche Besetzung eines Hörsaals der Uni, die den „Bildungsbewegten“ den nötigen Freiraum bot, in intensiven und zugleich allen Interessierten offen stehenden Arbeitssitzungen Kritik und Forderungen auszuarbeiten. Resultat dieser Arbeit ist das „Positionspapier der BesetzerInnen der Universität Osnabrück“, das der Verwirtschafterlichung folgendes

Plädoyer entgegenstellt:

„Bildung sollte den Menschen befähigen, als mündiges Individuum kritisch und reflektiert zu denken und zu handeln. Sowohl im Bezug auf sich selbst, als auch hinsichtlich der Gesellschaft, die ihn umgibt und deren Teil er ist. [...] Es ist unsere Überzeugung, dass abseits der Umsetzung dieser Prinzipien die Entwicklung zu einer humaneren, sozialeren und gerechteren Welt nicht möglich ist. Da das deutsche Bildungssystem diesen Grundsätzen in vielerlei Hinsicht zuwiderhandelt, sehen wir es als unsere Pflicht, diese Missstände aufzuzeigen, und ein weitreichendes Umdenken, ebenso wie tiefgreifende Veränderungen einzufordern.“<sup>6</sup>

Hiervon ausgehend fordert der Text im Weiteren u.a. die Abschaffung jeglicher Bildungsgebühren (auch die abgeschaffte Lehrmittelfreiheit ist eine versteckte Gebühr!) bei gleichzeitiger Sicherung der staatlichen Finanzierung, die individuelle Förderung jedes Menschen gemäß seinen Fähigkeiten und Potentialen, die Ermöglichung von freier Persönlichkeitsentfaltung und Meinungsbildung, die Abschaffung sozialer Selektivität und elitenbildender Prozesse im Bildungssystem und gleichberechtigte, demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten im (Hoch-)Schulalltag. Auch wenn die Forderungen von großen Teilen der Studierendenschaft mitgetragen wurden, so hat die Formulierung dieser sicherlich keinen großen Einfluss auf die Realpolitik gehabt. Was aber mit diesen Visionen erreicht wurde, sind kleinere, versteckte Erfolge und positive Entwicklungen. Gemäß der gesellschaftlichen Rolle der Hochschule als Ort des Auf- und nicht Umbruchs, sickert neues, kritisches Bewusstsein langsam durch die studentischen Lebenswelten. So wurde zum Beispiel durch langen Atem alter Bildungsstreikakteure erreicht, der verfassten Studierendenschaft mehr selbstverwalteten Raum zur Verfügung zu stellen, zudem gründeten sich in den letzten drei Jahren mehrere neue Fachschaften, die sich nun für studentische Interessen einsetzen. Der bis dato wohl größte Teilerfolg ist jedoch die Verhinderung der Umwandlung der Osnabrücker Universität in eine Stiftungshochschule. Das Stiftungsmodell stellt eine grundlegende Umstrukturierung dar, die den Status Quo, der immerhin noch Reste des ehemals durchdemokratisierten Hochschulwesens aufweist, hin zu einem nach wirtschaftlichem Vorbild organisierten „Unternehmen“ unter

<sup>6</sup> <https://www.asta.uni-osnabrueck.de/sites/asta.uni-osnabrueck.de/files/common/positions-papier.pdf>, 7.12.2012.

Führung der Hochschulleitung abändern soll. Das sich an der Uni Osnabrück im Frühsommer diesen Jahres ein statusgruppenübergreifender Meinungsbildungsprozess vollzog, geht vorrangig auf das vorbildliche Engagement einzelner Studierender zurück. Diesem Prozess ist es zu verdanken, dass schließlich Repräsentantinnen und Repräsentanten aller Statusgruppen im Senat der Uni zusammen arbeiteten und das Stiftungsmodell scheitern ließen. Immerhin ein kleiner Teilsieg im Kampf gegen den gesamtgesellschaftlichen Siegeszug der ökonomischen Kosten-Nutzen-Ideologie.

### **Das Statement „Wissen teilen und Chancen nutzen“ sollte ernst genommen werden**

Hinter den Protesten und Kämpfen ragt eine grundlegende Frage auf – und zwar nach dem Zugeständnis der Subjektivität an jedes einzelne Individuum. Ist die Hochschule nur eine Etappe von mehreren auf dem Weg in den Beruf, die es möglich schnell zu nehmen gilt? Oder ist die Hochschule ein Ort, an dem sich junge Erwachsene, einem humanistischen Bildungsverständnis entsprechend, aus eigenem Entschluss bilden wollen? Warum nicht das Bildungswesen zu einem geschützten Raum erklären, in dem nicht schon von Anfang an alle Interessen festgesteckt sein müssen? Wo Austausch, Diskussion, gesellschaftliches Engagement und das Einbringen eigener Vorstellungen und Interessen genauso wichtig sein dürfen wie das Erreichen vorgegebener Lernziele? Auf die Hochschule gemünzt stellt sich somit die Frage, ob man sich umentscheiden, sich ausprobieren und praktische Erfahrungen sammeln darf, ohne sich durch Verlust von Studienzzeit seine Karriere zu versauen. Das Zuweisen von Zeit, z.B. in Form der sogenannten „Regelstudienzeiten“, bedeutet eine grundlegende Fremdbestimmung, die nur noch befördert, sich selbst den größten Stress zu machen. Dass in diesem Zusammenhang Zeit vor allem Geld ist, wird wohl auch dem ein oder anderen „Langzeitstudenten“ mit der Zahlung von 600-800 Euro Langzeitgebühren schmerzlich bewusst geworden sein.

Aber: Nachhaltige Bildung braucht nun einmal genügend Zeit und persönliche Motivation. Optimal, und so lauten doch eigentlich immer die Warnung von allen Seiten, ist das stumpfe Akkumulieren von Informationen nicht, es sollte nicht Dreh- und Angelpunkt von Bildung sein. Verknüpfendes Wissen, das Denken in Zusammenhängen und Problemorientiertheit dagegen wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger werden und kann sehr gut als Teil der Forderungen, die unser Bildungsideal und das Positionspapier

implizieren, interpretiert werden. Ein Weg sich dem anzunähern, wäre der Rückgriff auf die alte Idee eines „Studium Generale“, also dem Studieren von Inhalten, die völlig eigenständig ausgewählt und zusammen gestellt werden. Der „Dies Academicus“, der in Mai diesen Jahres zum ersten Mal an der Uni Osnabrück durchgeführt worden ist, wäre ein guter Ansatz, wenn da nicht der fade Beigeschmack nach Standortaufwertung und Prestigeveranstaltung wäre – ganz im Sinne des ökonomischen Wettbewerbs um Attraktivitätssteigerung. Die Eingliederung von Studium Generale-Anteilen in die Verlaufspläne aller angebotenen Studiengänge könnte die hinter dem „Dies Academicus“ stehende Idee, „Wissen zu teilen und Chancen zu nutzen“, hingegen fest im Hochschulalltag verankern. Studienanfängerinnen und -anfänger wären in die Lage versetzt, sich einen Überblick über das Fachangebot zu verschaffen. In diesem Rahmen ließe man sich beispielsweise auch dazu anregen, später ein Wahlfach zu belegen, das nicht auf den ersten Blick zu ihrem Studienschwerpunkt zu passen scheint, aber die Möglichkeit gibt, Eindrücke anderer wissenschaftlicher Zweige zu gewinnen, Erkenntnisse aus den verschiedenen Bereichen für sich selbst zu kombinieren und in sozialen Kontakt mit Studierenden anderer Fachbereiche zu treten. Auch eine hochschulübergreifende Kooperation der Hochschule und Universität in Osnabrück, wie sie zwischen mindestens zwei Fachbereichen bereits besteht, wäre denkbar. Interdisziplinäres Arbeiten bliebe damit nicht eine Absichtserklärung, die zwar über den fachlichen, aber noch nicht den universitären Tellerrand blicken lässt.

Die Utopie, aus der Hochschule und anderen Einrichtungen der altgriechischen Wortbedeutung „eu topos“ nach „gute Orte“ für Bildung zu machen, scheint nicht unrealistisch zu sein. Alles, was man braucht, sind Ideale, Vorstellungskraft und den ehrlichen Willen zur Veränderung, Bildung so zu gestalten, dass sie eine Bereicherung für jede/n und unsere Gemeinschaft ist.



### Tipps zum Weiterlesen

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

Hans Böckler Stiftung (2010): Das Leitbild Demokratische Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft. Düsseldorf: o.V.

Krautz, Jochen (2007): Ware Bildung – Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie. Kreuzlingen/München: Heinrich Hugendubel Verlag.

Stapelfeldt, Gerhard (2003): Geist und Geld – Von der Idee der Bildung zur Warenform des Wissens. Münster: Lit Verlag.

## Die letzte OSK

Heike Hellmeister, Ulrich Rückin, Olaf Perrey, Verista

Fared Morflen stieg aus ihrer Kabine auf dem Weg zur Arbeit. Zum ersten Mal seit sie den Posten übernommen hatte, war nicht alles gut. Das heißt, eigentlich war alles gut, sogar perfekt beinahe, genau deswegen musste sie heute das machen, was ein wenig Schwermut in ihren Tag brachte. Nächste Woche würde die letzte Osnabrücker Sozialkonferenz stattfinden und Fared hatte noch viel vorzubereiten. Neben dem Organisatorischen machte ihr vor allem ihr eigener Auftritt zu schaffen, eine Zusammenfassung der Arbeit der OSK, dem lange Zeit wichtigsten Gremium zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit in Osnabrück, hier in dieser provinziellen Großstadt im Norden Deutschlands. Fared Morflen war erst vor zehn Jahren dazugekommen, kurz vor der großen Jubiläumsfeier. Die organisatorische Leitung war ihr dann vor sieben Jahren übertragen worden und die Arbeit hat ihr, wie jede andere Arbeit in der heutigen Gesellschaft, viel Spaß gemacht.

Bei dem 200. Jubiläum hatte sie viel erfahren über die Anfangszeiten. Damals, vor 110 Jahren, wäre der Verlust dieses Postens nicht nur mit Schwermut, sondern mit Angst verbunden gewesen. Angst davor, nicht genug Geld zum Leben zu haben, Angst, selbst für dieses zu Wenig an Geld alle möglichen Formen der Erniedrigung und Kontrolle von den Behörden über sich ergehen lassen zu müssen und die Angst vor Ausgrenzung, Verlust ihres Ansehens und vieler Freunde, weil die Unterschiede im alltäglichen Leben, in dem, was man sich leisten konnte, oder eben nicht, einfach zu groß würden.

Auf lokaler Ebene hatte sich die OSK lange für eine Verbesserung der Lebenssituation armer Menschen eingesetzt und sogar hier und da etwas erreicht, aber der große Umschwung kam erst, als die Existenz von Armut in Deutsch-



land immer weniger akzeptiert wurde. Die Gesellschaft bildete nach und nach den Konsens, dass Armut abgeschafft werden muss. Nachdem kaum noch jemand eine Leistungsgerechtigkeit in einer Welt von subventionierten Banken und Großverdienern bei gleichzeitig immer mehr Armen, mit oder ohne Arbeitsplatz, erkennen konnte, war der Weg frei für ein Grundeinkommen. Seit Oktober 2037 bekam jeder Mensch, der in Deutschland lebte, monatlich 2.200 € auf sein Konto überwiesen. Das war drei Jahre nachdem die OSK zur eigenständigen, unabhängigen Organisation wurde. Der Betrag wurde seit dem natürlich ständig an Inflation und Reichtumsentwicklung angepasst.

Die Tür der Helicar-Kabine schloss sich mit dem gewohnten Zischen hinter Fared Morflen und sie ging die letzten Schritte zu Fuß zum OSK-Gebäude. Die Helicar-Kabinen, sowie alle Züge und die wenigen Busse, die noch fahren, standen allen kostenfrei zur Verfügung. Früher, so erinnerte sich Fared, musste alles bezahlt werden. Sogar die Grundversorgung mit Strom und Wasser kostete Geld und viele Menschen verschuldeten sich, um ihre Wohnung heizen zu können. Heute waren diese Dinge demokratisch kontrolliert und nicht mehr in den Händen reicher Konzerne. Nur wer über sein zur ökologischen Nachhaltigkeit festgelegtes Kontingent hinaus Energie und Treibstoff verbrauchte, musste zahlen. Und auch da gab es eine vernünftige Obergrenze, die notwendig und mittlerweile von allen akzeptiert war, genauso wie beim Einkommen und Vermögen.

Es gab natürlich lange Diskussionen darüber, wie das Grundeinkommen finanziert werden sollte. Zum Glück gab es seit Mitte der 20er Jahre eine funktionierende Reichtumsberichterstattung. Es war schlicht nicht mehr möglich gewesen, viel geheim zu halten, immer mehr Informationen sickerten gegen den Willen der Reichen und Mächtigen durch. So entschlossen sich zuerst einige Kommunen und Länder und dann auch die Bundesregierung Transparenz zur Staatsraison zu machen. Wer reich war, musste seine Finanzen ebenso offen legen wie ein Hartz-V-Empfänger. Nebenbei hieß Hartz V natürlich nur im Volksmund so, offiziell war das die „Grundversorgung nach der Reform zur Zusammenlegung von Arbeitslosengeld I und II und der gesetzlichen Grundversicherung im Zuge der 5. Anpassung zur grundgesetzkonformen Mindestlebensunterhaltshöhe“. Nachdem der gesellschaftliche Reichtum bekannt war, war es letztlich naheliegend das Grundeinkommen mit dem Geld zu finanzieren, das woanders zu viel war. Jeder, der zusätzlich Geld verdiente, zahlte die Hälfte dieses Einkommens in den Grundeinkommensfond. Alle anderen

Sozialleistungen wie Hartz V und Sozialhilfe fielen weg. Bis 2068 wurde die Höchststeinkommensgrenze Schritt für Schritt auf 73.333,33 € pro Person und Jahr abgesenkt. Auch dieser Betrag, sowie das nicht zu versteuernde Vermögen von ursprünglich 200.000 € und das Maximalvermögen von 8,7 Millionen Euro, ab dem der Abgabesatz von 100% galt, wurde jährlich angepasst und somit zu einem Indikator gesellschaftlichen Reichtums. Heute durfte man bereits 109.735,54 € verdienen.

Der Gang in das dreizehn Jahre alte OSK-Gebäude war wie immer imposant. Kaum zu glauben, dass ein Haus, das aussah wie aus dem 20. Jahrhundert, innerhalb einer Woche woanders aufgebaut oder platzsparend eingelagert werden konnte. Das war Standard seit den Nachhaltigkeitsgesetzen für öffentliche Bauten von 2098. Aber wahrscheinlich würde dieses Gebäude stehen bleiben. Wie immer wenn öffentliche Räume frei wurden, wartete man ab, wie sich die Nutzung entwickelte und schon jetzt hatten sich in den ersten leerstehenden Räumen einige Aktivitäten angesiedelt. Eine Seniorengruppe für 3D-Internetkunst hatte sich im Erdgeschoss eingerichtet und eine gewerkschaftsnahe Initiative zur Arbeitsplatzverbesserung im Baugewerbe teilte sich Räumlichkeiten im zweiten Stock mit zwei Selbstbildungsgruppen. „Hallo Herr Lída, ich fragte mich, ob wir Ihren schwebenden Würfel als Projektion nächste Woche auf unserer Sozialkonferenz präsentieren könnten.“ „Wenn Sie einen Internetanschluss und einen Holoprojektor haben, können Sie natürlich gerne frei auf unsere Werke zugreifen und sie auch beliebig verändern.“ Fared Morflen verabschiedete sich von dem 116jährigen 3D-Internetkünstler und betrat die Etagenröhre.

Es dauerte gut drei Jahre bis die Menschen sich daran gewöhnt hatten, dass das Grundeinkommen die Arbeit zur Existenzsicherung überflüssig gemacht hatte. Dann nahm die Entwicklung auf einmal rasend schnell ihren Lauf. Der alte Spruch „Wer essen will, muss auch arbeiten“ hatte schlagartig keine Bedeutung mehr, jetzt auch nicht mehr für die, die nicht das Glück hatten, reich zu erben. Natürlich war es immer noch attraktiv, sich etwas zum Grundeinkommen hinzu zu verdienen. Aber es gab keinen Zwang zur Arbeit und die Menschen gingen arbeiten um des Arbeitens willen. Das erforderte ein radikales Umdenken der Unternehmen. Nicht Geld war der ausschlaggebende Anreiz, um Personal zu gewinnen, sondern die Arbeit selbst. Die Tätigkeit musste als sinnvoll empfunden werden, der Arbeitsplatz als angenehm. Bevormundung, Druck, Mobbing führte nur dazu, dass der Arbeiter am nächsten

Morgen nicht wieder im Betrieb erschien. Die Menschen mussten umworben und überzeugt werden, warum es gut war, für ein Unternehmen zu arbeiten und allen Unkenrufen zum Trotz funktionierte es. Es funktionierte sicher nicht immer reibungslos, aber es funktionierte nach einiger Zeit sogar besser. Die Motivation wurde größer, das Verantwortungsgefühl, die Identifikation mit dem, was man tat, wuchsen.

Für Tätigkeiten, die eher als schädlich denn als sinnvoll angesehen waren, zum Beispiel im Bereich der Massentierhaltung, fand man einfach keine Leute mehr. Der Beruf „Öko-Landwirt“ erfreute sich hingegen, auch Dank des schnellen technischen Fortschritts auf dem Gebiet der Agri-Robots, großer Beliebtheit. So veränderte die neue Einstellung zur Arbeit auch die gesellschaftliche Produktion. Gewerkschaften mussten sich neue Schwerpunkte setzen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsklimas und die Art der betrieblichen Mitbestimmung nahmen größeren Raum ein, während die Verhandlung um Geld eher eine untergeordnete Rolle spielte. Die Arbeiten, die unangenehm aber notwendig blieben, weil die technische Entwicklung lange Zeit nicht darauf abzielte an diesen Stellen Maschinen einzusetzen, wurden tatsächlich die höchstbezahlten Tätigkeiten in unserer Gesellschaft. So verdienten Kanalarbeiter, Proktologen und Fußpfleger heute um die 9.000 €, Mechatroniker und Kauffrauen ca. 600 € und Popstars mussten praktisch umsonst auftreten. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage war endlich im Arbeitsmarkt angekommen.

In ihrem Büro griff sich Fared einen Bogen wiederbeschreibbares Papier und begann sich Notizen zu machen. Eine entscheidende Leistung der Sozialkonferenz war es, auf Armut aufmerksam gemacht zu haben. Besonders die Tatsache, dass Kinder in so großer Anzahl betroffen waren, hatte einige in der Politik und Verwaltung wachgerüttelt. Es folgten erste runde Tische zu einzelnen Themen mit einigen Erfolgen, die sich zuerst im karitativen Bereich bewegten. Das war politisch nicht so gewollt, aber mehr war damals nicht zu machen. Als das Thema auch in der Bevölkerung ankam, konnte die OSK erste Maßnahmenkataloge durchsetzen. Einzelne Projekte zu Kinderarmut, Altersarmut, Reichtumsverteilung, Gesundheit und damals auch noch zur gerechten Bezahlung von Arbeit kamen auf lokaler Ebene ins Stocken, bis 2015 alle Ziele zu einem Maßnahmenpaket gebündelt und sechs Jahre später in die ehrgeizige Agenda 100 zur Unduldbarkeit von Armut und Armutsfolgen übernommen wurden. Die Stadt Osnabrück war damit Vorreiter und stieß bundesweit bei

weitem nicht nur auf Zustimmung. In 100 Jahren sollte das Maßnahmenpaket abgeschlossen und soziale Gerechtigkeit hergestellt sein.

Das Telefon spielte die Titel-Melodie von „Time Tunnel 21“ und Fared meldete sich. „Hallo, Karlo hier. Ich muss mich immer noch daran gewöhnen, dass ich nichts von dir sehe.“ Das Telefon war ein Erbstück und der Techniker meinte, das könne man nicht mehr anschließen. Letzte Woche kam er dann glücklich in Fareds Büro und sagte, er habe eine Lösung gefunden. Das Telefon war klein, schnurlos, hatte einen hervorragenden Klang und kein Bild und keine Geruchstaste. „Ich wollte mal fragen, ob ich dir bei der OSK-Vorbereitung noch helfen kann.“ „Gerne. Ich arbeite gerade an dem Rückblick. Vielleicht könnten wir das zusammen machen und irgendwie noch mal aufteilen.“ Karlo Aydic war bei der Vernetzten Universität Niedersachsen als Leiter der Koordinationsabteilung für künstliche Intelligenzen beschäftigt und einer der zuverlässigsten Mitarbeiter Fareds. Seit Bildung auch formal zum Allgemeingut geworden ist, seitdem jeder und jede jederzeit ohne Zugangsbeschränkung und selbstverständlich kostenfrei studieren konnte, wurden diese immer umfangreicher werdenden Aufgaben eigentlich auf ein Team verteilt, aber zurzeit war Karlo allein auf seinem Posten und musste sich auch noch in einem breiten Diskurs darüber auseinandersetzen, ob ausgerechnet ein KI-Koordinator ein Mensch sein sollte. Trotzdem war ihm die OSK zu wichtig, die Zeit nahm er sich einfach. „Am Mittwoch hätte ich Zeit, dann könnten wir uns zusammensetzen.“ „Gut, das passt bei mir.“

„Was ist eigentlich mit der Verista, machen die irgendwas?“ fragte Karlo. „Ich weiß nicht, da muss ich noch anrufen.“ Einen Moment schwiegen sie, dann sprach Fared das Thema an, das im Moment beide beschäftigte: „Sag mal, glaubst du an die Gerüchte, dass die die ganze Zeit im Untergrund aktiv waren?“ „Ich weiß nicht, ich glaube das ist Quatsch. Aber komisch ist das schon. Fast 70 Jahre war die Verista von der Bildfläche verschwunden und vier Monate vor der letzten OSK tauchen die auf einmal wieder auf und klinken sich voll ein.“ „Linke Zeitung an der Uni“ spukte es Fared im Kopf herum, daran erinnerte sich heute niemand mehr, sie war nur bei den OSK-Recherchen darüber gestolpert. Jetzt trat die Verista als politische Partei auf und lag in den Umfragewerten sofort vorn. Nach allem, was Fared gelesen hatte, würden sich die Gründer im Grabe umdrehen, aber die Beiträge waren immer noch interessant. „Na ja, mal sehen“, beendete Fared das Thema. „Wie geht es eigentlich Tezka, die müsste doch jetzt auch in die 14. kommen?“ Tezka war Karlos Ad-

optivtochter und die Gemeinschaftsschule endete nach der 14. Klasse. „Ah, die hat im Moment Ärger mit ihrem Visionslehrer. Der vergibt immer noch Noten. Natürlich nicht formell, das haben wir ja glücklicherweise seit 30 Jahren hinter uns gelassen, aber mündlich in der Lernbetreuung. ‚Das wäre jetzt eine Fünf. Damit hättest du früher nie einen Job bekommen.‘ Als ob Bildung immer noch nur der Wirtschaft und nicht der menschlichen Entwicklung dient. Solche Lehrer sollten viel schneller abgewählt werden.“ Sie verabredeten noch die Uhrzeit für Mittwoch und beendeten das Gespräch.

Nachdem Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit bundesweite Ziele geworden waren, wurde der Großteil des OSK-Maßnahmenpakets 2032 einfach in den Bundessozialplan übernommen. Natürlich wurde die OSK mit keinem Wort erwähnt, aber letztlich ging es ja um die Inhalte und nicht um das eigene Geltungsbedürfnis oder den Namen.

Mit der Umsetzung der „OSK-Maßnahmen“ hatte sich auch die gesundheitliche Situation in der Bevölkerung im Verlauf der letzten 80 Jahre deutlich verbessert. Es gab weniger Herz-Kreislaufkrankungen, eine signifikante Abnahme bei psychischen Störungen, Depressionen und Suchterkrankungen, selbst bei krankhaftem Übergewicht. Dafür lebten die Menschen länger – und blieben auch länger gesund. Sie setzten mehr Vertrauen in ihre Mitmenschen. Die Zahl der Überfälle, Körperverletzungen und Tötungen erreichte einen historischen Tiefstand. Entsprechend wurden die gesellschaftlichen Kosten für Gesundheit und Sicherheit viel geringer, als wir es von früher kannten. Gezielte Präventionsarbeit hatte hier einen Beitrag geleistet, noch mehr die bessere materielle Absicherung der Menschen. Als wichtigster Faktor war rückblickend aber die hohe soziale Gleichheit in der Bevölkerung einzustufen, die erreicht wurde. Schon kurz nach der Jahrtausendwende hatten u. a. Richard Wilkinson und Kate Pickett mit ihrer einschlägigen Studie nachgewiesen, dass die Höhe der sozialen Ungleichheit in einer entwickelten Gesellschaft den wichtigsten Faktor für den Krankenstand, die soziale Sicherheit und die kollektive Zufriedenheit darstellte. Das erfolgreiche Maßnahmenpaket war deshalb auch nie ein rein ideologisches gewesen, es hatte auf Forschung und Empirie, rationalen Zahlen und Fakten beruht.

Die Menschen begrüßten den Gewinn an Selbstentfaltungs- und Verwirklichungsmöglichkeiten, die sie mit dem Mehr an sozialer Gerechtigkeit erhalten hatten. Vor der endgültigen Durchsetzung hatte es dabei viele ideologische

Vorbehalte gegeben: Zu viel Gleichheit und Sicherheit führe zu Trägheit, zum Nachlassen der Kreativität, zum Verlust der Individualität. Heute zeigte sich, dass gerade unter den Bedingungen von mehr sozialer Sicherheit, in einer Gesellschaft, in der nicht mehr stetiges Bangen um die Existenz und nicht mehr der Kampf jeder gegen jeden vorherrscht, Menschen sich wieder mehr vertrauten und sich trauten, die individuellen Fähigkeiten und Potenziale zu entdecken und einzubringen.

Das heißt natürlich nicht, dass es keine Konflikte mehr gab. Nein, die Zahl der Konflikte hatte nicht abgenommen. Aber sie wurden jetzt konstruktiv, nicht mit Macht und Gewalt, sondern im Zuge wechselseitiger Verständigung gelöst. In freien demokratischen Diskursen, in denen sich die Menschen jetzt gleicher und gleichberechtigter gegenüber standen als noch vor 100 Jahren.

Angesichts der auch gefühlten Zunahme an Freiheit und Demokratie war es wohl unwahrscheinlich, dass ein „Zurück zu den alten Verhältnissen“ noch gewünscht wurde. Somit hatte die Osnabrücker Sozialkonferenz sich am Ende selbst überflüssig gemacht und das war natürlich der größtmögliche Erfolg, den man sich wünschen konnte.

Trotzdem stand Fared Morflen jetzt vor einem tiefen Loch und sie musste sich in Acht nehmen, ihrer Aufgabe beraubt, nicht hineinzufallen. Sie zog noch einmal die Stellenbeschreibung des Landesumweltministeriums aus der Computermatrix: „Arbeitsplatzoptimator/in für die sozial- und gesundheitsverträgliche Rückbauung des illegalen Atomendlagers Asse“. Das Schlimmste kommt noch.

## **Verista**

Olaf Perrey, Ulrich Rückin und Heike Hellmeister sind zusammen 142 Jahre alt und leben im Zentrum von Osnabrück in direkter Nachbarschaft. Sie sind Mitglieder der Initiative Verista. Die Verista besteht seit 1991 und hat als „Linke Zeitung an der Uni“ ihre Arbeit aufgenommen. In den letzten 10 Jahren liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten auf sozialpolitischen Themen. Die Verista hat u.a. Publikationen zu den Themen Armut und Reichtum sowie Grundeinkommen (BGE) veröffentlicht und beteiligt sich aktiv an der Osnabrücker Sozialkonferenz. Kontakt: olaf.perrey@gmx.de

## **Friedemann Pannen**

Friedemann Pannen, geb. am 1.5.1963 in Moers (Kreis Wesel), Studium der evangelischen Theologie in Neuendettelsau und Hamburg, berufsbegleitendes Diplomstudium zum Sozialwirt an der Ev. Fachhochschule Hannover, Pastor in Küsten, theol. Referent im Diakoniedezernat des Landeskirchenamtes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, Pastor in Uetze, seit 2009 Superintendent des Ev.-luth. Kirchenkreises Osnabrück. Vorsitzender von Aufsichtsgremien diverser diakonischer Einrichtungen in Stadt und Landkreis Osnabrück, Mitglied des Runden Tisches gegen Kinderarmut der Stadt Osnabrück. Kontakt: friedemann.pannen@evlka.de

## **Prof. Christoph Butterwegge**

Prof. Christoph Butterwegge M.A., Dipl.-Sozialwissenschaftler und Dr. rer. pol., geb. 1951, lehrt seit 1998 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung und (Kritik am) Neoliberalismus; Sozialstaatsentwicklung und Armut; Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt; Migration und Integration; demografischer Wandel. Seine letzten Buchveröffentlichungen: Christoph Butterwegge, Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New (Campus Verlag) York 2012; Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 4. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2012; Christoph Butterwegge/Gerd Bosbach/Matthias W. Birkwald (Hrsg.), Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt am Main/New York 2012

### **Manfred Flore**

Dipl. Sozialwirt Manfred Flore, geboren am 16. Mai 1957 in Osnabrück, gelernter Eisenbahner, Abitur über 2. Bildungsweg am Comenius-Kolleg in Mettingen, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück. Seit 1997 Leiter der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück. Inhaltliche Schwerpunkte: Europäische Integration, Soziale Ungleichheit, Verkehrspolitik.

Kontakt: [kooperationsstelle@uni-osnabrueck.de](mailto:kooperationsstelle@uni-osnabrueck.de)

### **Dr. Franz Gerrit Schulte**

1954 in Rheine/Westfalen geboren. Journalist und Diakon. Verheiratet, drei Töchter. Werdegang: Zivildienst in einer Caritas-Tagesbildungsstätte für geistig behinderte Kinder. Studien der Geschichte, Germanistik, Pädagogik und Publizistik in Würzburg und Münster. Stipendiat der Friedrich Naumann Stiftung. Berufliche Stationen in Frankfurt/Main, Hildesheim, Hannover. Zuletzt stellvertretender Chefredakteur der Nord- und Ostdeutschen Kirchenzeitungen. Weihe zum Ständigen Diakon am 5. April 2003. Seit 2004 hauptberuflich Diakon am Dom zu Osnabrück. Seit 2007 Vorsitzender des Caritasverbandes im Bistum Osnabrück. Mitarbeit in Bundesgremien des Deutschen Caritasverbandes. Mehrere Jahre Mitglied der Härtefallkommission im Niedersächsischen Innenministerium.

Das Pfarrteam der Domgemeinde: Pfarrer und Regens Ulrich Beckwermert, Ständige Diakone Carsten Lehmann und Gerrit Schulte, Gemeindeferentin Heike Schröder, Pfarrsekretärin Marita Moro.

### **Petra Tiesmeyer**

Petra Tiesmeyer, 1959 in Osnabrück geboren und aufgewachsen, verheiratet, 2 Kinder. Nach der Realschule Ausbildung zur Rechtsanwalts- und Notargehilfin, Berufstätigkeit bei Staatsanwaltschaft und DGB-Rechtsschutz. Über eine interne Weiterbildung des DGB zur politischen Arbeit qualifiziert. Seit 2001 DGB-Kreisvorsitzende und seit 2005 DGB-Regionsvorsitzende, jeweils mit Wahlmandat. Ihre Schwerpunkte in der DGB Arbeit sind die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Handwerkspolitik, insbesondere in der regionalen Auswirkung und Entwicklung.

### **Martin Igelmann**

Martin Igelmann, Grundschulleiter, Hobbymusiker und Kinderliedermacher, 1968 in Osnabrück-Lüstringen geboren, verheiratet, vier Kinder. Lehramtsstudium GHRS an der Universität Osnabrück mit den Fächern Deutsch, Kath. Theologie und Musik. Finanzierung des Studiums als Bauhandwerker. Nach dem Examen Stationen als Lehrer in verschiedenen Grund- und Hauptschulen des Landkreises. Mehrjährige Unterrichtserfahrung in der Orientierungsstufe und der Haupt- und Realschule in Bad Essen. Seit 2005 Leiter der Grundschule Stüveschule im Stadtteil Schinkel, Osnabrück. Bedingt durch den Standort intensive Beschäftigung mit Themen wie Kinderarmut, Teilhabe, Migration und Integration.

### **Heinrich Funke**

Dipl. Sozialwirt Heinrich Funke, geboren am 20. März in Lingen (Ems), engagierte sich viele Jahre gegen Atomanlagen. Zuletzt – bis zu ihre Auflösung 2003 – lange Jahre als Sprecher der BEgA (Bürgerinitiative Emsland gegen Atomanlagen). Seit den 80er Jahren Einsatz für die Arbeitslosenselbsthilfe e.V. (ASH) in verschiedenen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionen. So auch für das Projekt „Allen Kindern Zukunft geben! Das schaffen wir in Osnabrück gemeinsam!“

Informationen: [www.ash-os.de](http://www.ash-os.de) und Kontakt: [ash@osnanet.de](mailto:ash@osnanet.de)

### **Thomas Kater**

Diplom-Pädagoge Thomas Kater, geboren 1967 in Georgsmarienhütte, hat an der Universität Osnabrück Erziehungswissenschaften mit Schwerpunkt Sozialpädagogik/Sozialarbeit studiert. Er arbeitet seit 1994 in der Osnabrücker Wohnungslosenhilfe, zunächst in der Beratungsstelle, dann in der Tageswohnung für wohnungslose Menschen der Soziale Dienste SKM gGmbH. Beim SKM – Kath Verein für soziale Dienste in Osnabrück e.V. ist er anteilig im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Projektentwicklung und Ehrenamt angestellt. Im Jahr 1995 gründete er die Osnabrücker Straßenzeitung Abseits!?

Kontakt: [t.kater@soziale-dienste-skm.de](mailto:t.kater@soziale-dienste-skm.de)

### **Lydia Kocar**

Lydia Kocar, Dr. phil., Dipl. Sozialwirtin, geboren 1969 in Duisburg, Studium und Promotion am Fachbereich Sozialwissenschaften der Uni Osnabrück, dort bis 2004 mit dem Schwerpunkt Soziale Ungleichheit in Europa forschend tätig. Seit 2004 an der Universität Vechta (erst Gleichstellungsbeauftragte, heute im Bereich Organisationsentwicklung sowie Geschäftsführung des Präsidiums), aber immer noch durch die Osnabrücke Sozialkonferenz und gemeinsame Projekte mit der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften mit Osnabrück verbunden.

Kontakt: [lydia.kocar@uni-vechta.de](mailto:lydia.kocar@uni-vechta.de)

### **Ulrich Rückin**

Dipl. Päd. Ulrich Rückin, geb. am 2.9.1962 in Schwagstorf, gelernter Sparkassenkaufmann und Diplom-Pädagoge, arbeitet seit 2000 bei der Arbeitslosen-selbsthilfe e.V. (ASH) in Osnabrück. Sozialpolitisches Engagement und Publikationen in den Bereichen Armut/Reichtum/Ungleichheit, seit 1993 Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Verista – Projekt für Soziale Demokratie und Gerechtigkeit“. Osnabrück ist seit 1984 der Wahlwohnsitz, die ASH, die Osnabrücker Sozialkonferenz und Verista die politische Heimat.“

### **Herbert Schui**

Herbert Schui, 1940 in Köln geboren, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln, Promotion 1972 an der Universität Konstanz. Ab Herbst 1974 Assistenzprofessor an der Universität Bremen, seit 1980 bis zur Pensionierung 2005 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1975) und der ASG (2004), später WASG. Von 2005 bis 2010 Mitglied des deutschen Bundestages. Weitere Informationen unter <http://www.herbert-schui.de/>.

Kontakt: [herbert.schui@t-online.de](mailto:herbert.schui@t-online.de)

### **Ludwig Schulze**

Ludwig Schulze, 18.02.1948 in Enger/Westfalen geboren, Medizinstudium in Münster, Dissertation über besondere Verhaltensweisen autistischer Kinder. 1977 bis 1982 Assistenzarzt in der Kinderklinik Herford und Bethel, 1 Jahr als Arzt im Landeskrankenhaus Osnabrück tätig. Seit August 1983 in unterschiedlichen Funktionen im Kinderhospital Osnabrück in der Kinder- und Jugendpsychiatrie tätig, Schwerpunkt Vernetzung mit der Jugendhilfe. Seit Anfang der achtziger Jahre im Kinderschutzbund Osnabrück aktiv, 1986 Gründung einer Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrung. Seit Anfang der neunziger Jahre 1. Vorsitzender des Kinderschutzbundes Osnabrück, außerdem Entwicklung verschiedener Projekte wie z. B. Kinder psychisch kranker Eltern und unterschiedliche Aktivitäten zum Thema Kinderarmut.

### **Helene Gerhards**

Helene Gerhards, 1987 in Hannover geboren, studiert aktuell an der Universität Osnabrück im Masterprogramm „Politikwissenschaft: Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“. Gemeinsam mit Darijusch Wirth veröffentlichte sie 2011 die empirische Studie „Es reicht nicht - Eine Befragung von Familien im SGB-II-Bezug in Osnabrück“. Darüber hinaus ist sie seit 2012 im Hochschul-informationsbüro Osnabrück des DGB für die Beratung von Studierenden zu sozial- und arbeitsrechtlichen Themen und die Vernetzung von Hochschulen und Gewerkschaften aktiv.

Kontakt: [hgerhard@uni-osnabrueck.de](mailto:hgerhard@uni-osnabrueck.de)

### **Philipp Möcklinghoff**

Philipp Möcklinghoff wurde 1987 in Münster / Westf. geboren, lebt derzeit in Osnabrück und studiert dort Sozialwissenschaften. Er betätigt sich u.a. im Hochschulinformationsbüro (HIB) der Osnabrücker Gewerkschaften, sowie in verschiedenen universitären Gremien. Derzeit setzt er sich zusammen mit Mitstudierenden ein für die Einführung einer Zivilklausel an der Universität Osnabrück. Daneben hat er in den letzten Jahren wiederholt Artikel veröffentlicht, so z.B. auf [soziologiemagazin.de](http://soziologiemagazin.de), in gewerkschaftlichen Medien oder im Hausblog der taz. Möcklinghoff interessiert sich besonders für die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und dem Verhältnis zwischen der sog. „Mitte“, also der Mehrheit und den „Randgruppen“ in unserer Gesellschaft.



# Arbeitskreis „Forum für soziale Gerechtigkeit“

Einladung zum politischen Engagement



## für mehr soziale Gerechtigkeit in der Region!

### Wir sind...

ein Arbeitskreis von politisch engagierten Menschen, die sich kritisch mit den Wirkungen verschiedener Politikfelder, insbesondere der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, beschäftigen. Die Verteilung von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft spielt dabei eine große Rolle. Wir setzen uns für eine Armutsbekämpfung und -vermeidung vor Ort ein, ohne dabei die Bundes- und Landesebene auszublenden.

### Unser Thema:

#### „Soziale Gerechtigkeit – Armut und Reichtum in der Region“

Durch Arbeitslosigkeit, Armut und Unterversorgungslagen nimmt die soziale Ausgrenzung zu. Die Spaltung in Arme und Reiche, eine wachsende Entsolidarisierung der Gesellschaft und wachsende soziale Kälte gefährden den sozialen Frieden. Dabei wird Armut und Reichtum in Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland immer noch selten öffentlich, allenfalls als Neid-Debatte diskutiert. Gerade diese Diskussion ist aber notwendig, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten.

### Wir wollen...

eine öffentliche Auseinandersetzung um das Thema „soziale Gerechtigkeit“ aktiv fördern und den Blick schärfen für alle Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands. Denn: Es gibt kaum eine politische – auch kommunalpolitische – Entscheidung, die keine Auswirkungen auf die Verteilung und damit auf das Verhältnis von Armut und Reichtum hat,

- deshalb:
- *Ursachen und Folgen von sozialer Spaltung aufzeigen!*
  - *soziale Gerechtigkeit diskutieren – Ziele formulieren!*
  - *Handlungsoptionen für Kommunalpolitik entwickeln!*
  - *Armut bekämpfen – sozialen Frieden sichern!*

Seit über 10 Jahren organisieren wir Vorträge, Konferenzen, Workshops und Tagungen mit prominenten VertreterInnen aus Wissenschaft und Arbeitswelt, aus Politik und Kirche sowie weiteren Organisationen. Wir initiieren und beteiligen uns an sozialpolitischen Projekten oder führen sie selbst durch. Schließlich verbreiten wir unsere Ideen, Konzepte und Studien in Broschüren, Büchern oder auf CD/DVD.

### Die Osnabrücker Sozialkonferenz

Zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst, führen wir in der Kath. Familienbildungsstätte (FABI) die „Osnabrücker Sozialkonferenz“ durch. Unser Arbeitskreis diskutiert mögliche Themen und legt die ReferentInnen der Konferenz fest. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ geht es hier um brisante sozialpolitische Themen, die die BürgerInnen unserer Region direkt betreffen,

z. B.: • *Wie kann Kinderarmut in Osnabrück wirksam bekämpft werden?*

• *Welche Folgen hat die Politik der „Agenda 2010 für den Einzelnen und welche Gestaltungsmöglichkeiten können im Sinne der Betroffenen von der Stadt ergriffen werden?*

• *Wie begegnen wir in Osnabrück den Problemen Wohnungslosigkeit oder Überschuldung?*

• *Sind die Auswirkungen des demografischen Wandels und eine prognostizierte Altersarmut in Osnabrück ein Thema?*

• *Wie kann eine sinnvolle Armuts- und Reichtumsberichterstattung für Osnabrück realisiert werden?*

Diese und viele weitere Fragen wurden auf den mehr als 20 durchgeführten Konferenzen lebhaft diskutiert. Eine vollständige Liste aller Osnabrücker Sozialkonferenzen mit viel Material zu jedem Thema finden Sie auf den Webseiten der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften und dem Internetauftritt der Sozialkonferenz ([www.kooperationsstelle-osnabrueck.de](http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de), [www.osnabruecker-sozialkonferenz.de](http://www.osnabruecker-sozialkonferenz.de)).





## Die Vortragsreihe „Armut, Reichtum und Verteilung“

Seit ebenfalls mehr als 10 Jahren organisieren wir die Vortragsreihe „*Armut, Reichtum und Verteilung*“. Die Vorträge ergänzen das Angebot der Sozialkonferenzen mit Beiträgen von WissenschaftlerInnen, Positionierungen von KirchenvertreterInnen, PolitikerInnen und GewerkschafterInnen sowie Fachbeiträgen aus Verbänden und Initiativen. Zahlreiche überregional bekannte ReferentInnen folgten bereits unserer Einladung nach Osnabrück. Die vollständige Liste finden Sie ebenfalls unter der angegebenen Adresse im Internet.

## Unsere Projekte

Einige Aktivitäten bündeln wir mit weiteren Partnern zu Projekten, um intensiver am jeweiligen Thema arbeiten und Projektgelder einwerben zu können. Zuletzt waren wir zusammen mit 13 weiteren Organisationen aus der Region am EU geförderten Projekt „*Allen Kindern Zukunft geben – Das schaffen wir gemeinsam in Osnabrück*“ beteiligt.

## Unsere Publikationen

Zahlreiche unserer Ideen und Konzepte haben wir in Broschüren Büchern oder auf CD/DVD veröffentlicht. In jüngster Zeit waren dies z.B. die Studie „*Es reicht nicht*“, für die, bislang bundesweit einmalig, alle Osnabrücker Haushalte im SGB II- Bezug mit Kindern nach ihrem Leben an der Armutsgrenze befragt wurden. Oder das „Lehrstück“ als musikalische Präsentation „*Kinderarmut – ein Verteilungsproblem?*“ auf CD/DVD. Oder unser „Masterplan“ „*Strategiekonzept zur Überwindung der Kinder- und Jugendarmut in Osnabrück*“. Und schließlich unser Jubiläumsband „*Soziale Gerechtigkeit – Eine Vision?*“

## Gemeinsam stark in der Region

Viele unserer Aktivitäten organisieren wir gemeinsam mit anderen Partnern. Häufig dabei sind: Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften, Arbeitslosenselbsthilfe (ASH), Projekt Verista, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kinderschutzbund Osnabrück, verschiedene Gewerkschaften, DGB, WissenschaftlerInnen, kirchliche Organisationen, attac Osnabrück u.a.

## Neue MitstreiterInnen gewinnen

Mitmachen können alle, die Freude an politischem Engagement haben und sich vorstellen können, auch mal gegen den Strom zu schwimmen.

Arbeitskreis-Treffen jeden ersten Montag im Monat (Abweichungen orange markiert), maximal 2 Stunden.

**Ort:** Gewerkschaftshaus, August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück, 3. Etage, Sitzungsraum ARBEIT & LEBEN

Mo., <b>14. Januar 2013</b> , 17:00 Uhr	Mo., <b>1. Juli 2013</b> , 17:00 Uhr
Mo., <b>4. Februar 2013</b> , 17:00 Uhr	Mo., <b>5. August 2013</b> , 17:00 Uhr
Mo., <b>4. März 2013</b> , 17:00 Uhr	Mo., <b>2. September 2013</b> , 17:00 Uhr
Mo., <b>8. April 2013</b> , 17:00 Uhr	Mo., <b>14. Oktober 2013</b> , 17:00 Uhr
Mo., <b>6. Mai 2013</b> , 17:00 Uhr	Mo., <b>4. November 2013</b> , 17:00 Uhr
Mo., <b>3. Juni 2013</b> , 17:00 Uhr	Mo., <b>2. Dezember 2013</b> , 17:00 Uhr

## Für 2013 planen wir:

- die Durchführung der **22. Osnabrücker Sozialkonferenz am 20. April 2013**
- die Durchführung der **23. Osnabrücker Sozialkonferenz am 9. November 2013**
- die Fortsetzung der Vortragsreihe „*Armut, Reichtum und Verteilung*“ in Deutschland
- die Verbreitung unseres Buches „*Soziale Gerechtigkeit – Eine Vision?*“
- die aktive Beteiligung am „*Runden Tisch Kinderarmut*“ der Stadt Osnabrück
- eine Debatte über Konzepte kommunaler Armutsbekämpfung zu fördern
- und vieles mehr!



## Alle Infos unter:

[www.kooperationsstelle-osnabrueck.de](http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de)  
[www.osnabruecker-sozialkonferenz.de](http://www.osnabruecker-sozialkonferenz.de)

# Kontakt und Information:

Organisation und Moderation des Arbeitskreises:



**Kooperationsstelle  
Hochschulen und Gewerkschaften**

August-Bebel-Platz 1 | 49074 Osnabrück  
Tel. +49 (0)541/33807-1814 und -1816  
Fax +49 (0)541/33807-1877  
kooperationsstelle@uni-osnabrueck.de  
www.kooperationsstelle-osnabrueck.de  
Ansprechpartner: Manfred Flore

In Zusammenarbeit mit:



**Arbeitslosenselbsthilfe e.V.**

Lotter Straße 6-8 | 49078 Osnabrück  
Tel. +49 (0)541/47299  
ash@osnanet.de  
www.ash-os.de



**Verista – Projekt für soziale Gerechtigkeit  
und Demokratie**

Kontakt: Heike.Hellmeister@gmx.de



**Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN**

Niedersachsen Nord gGmbH  
August-Bebel-Platz 1 | 49074 Osnabrück

Die Veranstaltungen finden unter pädagogischer Verantwortung der  
Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN statt.

„Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, meinte Altbundeskanzler Helmut Schmidt einmal im Wahlkampf. Die Autoren und Autorinnen dieses Bandes haben sich durch diesem Rat nicht einschüchtern lassen und sind der Einladung der Osnabrücker Sozialkonferenz gefolgt, Ihre „Visionen“ von Sozialer Gerechtigkeit aufzuschreiben. Herausgekommen sind kleine Texte, die zum Nachdenken anregen und welche, die Mut machen. Mut machen dafür, dass es sich lohnt, sich für Soziale Gerechtigkeit einzusetzen.

Und damit wäre das Ziel dieses Buches schon erreicht...

**Mitgeschrieben haben:**

Die Wissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge und Prof. Dr. Herbert Schui, sowie die Osnabrücker: Manfred Flore, Heinrich Funke, Helene Gerhards, Heike Hellmeister, Martin Igelmann, Thomas Kater, Dr. Lydia Kocar, Philipp Möcklinghoff, Friedemann Pannen, Olaf Perrey, Ulrich Rückin, Dr. Gerrit Schulte, Dr. Ludwig Schulze, Petra Tiemeyer,